

Unterrichtung

durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages

Bericht über die internationalen Aktivitäten und Verpflichtungen des Deutschen Bundestages

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1 Bedeutung der internationalen Aktivitäten und Verpflichtungen des Deutschen Bundestages	2
2 Reisen der Präsidiumsmitglieder	4
3 Reisen der Ausschüsse sowie Gegenbesuche	6
4 Reisen zu den Konferenzen und Sitzungen der interparla- mentarischen Organisationen	19
5 Reisen der Parlamentariergruppen sowie Gegenbesuche	22
6 Einzeldienstreisen der Abgeordneten	32
7 Internationale Austauschprogramme	36
8 Grundlage der Berichtspflicht	37
9 Rechtsgrundlagen und Genehmigungsverfahren für die Durchführung von Auslandsdienstreisen	38
10 Erläuterungen zur statistischen Übersicht von Auslands- dienstreisen	38
11 Statistische Übersicht	40

1 Bedeutung der internationalen Aktivitäten und Verpflichtungen des Deutschen Bundestages

Um ihrer internationalen Verantwortung gerecht zu werden, ist es für die Abgeordneten des Deutschen Bundestages zwingend erforderlich, eine intensive Zusammenarbeit mit ausländischen Politikern und Institutionen zu pflegen. So können die Abgeordneten die für ihre Aufgaben notwendigen Informationen und Erfahrungen vor Ort sammeln und auf die internationale Lage und auftretende Konfliktsituationen in angemessener Weise reagieren. Diese wichtige Funktion nehmen sie im Rahmen ihrer Zuständigkeitsbereiche, als Mitglieder interparlamentarischer Organisationen, als Vertreter der verschiedenen Ausschüsse, Kommissionen und Gremien des Bundestages oder als Mitglieder bilateraler bzw. multilateraler Parlamentariergruppen wahr. In Gesprächen mit ihren Parlamentskollegen aus anderen Ländern, mit Regierungen, Vertretern der Wirtschaft, der Zivilgesellschaft oder kulturellen Einrichtungen erörtern sie aktuelle und bisweilen brisante Themen der Gegenwart – seien es die Folgen der Globalisierung, der internationale Terrorismus, Armutsbekämpfung, ethnische Konflikte, die Bekämpfung von AIDS oder die Reduzierung des Kohlendioxid-Ausstoßes, um den Klimawandel zu stoppen. Daneben pflegen oder entwickeln sie Beziehungen zu Staaten, die nicht im Mittelpunkt der Kontakte auf Regierungsebene stehen.

Die internationalen Aktivitäten der Mitglieder des Deutschen Bundestages dienen darüber hinaus der Kooperation und dem Austausch in zahlreichen Bereichen nationaler Fachpolitik. In der EU erfolgt ein Erfahrungsaustausch zunehmend auf Gebieten, in denen die Hauptverantwortung zwar bei den einzelnen Mitgliedstaaten liegt, eine Zusammenarbeit aber dennoch erforderlich erscheint. In zahlreichen Politikbereichen stehen die EU-Staaten schon heute vor vergleichbaren Problemen, zum Beispiel im Bereich der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Die Zukunft der Alterssicherung etwa ist ein Thema, das alle Mitgliedstaaten betrifft. Ein intensiver Erfahrungsaustausch auf diesem Gebiet ermöglicht den Transfer erfolgreicher Strategien zwischen den Staaten. Im Rahmen von Auslandsdienstreisen können sich die Parlamentarier in ihrer Funktion als Gesetzgeber Informationen über Erfolg versprechende Lösungen einholen, um dann in anstehenden Reformvorhaben sachgerechte Entscheidungen treffen zu können.

Der Deutsche Bundestag hat sich vertraglich verpflichtet, stimm- und mitwirkungsberechtigte Delegationen an den verschiedenen interparlamentarischen Organisationen und Foren zu beteiligen: Der Interparlamentarischen Union (IPU), der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE PV), der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (ER PV), der Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU V) und der Parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO PV). Neben diesen bereits länger institutionalisierten Formen interparlamentarischer Zusammenarbeit ist angesichts der veränderten internationalen Lage das Bedürfnis nach einer zunehmenden regionalen interparlamentarischen Kooperation fest-

zustellen wie etwa im Rahmen der Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung (EM PV) oder der Ost-seeparlamentarierkonferenz.

Die Zusammenarbeit mit anderen Staaten ermöglicht, die eigenen politischen Grundüberzeugungen und Positionen auf internationaler Ebene zu reflektieren und auf diese Weise Denkanstöße zu geben oder Entwicklungen anzuregen. In Staaten, in denen nach politischen Umbrüchen Schritt für Schritt demokratische Strukturen aufgebaut werden, kann der Bundestag wichtige Unterstützungsarbeit leisten. So haben Abgeordnete neben erfahrenen Mitarbeitern der Parlamentsverwaltung in den zurückliegenden Jahren insbesondere in den Staaten Mittelosteuropas auf vielfältige Weise zur Entwicklung von demokratischen Rechts- und Verfassungsstrukturen und zum Aufbau stabiler parlamentarischer Organisationsstrukturen beigetragen.

So selbstverständlich der Bundesregierung die Wahrnehmung der außenpolitischen Verantwortung als eine zentrale Aufgabe zugewiesen ist, so eindeutig ist in den vergangenen Jahren die zunehmende Parlamentarisierung der Außenpolitik festzustellen.

Sie leitet sich zum einen aus der verfassungsmäßigen Kontrollfunktion des Bundestages gegenüber der Regierung ab und findet gerade im Hinblick auf die auswärtigen Beziehungen und die damit verbundenen außenpolitischen Tätigkeiten des Parlaments in konkreten Bestimmungen des Grundgesetzes ihren Ausdruck.

Der Bundestag übt nach Artikel 59 Abs. 2 des Grundgesetzes (GG) eine wichtige Rolle bei der Ratifizierung völkerrechtlicher Verträge aus. Zudem werden die Entscheidungen des Plenums wesentlich inhaltlich von den Ausschüssen vorbereitet. In diesem Zusammenhang wurden wegen ihrer besonderen Bedeutung der „Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union“ und der „Auswärtige Ausschuss“ im Grundgesetz verankert.

Auch bei der Verhandlung und Überarbeitung europäischer Vertragswerke und der Einhaltung internationaler Abkommen leistet der Deutsche Bundestag einen bedeutenden Beitrag. In bestimmten EU-Vorlagen können dem Ausschuss für die Angelegenheiten der EU gemäß Artikel 23 GG sogar die Wahrnehmung der Rechte des Bundestages gegenüber der Bundesregierung übertragen werden.

Die parlamentarische Kontrollfunktion gegenüber der Regierung im Bereich der auswärtigen Gewalt ist in unserer Verfassung traditionell festgeschrieben. Der Epochenwandel seit dem Fall der Mauer 1989 und dem Ende des Kalten Krieges, die veränderten Anforderungen an moderne Sicherheitspolitik und die Ausdehnung des Einsatzrahmens der Bundeswehr in internationalen Einsätzen haben die Anforderungen an eine strenge parlamentarische Kontrolle weiter wachsen lassen. Dass diese Kompetenzen des Parlaments über Staatsgrenzen hinweg Geltungswirkung entfalten, hat das Bundesverfassungsgericht in zahlreichen Entscheidungen zur Verfassungsmäßigkeit von Auslandseinsätzen der Bundeswehr bestätigt. Es hat unmissverständlich klargestellt, dass ins internationale Umfeld hineinreichende Entscheidungen und Maßnah-

men der Regierung an die Zustimmung des deutschen Parlaments gebunden sind.

Zum anderen ist die zunehmende Parlamentarisierung der Außenpolitik als wachsendes politisches Erfordernis nach internationaler parlamentarischer Zusammenarbeit zu verstehen. Dieses ist eine Folge der Prozesse der Regionalisierung, Europäisierung und Globalisierung sowie der von diesen Prozessen ausgehenden Gefahr der Entdemokratisierung. Eine in diesem Zusammenhang erforderliche und dabei verantwortlich handelnde, grenzüberschreitende interparlamentarische Kooperation, die dem weltpolitischen Wandel im Zuge der Globalisierung, Interdependenz und Institutionalisierung gerecht werden muss, ist nur gegeben, wenn die im Parlament entscheidenden Abgeordneten die Möglichkeit haben, die politische, wirtschaftliche und soziale Situation in den jeweiligen Ländern und Regionen zu beurteilen.

In der globalisierten Welt ist die internationale Politik von den innenpolitischen Entwicklungen nicht mehr zu trennen. Es ist ein beständig dichteres Netz der Kooperation und eine gegenseitige Abhängigkeit auf zwischenstaatlicher Ebene zu verzeichnen, was transparentere Entscheidungsrechte und die Wahrung von Beteiligungsrechten erforderlich macht. Der Bundesrepublik Deutschland wird nicht zuletzt als bevölkerungsreichstem Mitgliedstaat der EU auf internationaler Ebene zunehmend eine entscheidende Rolle zugewiesen. Dieser gestiegenen Verantwortung Deutschlands gegenüber seinen Partnern in der Welt entspricht eine angemessene internationale Tätigkeit des Parlaments neben der Regierungstätigkeit.

Die Bundesrepublik Deutschland übernahm im Berichtszeitraum im ersten Halbjahr 2007 zum zwölften Mal die EU-Ratspräsidentschaft. Diese Präsidentschaft stellte Deutschland unter das Motto „Europa gelingt gemeinsam“. Diesem Motto zufolge begleitete auch der Deutsche Bundestag den europäischen Ratsvorsitz auf parlamentarischer Ebene.

Neben den europapolitischen Debatten im Plenum des Bundestages, wie beispielsweise der Debatte anlässlich der Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Merkel am 14. Juni 2007 zum anstehenden EU-Gipfel, fand im Mai die Conference of Community and European Affairs Committees of Parliaments of the European Union (COSAC) in Berlin statt. Die Treffen der COSAC, bei denen Vertreter der Ausschüsse für Europa- und Gemeinschaftsangelegenheiten der nationalen Parlamente und Mitglieder des Europäischen Parlaments zusammenkommen, finden halbjährlich im Land der jeweiligen Ratspräsidentschaft statt. Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union des Deutschen Bundestages war im Mai 2007 gemeinsam mit dem Ausschuss für Fragen der Europäischen Union des Bundesrates Gastgeber der XXXVII. COSAC.

Sieben Ausschüsse des Bundestages veranstalteten während der Ratspräsidentschaft Vorsitzendenkonferenzen in Berlin, nämlich der Auswärtige Ausschuss, der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der Verteidigungsausschuss, der Finanz- und der In-

tennausschuss sowie der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung.

Zwei gemeinsame parlamentarische Konferenzen des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments mit den nationalen Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten wurden während der Präsidentschaft in Brüssel abgehalten, Themenschwerpunkte waren die „Lissabon-Strategie“ bzw. die „Zukunft Europas“.

Während der Ratspräsidentschaft tagten einige Ausschüsse des Deutschen Bundestages gemeinsam mit den Ausschüssen des Europäischen Parlaments. So reisten der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der Ausschuss für Arbeit und Soziales, der Ausschuss für Kultur und Medien und der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung zu Sitzungen nach Brüssel.

Das Engagement und die Einbindung des Deutschen Bundestages in außenpolitischen Fragen sind auch deshalb erforderlich, weil internationale Vereinbarungen direkte Wirkung auf die Rechtssphäre der Bürgerinnen und Bürger entfalten können. Dies gilt in besonderem Maße für die EU, deren Rechtsakte zunehmend die Gesetzgebung in Deutschland beeinflussen oder unmittelbar, ohne weiteren Umsetzungsakt – wie etwa bei EU-Verordnungen – Anwendung finden. Anlässlich wichtiger internationaler Entscheidungen sowie europäischer Gipfeltreffen stehen regelmäßig Debatten im Plenum und in den Ausschüssen zu geplanten Reformprozessen auf der Tagesordnung. Bereits im Vorfeld der Treffen des Europäischen Rates fasst der Bundestag Beschlüsse zu den anstehenden Themen, wodurch die Verhandlungsführung der Regierung im Kreis der Mitgliedstaaten an das Mandat des Parlaments gebunden und damit stärker demokratisch legitimiert wird.

Als ein wichtiger Schritt zur Ausweitung und Stärkung der Parlamentsrechte in diesem Kontext konnte im September 2006 eine Vereinbarung zwischen Bundestag und Bundesregierung unterzeichnet werden, die erweiterte und zeitlich gestraffte Unterrichtungspflichten für die Bundesregierung, Fristverkürzungen für die Vorlage von Berichten und ausführlichere Informationen zu den Sitzungen der Fachministerräte und anderer Gremien vorsieht. Stellungnahmen des Parlaments muss die Regierung bei ihren Verhandlungen jetzt nicht mehr nur berücksichtigen, sondern zur Grundlage machen und gegebenenfalls sogar einen Parlamentsvorbehalt einlegen.

Es ist festzuhalten, dass die Bundesregierung zur Steigerung der Akzeptanz und Durchsetzbarkeit ihrer Arbeit daran interessiert ist, einen ständigen Dialog zu außenpolitischen Fragen mit dem Parlament zu führen. Aufgrund dessen sind Parlamentarier regelmäßig Mitglieder in Regierungsdelegationen bei internationalen Konferenzen sowie im Rahmen bi- und multilateraler Treffen. Für diese gewachsenen Erwartungen an die Abgeordneten sind zusätzliche Foren des Erfahrungsaustausches mit anderen Parlamentariern sowie von der Regierung unabhängige

Möglichkeiten der Meinungsbildung – auch im Ausland – unverzichtbar.

2 Reisen der Präsidiumsmitglieder

EU-Ratspräsidentschaft/Perspektivische Entwicklung der EU

Nach den gescheiterten Referenden zum EU-Verfassungsvertrag 2005 haben sich die nationalen Parlamente in der darauf folgenden „Reflexionsphase“ intensiver bemüht, zu einer stärkeren Identifizierung der Bürger mit dem europäischen Projekt, der EU-Erweiterung, der Frage der Rechtsetzung und der perspektivischen Entwicklung der EU beizutragen. Der Deutsche Bundestag hat bei der erforderlichen engen Abstimmung der nationalen Parlamente auf internationaler Ebene während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft eine besondere Verantwortung übernommen. Das Gros der Reisen der Präsidiumsmitglieder im Berichtszeitraum galt neben den bilateralen und parlamentarischen Beziehungen daher insbesondere der Erläuterung der Ziele und Herausforderungen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Auffällig hierbei war, dass auch bei Reisen der Präsidiumsmitglieder ins nichteuropäische Ausland regelmäßig Fragen zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft in den Vordergrund rückten, beispielsweise bei der Reise des Bundestagspräsidenten in die Vereinigten Staaten von Amerika im Juni 2007.

Sowohl Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert als auch andere Mitglieder des Präsidiums reisten zu Konsultationen nach Brüssel mit dem Ziel, die innereuropäische Abstimmung zu zentralen EU-Fragen auch auf parlamentarischer Ebene voranzutreiben. Gespräche des Bundestagspräsidenten in Finnland zu Beginn der finnischen Ratspräsidentschaft im August 2006 sowie Begegnungen der Bundestagsvizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner in Slowenien im Mai 2007 standen im Zeichen der Kontinuität der Troika-Ratspräsidentschaft.

Die Fortführung europapolitischer Themen wurde sowohl im Februar 2006 von Bundestagspräsident Dr. Lammert als auch im Juli 2006 von Bundestagsvizepräsidentin Gerda Hasselfeldt bei politischen Begegnungen in Österreich angestrebt. Österreich hatte die Ratspräsidentschaft Ende Juni 2006 an Finnland abgegeben. Im Nachgang zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft nahm der Bundestagspräsident im September 2007 an einer Troika-Konferenz auf Ebene der Parlamentpräsidenten in Lissabon teil.

Zur Abstimmung zentraler europäischer Themen reiste der Bundestagspräsident mehrfach in weitere Nachbarstaaten, beispielsweise nach Frankreich und Polen. Im März 2007 folgte der Bundestagspräsident Dr. Lammert einer Einladung nach Rom zu einem Festakt anlässlich des 50. Jahrestages der Römischen Verträge, bei dem die Parlamentspräsidenten der 27 Mitgliedstaaten zugegen waren. Bei Reisen nach Tschechien von Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt im Mai 2005 und Bundestagsvizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse im Februar 2007 standen neben der Stärkung der bilateralen parlamentarischen Beziehungen insbesondere die Frage

der Entwicklung des Landes nach dem EU-Beitritt 2004 im Mittelpunkt. Gleiches gilt für die Reise der Bundestagsvizepräsidentin Hasselfeldt nach Ungarn im Oktober 2006, den Besuch von Bundestagsvizepräsidentin Dr. h. c. Kastner in Estland im April 2007 sowie die Begegnungen des Bundestagspräsidenten in Kroatien, Lettland, Litauen und Zypern während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft.

Europapolitische Akzente setzte der Bundestagspräsident im gleichen Zeitraum u. a. bei Reden anlässlich der gemeinsamen Sitzung des Seimas der Republik Litauen und des Sejm und des Senats der Republik Polen zum Jahrestag der Verfassung vom 3. Mai 1791, der ersten geschriebenen Verfassung Europas. Die Themen Europas Zukunft, das europäische Verfassungswerk sowie notwendige institutionelle Reformen standen sowohl hier als auch bei weiteren Reden u. a. in Luzern, Athen, Riga und Dubrovnik im Mittelpunkt. Dabei warnte Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert vor einem Scheitern des EU-Verfassungsvertrages, welches zwangsläufig ein Europa der zwei Geschwindigkeiten nach sich ziehen würde, und mahnte die dringend erforderliche Modernisierung und Vertiefung der EU an. Auch den offiziellen Besuch in Kroatien im Mai 2007 nutzte der Bundestagspräsident zur Erörterung der EU-Perspektiven der östlichen Balkanländer.

Im Rahmen der EU-Erweiterung wurden die parlamentarischen Kontakte zu den neuen, 2007 der EU beigetretenen Mitgliedsländern intensiviert. Bundestagsvizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner reiste hierzu im Berichtszeitraum mehrfach nach Rumänien, Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau nahm im Januar 2007 an der ersten feierlichen Plenarsitzung der Bulgarischen Volksversammlung nach dem EU-Beitritt teil. Erörtert wurden u. a. jeweils Fragen zur Zukunft der Europäischen Union, zu erforderlichen Reformprozessen und zum Programm der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Im Oktober 2007 informierte sich Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert in Bulgarien und Rumänien über den Stand der Reformbemühungen der Länder nach dem EU-Beitritt.

Demokratisierung/Rechtsstaatsentwicklung/ Parlamentarische Zusammenarbeit/Gedenken

Der Deutsche Bundestag widmet sich intensiv der Stärkung der bilateralen parlamentarischen Zusammenarbeit. Einen besonderen Stellenwert nehmen dabei die Beziehungen zu den Nachbarländern Frankreich und Polen ein. Mit beiden Ländern wurden regelmäßige Konsultationen vereinbart. Die im jährlichen Wechsel jeweils im anderen Land stattfindenden gemeinsamen Präsidiumssitzungen stärken die parlamentarischen wie die persönlichen Kontakte. Die langjährigen institutionalisierten Begegnungen zwischen dem deutschen und dem französischen Präsidium wurden im Berichtszeitraum weitergeführt. So wurde beispielsweise im April 2006 eine gemeinsame Erklärung zum EU-Sprachenregime verabschiedet und eine Arbeitsgruppe kulturelle Vielfalt eingerichtet. Im Februar 2007 reiste das Bundestagspräsidium nach Frankreich, um u. a. über die Rolle der nationalen Parlamente in der

EU zu beraten. Mit dem polnischen Sejm wurde als Ergebnis einer offiziellen Reise des Bundestagspräsidenten im Februar 2007 ein vergleichbares Programm vereinbart. Auf der Tagesordnung stehen u. a. ein Gedankenaustausch zu aktuellen politischen Themen, die Abstimmung in EU-Fragen oder die Vorbereitung einer gemeinsamen Konferenz zum deutsch-polnischen Geschichtsbild. Bundestagspräsident Dr. Lammert hat sich vor dem Hintergrund der besonderen Beziehungen zu Polen das Ziel gesetzt, die Beziehungen im parlamentarischen Bereich durch eine dichte Folge an Begegnungen auf Ebene der Parlamentspräsidenten zu intensivieren und so die Grundlage für eine vertrauensvolle Basis der parlamentarischen Zusammenarbeit zu schaffen. Auch darum reiste er mehrfach nach Polen, zuletzt im Mai 2007 als erster ausländischer Gast wenige Tage nach dem Amtsantritt seines neuen Amtskollegen.

Die einzigartigen Beziehungen zum Staat Israel würdigte der Bundestagspräsident durch eine offizielle Reise nach Israel im Januar 2007. Diese verband er mit einem Aufenthalt in Zypern und einem Besuch beim deutschen Einsatzkontingent UNIFIL. Auch Bundestagsvizepräsidentin Göring-Eckardt reiste im Frühjahr 2007 nach Israel und in die Palästinensischen Autonomiegebiete. Sie schloss an diese Reise Aufenthalte im Libanon und in Jordanien an. Die genannten Reisen dienten zusätzlich der Vertiefung der Kenntnisse über die parlamentarischen Systeme und eröffneten Einblicke in die unterschiedlichen, die politischen Systeme prägenden Gesellschaftsstrukturen. Die Stärkung der bilateralen parlamentarischen Strukturen stand auch im Mittelpunkt einer Reise des Bundestagspräsidenten in die Vereinigten Staaten von Amerika und nach Kanada im Juni 2007. In beiden Ländern traf er mit seinen Amtskollegen zusammen, um neben den aktuellen innenpolitischen und parlamentarischen Entwicklungen in den Ländern u. a. auch die inhaltliche Ausrichtung der 2007 von Deutschland auszurichtenden G8-Parlamentspräsidentenkonferenz zu erörtern.

Im Rahmen weiterer Reisen informierten sich die Präsidiumsmitglieder überdies über verschiedene Formen der Wahlsysteme sowie die politischen Entwicklungen nach Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. In diesem Zusammenhang führte Bundestagsvizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse im März 2007 Gespräche in Rom, wo neben zahlreichen bilateralen Themen auch die Reform des italienischen Wahlsystems in Anlehnung an das deutsche Modell diskutiert wurde.

Die Präsidiumsmitglieder widmeten sich zudem der Beobachtung und Unterstützung von Demokratisierungsprozessen und der Begleitung erfolgreicher demokratischer Prozesse.

Die offiziellen Besuche des Bundestagspräsidenten im Oktober 2006 in Georgien und Moldau beispielsweise fielen in eine Zeit besonders angespannter Beziehungen zwischen Russland und diesen Ländern und boten Gelegenheit, letztere zu ermutigen, auf dem eingeschlagenen Weg der Demokratisierung und diplomatischen Konfliktlösung fortzufahren.

Fragen der Demokratieentwicklung, der Rechtsstaatlichkeit und der Entwicklung des parlamentarischen Systems standen im Mittelpunkt der Reise von Bundestagsvizepräsident Dr. Hermann Otto Solms nach Usbekistan im September 2006, sowie der Delegationsreise von Bundestagsvizepräsidentin Gerda Hasselfeldt nach Algerien und Libyen im Januar 2007. Neben der jeweiligen innenpolitischen Entwicklung der Länder erörterte die Bundestagsvizepräsidentin u. a. wirtschaftliche und energiepolitische Themen sowie Fragen des interkulturellen Dialogs.

Themen einer Reise von Bundestagsvizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner nach Südafrika und Tansania im November 2006 waren neben den bilateralen und parlamentarischen Beziehungen die Demokratieentwicklung, der Aufbau der Zivilgesellschaft, Frauen-, Familien- und Gesundheitspolitik sowie die Vorbereitungen zur Fußball-WM 2010. Anlass der Reise war die Teilnahme an der Eröffnungssitzung des Panafrikanischen Parlaments. Die Reise von Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt nach Afghanistan im August 2007 diente insbesondere der Erörterung sicherheitspolitischer, humanitärer und menschenrechtlicher Fragen.

Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert verband einen offiziellen Besuch in der Mongolei im Juli 2006 mit der Teilnahme als ranghöchster ausländischer Repräsentant an der 800-Jahr-Feier der mongolischen Staatsgründung. Die Reise bot Gelegenheit, den Demokratisierungsprozess des Landes zu würdigen, die Entwicklung des Landes zum Rechtsstaat zu unterstützen und die Verantwortlichen zur Einhaltung der Menschenrechte zu ermutigen.

Bundestagsvizepräsidentin Gerda Hasselfeldt reiste im Oktober 2006 nach Ungarn, um an den parlamentarischen Gedenkfeierlichkeiten zum 50. Jahrestag des Ungarnaufstandes von 1956 teilzunehmen. Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau nahm im September 2006 anlässlich des 65. Jahrestages des Massakers an der jüdischen Bevölkerung von Kiew in Babij Jar in Vertretung von Bundestagspräsident Dr. Lammert an einer Gedenkveranstaltung in der Ukraine teil. Den aktuellen Stand des Demokratisierungsprozesses in dem Land erörterte auch Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt bei einer Reise im Herbst 2006.

Wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen/ interkultureller Dialog

Im April 2006 reiste Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert nach Ungarn, um als Schirmherr und im Beisein der Präsidentin der Ungarischen Nationalversammlung die von der Deutschen Botschaft in Budapest organisierte zentrale Veranstaltung der deutschen Kultur- und Bildungswochen, des „Deutschen Kulturfrühlings“, zu eröffnen. Im November 2007 nahm er auf Einladung der Ungarischen Nationalversammlung an der Gedenkveranstaltung zum 60. Jahrestag der Entrechtung und Vertreibung der Ungarndeutschen teil.

In Polen eröffnete der Bundestagspräsident im März 2007 gemeinsam mit seinem polnischen Amtskollegen Jurek eine Ausstellung mit Skulpturen von Bernhard Heiliger.

Bundestagsvizepräsidentin Hasselfeldt besuchte im Mai 2006 Schweden und erörterte dort u. a. die Rolle der nationalen Parlamente im EU-Gesetzgebungsprozess, Fragen der Bildungs- und Erziehungspolitik, Lösungsansätze zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie fremdsprachliche Integrationsmodelle an schwedischen Schulen.

Im Mittelpunkt einer Reise von Bundestagsvizepräsidentin Dr. h. c. Kastner nach Estland im April 2007 standen neben den erwähnten EU-politischen Themenfeldern die bilateralen und parlamentarischen Beziehungen sowie innen-, außen und energiepolitische Aspekte. Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert erörterte anlässlich seines offiziellen Besuchs in Marokko im November 2006 u. a. die Bedeutung der kulturellen Dimension für die Beziehungen mit Europa. Im Mittelpunkt einer Türkeireise von Bundestagsvizepräsident Dr. h. c. Thierse im März 2006 standen die Themen politischer Islam, Karikaturenstreit, Dialog der Kulturen und die Lage religiöser Minderheiten in der Türkei. Im August 2007 folgte Bundestagspräsident Dr. Lammert einer Einladung seines indischen Amtskollegen Chatterjee zur Teilnahme an den Feierlichkeiten anlässlich des 60. Jahrestages der Unabhängigkeit Indiens.

3 Reisen der Ausschüsse sowie Gegenbesuche

Die Reisen sowie Gegenbesuche der Ausschüsse, des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung und der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ dienten vornehmlich dazu, Erfahrungen zu aktuellen, wichtigen und gemeinsam interessierenden politischen Themen auszutauschen und Erkenntnisse für die eigene Arbeit zu gewinnen.

Gesprächspartner waren insbesondere die korrespondierenden Ausschüsse und andere Mitglieder der ausländischen Parlamente, daneben Vertreter der Regierungen, andere Gruppen und Personen des öffentlichen Lebens sowie Vertreter von Wissenschaft, Wirtschaft und Verbänden.

In den folgenden Abschnitten werden die Reisen und Gegenbesuche ausländischer Parlamentarierdelegationen nach den einzelnen Ausschüssen, dem Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung und der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ gegliedert dargestellt. Die internationalen Aktivitäten wurden unter Bezugnahme auf die inhaltlichen Schwerpunkte des jeweiligen Gremiums dargestellt, wobei sie grundsätzlich exemplarisch aufgeführt sind. Es handelt sich demnach nicht um eine vollständige Auflistung aller Aktivitäten.

Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung

Ein Delegationsbesuch des Ausschusses in Brüssel im September 2006 diente dazu, in Gesprächen mit Mitgliedern des Ausschusses für konstitutionelle Fragen und mit Mitgliedern des Rechtsausschusses vorwiegend Fragen des Geschäftsordnungs-, Parlaments- und Statusrechts der

Abgeordneten zu erörtern, die zum Geschäftsbereich des „1. Ausschusses“ zählen. Dabei wurde insbesondere die Ausgestaltung des Immunitätsrechts der Abgeordneten im Europäischen Parlament angesprochen, da nach der geltenden Rechtslage kein einheitlicher Immunitätsschutz gewährleistet sei. Um der Gefahr von Ungleichbehandlungen entgegenzutreten zu können, wurde über eine Vereinheitlichung, bzw. eine Vereinbarung gewisser Mindeststandards diskutiert. Ferner wurde mit deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments über Möglichkeiten gesprochen, wie die Europafähigkeit des Bundestages verbessert und die Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Bundestag und Europäischem Parlament intensiviert werden könnte.

Anlass einer Delegationsreise nach Südafrika im März 2007 war das zehnjährige Jubiläum der südafrikanischen Verfassung, die sich in weiten Teilen an das Grundgesetz anlehnt. Während des Besuchs wurden u. a. Gespräche mit Mitgliedern verschiedener Ausschüsse des südafrikanischen Parlaments, Mitgliedern der Menschenrechtskommission, mit der Vizepräsidentin des südafrikanischen Parlaments, sowie einem Richter des Verfassungsgerichts geführt. Schwerpunktmäßig wurden in den Gesprächen die bisherigen Erfahrungen mit der Verfassung, die weitere Verfassungsentwicklung und die Erfahrungen mit der Parlamentarischen Geschäftsordnung erörtert. Fragen des Geschäftsordnungs-, Parlaments- und Statusrechts sowie die Funktion und Arbeitsweise des Ausschusses wurden bei den Besuchen von Delegationen aus der Islamischen Republik Mauretanien, der Ungarischen Nationalversammlung, des Britischen Unterhauses, des Parlaments der Republik Kenia, des Parlaments der Republik Zypern und der Versammlung des Kosovos in Berlin angesprochen.

Petitionsausschuss

Auch während dieses Berichtszeitraums war das internationale Interesse am Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages ungebrochen. Es kamen Besucher und Besucherinnen aus den Ländern China, Kirgisien, Vietnam, USA, Georgien, Ukraine, Pakistan, Kenia, Irak, Mongolei, Thailand und Afghanistan nach Berlin, um sich über seine Arbeit zu informieren. Im Verlauf dieser Besuche wurde häufig eine Gegeneinladung ausgesprochen, die oft mit der Bitte verbunden war, durch einen solchen Besuch im Rahmen einer Delegationsreise für die eigene Arbeit der dortigen Petitionseinrichtungen Öffentlichkeit zu erzeugen und Wertschätzung zum Ausdruck zu bringen. In einigen Ländern ging es dabei vor allem um die Wahrung von Menschenrechten.

Eine Ausschussdelegation traf sich im Juni 2006 im Baltikum mit Vertretern von Petitionsausschüssen, Ombudseinrichtungen, Menschenrechtskommissionen und Vertretern von Nicht-Regierungsorganisationen, um sich umfassend über das Petitions- und Beschwerdewesen in den dortigen jungen Demokratien zu informieren sowie einen Meinungsaustausch über aktuelle Fragen aus den jeweiligen Aufgaben durchzuführen.

Nach mehreren Besuchen kambodschanischer und vietnamesischer Abgeordneter beim Deutschen Bundestag, die hier mit detaillierten Fragen zur Bearbeitung von Petitionen die Vorgehensweise des Ausschusses kennenlernen konnten, folgten einige Abgeordnete des Ausschusses im Oktober 2006 den ausgesprochenen Gegeneinladungen nach Kambodscha und Vietnam. Dabei wurden über das generelle Kennenlernen der Arbeit hinaus auch konkrete inhaltliche Fragen an den Petitionsausschuss des Bundestages herangetragen: so Fragen über Eheschließungen zwischen Vietnamesen und Deutschen, den Verbleib und die Lebensumstände von aus Deutschland abgeschobenen Vietnamesen sowie über die Situation in den Haftanstalten in Vietnam und Kambodscha. Außerdem wurde die Petition für die Freilassung eines in Vietnam in Haft befindlichen deutschen Staatsbürgers erörtert. Darüber hinaus waren die Entwicklung der Demokratie und der Menschenrechte, die Rolle der Frauen in der jeweiligen Gesellschaft der beiden Länder sowie die Arbeit deutscher Organisationen der Entwicklungsarbeit unter Bezug auf im Bundestag dazu vorliegende Eingaben Thema der Gespräche.

Bei einem Delegationsbesuch in Spanien im Juli 2007 war es den Abgeordneten wichtig, neben den Kontakten zu Petitionsausschüssen bzw. Ombudsleuten Hintergrundinformationen zur dortigen Problematik der Flüchtlings- und Migrationsbewegungen zu erhalten.

Im Oktober 2007 führte eine Delegationsreise nach Bosnien-Herzegowina, Serbien, Mazedonien sowie nach Albanien. In diesen Ländern fand ein reger Austausch darüber statt, wie man mit den Anliegen der Bürger umgeht.

Während der Berichtsperiode wurde ebenfalls aufgrund vor allem der Initiativen des Europäischen Bürgerbeauftragten das Netzwerk zwischen den Europäischen Ombudsleuten und Petitionsausschüssen durch gegenseitige Besuche intensiviert. Dabei konnte zum Beispiel in Straßburg den Teilnehmern einer Konferenz das im Bundestag mit großem Erfolg eingeführte System der öffentlichen Petitionen mit Diskussionsforum im Internet vorgestellt werden. Daneben war auch die Intensivierung der Arbeit des Internationalen Ombudsmanninstitutes (IOI) ein wichtiges Anliegen. Durch diese Kontakte auf europäischer bzw. internationaler Ebene und nicht zuletzt durch den Internetauftritt des Ausschusses ist das Interesse an den Aufgaben des Petitionsausschusses groß. Da sich viele Länder für Ombudsmann-Systeme nach skandinavischem Vorbild entschieden haben, ist zu vermuten, dass die entgegengebrachte Aufmerksamkeit mit dem Interesse an den Vor- und Nachteilen der Aufgabenbewältigung durch einen Petitionsausschuss zu erklären ist.

Auswärtiger Ausschuss

Die Ziele der Reisen von Delegationen des Auswärtigen Ausschusses und seiner Unterausschüsse im Berichtszeitraum reflektieren aktuelle internationale Konfliktfelder, das deutsche Engagement in den Vereinten Nationen sowie den Bedeutungszuwachs neuer aufstrebender Mächte. Zu letzterem gehört das demokratische Indien genauso wie das kommunistisch regierte China. Beide

Länder waren Ziel von gleich drei Reisen von Delegationen des Auswärtigen Ausschusses.

Unter Leitung seines Vorsitzenden hielt sich eine Delegation des Ausschusses im Juli/August 2007 in Delhi und Mumbai auf. Die Delegation konnte sich einen Eindruck von der Leistungsfähigkeit indischer Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik verschaffen. Außenpolitisch von Interesse waren nicht nur das Verhältnis Indiens zu Pakistan und die Frage des Kaschmir-Konflikts, sondern auch die ausbalancierende Rolle Indiens im Spiel der Großmächte USA, China und Russland. Der Unterausschuss „Globalisierung und Außenwirtschaft“ des Auswärtigen Ausschusses hatte bereits im Oktober 2006 Delhi, Chennai, Bangalore und Mumbai bereist. Im Vordergrund des Erkenntnisinteresses dieser Delegationsreise standen vor allem die Voraussetzungen und Folgen der wirtschaftlichen Entwicklung Indiens, nicht zuletzt mit Blick auf die Weltwirtschaft. Mit Dubai war ein weiteres internationales Wirtschaftszentrum der Golfregion im Zentrum des Besuchs dieses Unterausschusses.

Der Unterausschuss „Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik“ hat wie der Auswärtige Ausschuss im Jahr zuvor im März 2007 Peking, Nanjing und Shanghai bereist. Im Vordergrund des Besuchs dieses Unterausschusses standen Fragen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, denen gerade im Vorfeld wichtiger internationaler Ereignisse (China als Ausrichter der Olympischen Spiele 2008 und Veranstalter der EXPO im Jahre 2010) besondere Bedeutung zukommt.

Die Reise des Unterausschusses Vereinte Nationen nach New York im Oktober/November 2006 bot die Gelegenheit, sich über den aktuellen Stand der umfassenden inneren Reform der Weltorganisation zu unterrichten und das große Interesse Deutschlands an einem Erfolg dieses Reformprozesses zu unterstreichen. Die Delegation konnte sich zugleich einen Eindruck von dem gewachsenen Gewicht Deutschlands in den Vereinten Nationen und den damit verbundenen Erwartungen verschaffen.

Mit dem iranischen Nuklearprogramm befassten sich sowohl der Auswärtige Ausschuss als auch sein Unterausschuss „Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung“, der im Oktober 2006 eine Informationsreise nach Teheran unternommen hatte. Die dort gewonnenen Erkenntnisse konnten am Sitz der IAEA in Wien einer Gegenprüfung unterzogen werden.

Innenausschuss

Auch innenpolitische Themen weisen im Zeitalter der Europäisierung und Globalisierung zunehmend einen Auslandsbezug auf. Dies ist etwa bei Migrationsfragen offensichtlich, gilt aber in großem Maße inzwischen auch für den Bereich der inneren Sicherheit. So ist eine erfolgversprechende Bekämpfung des Terrorismus und der Organisierten Kriminalität nur durch eine enge internationale Zusammenarbeit denkbar. Für die Abgeordneten des Innenausschusses standen daher während ihrer Delegationsreisen im Berichtszeitraum in den Kosovo (April 2006), die USA (Juni 2006), nach Bulgarien und Rumänien (Juni

2006), Italien (Oktober 2006), Israel (Dezember 2006), in die Türkei (April 2007), nach Litauen, Lettland und Estland (September 2007) sowie in die Niederlande und nach Frankreich (Dezember 2007) Gespräche mit den korrespondierenden Parlamentsausschüssen, Ministerien und mit den Behörden und Organisationen im Mittelpunkt des Interesses, die sich mit Problemen der Migration befassen oder die für Sicherheitsbelange zuständig sind. Weitere zentrale Themen waren der Katastrophenschutz sowie die Erfolge und Risiken deutscher Auslandsmissionen im polizeilichen Bereich. Zudem wurden Staatsangehörigkeitsfragen und die Situation nationaler Minderheiten erörtert.

Im Zusammenhang mit der Migrationsproblematik wurden dabei vor allem Fragen der Integration von Flüchtlingen (Kosovo, Italien) oder Einwanderern (USA, Italien, Israel, Niederlande, Frankreich) behandelt sowie die Zusammenarbeit mit Herkunftsländern der Migranten, etwa durch Vorintegrationskurse (Türkei). Die Lage der ethnischen Minderheiten war ebenfalls ein Grund für die Ausschussmitglieder, sich vor Ort zu informieren (Kosovo, Rumänien, Bulgarien, Baltikum). Auch die Grenzsicherung vor dem Hintergrund des Schengen-Prozesses beschäftigte mehrmals den Ausschuss (Bulgarien, Rumänien, Italien, Baltikum). Regelmäßig standen im Rahmen der Reisen Besuche von deutschen Polizeikräften vor Ort auf dem Programm, die in unterschiedlichen Auslandsmissionen Dienst tun, sei es im Rahmen einer VN-Mission (Kosovo), der EU-Beobachtermission am Grenzübergang zwischen dem Gaza-Streifen und Ägypten (Israel) oder zur Unterstützung des Aufbaus einer Grenzpolizeiorganisation (Rumänien, Bulgarien). Gespräche zu den generellen Planungen der VN-Polizeimissionen und zum Aufbau einer ständigen VN-Polizeikapazität fanden während der USA-Delegationsreise in New York statt. Besondere Bedeutung für die Ausschussarbeit hatten Informationen und Meinungsaustausch über die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus und der Organisierten Kriminalität (USA, Israel), die auch unter den Aspekten des Datenaustausches und Datenschutzes intensiv diskutiert wurde. Anlass für Delegationsreisen war darüber hinaus der Wunsch nach Information über die Fortschritte von Gastländern im Bereich Justiz und Inneres kurz vor dem EU Beitritt (Rumänien, Bulgarien) bzw. im Hinblick auf die laufenden Beitrittsverhandlungen (Türkei). Schließlich waren Koordination und Krisenmanagement im Katastrophenfall wichtiges Thema einer Reise (USA), bei der sich die Delegationsmitglieder außerdem über die eindrucksvollen Hilfsleistungen des Technischen Hilfswerks nach der Hurrikankatastrophe von New Orleans informieren konnten.

Sportausschuss

Antwort zu finden auf die Frage der Effizienz und des sinnvollen Einsatzes öffentlicher Gelder für Zwecke der Sportförderung ist eine der Daueraufgaben des Sportausschusses des Deutschen Bundestages, die jedes Jahr neu zu beurteilen und zu hinterfragen ist. Unverzichtbar für eine Antwort im Bereich der Spitzensportförderung des Bundes ist hierfür unter anderem die Kenntnis der Verfah-

ren und Strukturen der internationalen Konkurrenz und des Verhältnisses von Maßnahmen und Wirkungen im internationalen Bereich. Ziel der Reise einer Delegation des Sportausschusses zu den Olympischen Winterspielen nach Turin im Jahr 2006 war es deshalb auch, sich vor Ort an den verschiedenen Austragungsstätten über die Leistungen der deutschen Olympiateilnehmer zu informieren und in Gesprächen mit Fachverbandsexperten und Fachpolitikern national und international die Leistungssportförderung und ihre Wirkung zu vergleichen. Daneben waren Aspekte der Sicherheit von sportlichen Großveranstaltungen ebenfalls Gegenstand der Gespräche mit internationalen Gesprächspartnern.

Die Reise des Sportausschusses nach Osaka und Tokio in Japan im Herbst 2006 diente dem Ziel, in Gesprächen mit japanischen Sportorganisationen die Unterschiede der Spitzensportförderung und der Talentsuche auszuloten und mögliche Übertragbarkeiten auf das deutsche System der Spitzensportförderung zu prüfen. Anlass hierfür war unter anderem die wesentlich bessere Entwicklung Japans im Verhältnis zu Deutschland im Ländervergleich im Spitzensport. Überdies beschreitet Japan völlig neue Wege in der Sportwissenschaft, die sich von den sportwissenschaftlichen Ansätzen in Deutschland erheblich unterscheiden.

Daneben informierte sich der Ausschuss über den Stand der Vorbereitungen der Leichtathletikweltmeisterschaften für 2007 in Osaka, um hieraus gegebenenfalls Schlussfolgerungen für die Leichtathletik-WM 2009 in Berlin zu ziehen. Die Reise nach Peking und Shanghai im Herbst 2007 verfolgte das Ziel, einen Eindruck von dem Stand der Vorbereitungen für die Olympischen und Paralympischen Spiele 2008 zu bekommen und die Voraussetzungen für die Athletinnen und Athleten sowie die Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen zu klären. Die Ausschussdelegation besuchte zudem die Special Olympics World Summer Games 2007 in Shanghai.

Rechtsausschuss

Die Delegationsreise des Rechtsausschusses im Juni 2007 nach Rumänien und Bulgarien hatte zum Ziel, sich ebenso wie bei früheren Besuchen in Polen und Tschechien sowie in den baltischen Staaten über die in beiden Ländern laufenden Justizreformen zu informieren und den jeweils deutschen Rechtsstandpunkt zu vermitteln. Im Vordergrund des ausführlichen Erfahrungsaustausches standen die Diskussion über den Stand der Anpassung der nationalen Gesetzgebung an das EU-Recht, die Bemühungen im Kampf gegen die Korruption und die Organisierte Kriminalität sowie die Terrorismusabwehr. In beiden Staaten hatte die Delegation Gelegenheit zum Austausch mit Mitgliedern der dortigen Rechtsausschüsse. Es fanden Gespräche mit führenden Vertretern von Regierung und Opposition, mit Vertretern der obersten Gerichte und der Generalstaatsanwaltschaft sowie mit den Kollegen aus den korrespondierenden Ausschüssen der Parlamente statt. Gespräche mit Vertretern der Zivilgesellschaft und ehemaligen Stipendiaten des Bundestages haben dafür gesorgt, dass die in den politischen Gesprä-

chen entstandenen Eindrücke ergänzt oder teilweise auch revidiert werden konnten.

Die Delegationsreise nach Argentinien und Chile im Oktober 2006 diente der Information über aktuelle politische und rechtliche Rahmenbedingungen im Rechts- und Justizbereich. Im Vordergrund des intensiven Meinungsaustauschs standen die in beiden Ländern laufenden Justizreformen, die Menschenrechte sowie der Stand der Aufarbeitung der unter den Militärregimes begangenen Menschenrechtsverletzungen. In Chile kamen darüber hinaus vertiefend konkrete Gespräche über das chilenische Rechtssystem, welches stark durch deutschen Einfluss geprägt ist, sowie zur Modifizierung des Strafprozesses und Neuordnung der Zuständigkeiten von Militärgerichten und Polizei hinzu. In Argentinien stellte sich heraus, dass noch ein erheblicher Nachholbedarf in vielen Bereichen des Rechts, vor allem im Strafvollzug besteht. In beiden lateinamerikanischen Ländern standen der Delegation hochrangige Gesprächspartner aus Politik, Richterschaft und Anwaltschaft zur Verfügung.

In einer gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuss für verfassungsrechtliche Angelegenheiten des italienischen Abgeordnetenhauses in Berlin im März 2007 wurden Fragen der Föderalismusreform in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Rolle des Bundesrates und des Bundesverfassungsgerichts sowie der Entwicklung und den Problemen der Föderalisierung des italienischen Staates erörtert. Im Mai 2007 verhandelten die beiden Ausschüsse in Rom unter Beteiligung des Vorsitzenden des Ausschusses für konstitutionelle Fragen des Europäischen Parlaments sowie deutscher und italienischer Wissenschaftler über die Möglichkeit einer Wiederbelebung des europäischen Verfassungsprozesses. In einer gemeinsamen Erklärung brachten die Vorsitzenden beider Ausschüsse zum Ausdruck, dass von den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament maßgebliche Impulse für die zu erstrebende Ausarbeitung eines europäischen Grundgesetzes ausgehen müssen.

Finanzausschuss

Als eine Folge der Fortentwicklung der Europäischen Union und auch der Globalisierung ist Steuergesetzgebung schon lange nicht mehr ein Politikfeld, auf dem der nationale Gesetzgeber gewissermaßen unumschränkt entscheiden kann. So sind zum Beispiel Regelungen zur Unternehmensbesteuerung (Steuersätze, Bemessungsgrundlagen) in anderen EU-Mitgliedstaaten hierfür ebenso von Bedeutung wie Doppelbesteuerungsabkommen mit Ländern wie Indien, Brasilien oder den Vereinigten Staaten von Amerika. Die enorm zugenommenen Möglichkeiten im Kapitalverkehr auf und zwischen den weltweiten Finanzmärkten sowie die zunehmend internationale Betätigung vieler Unternehmen stellen auch den deutschen Steuer- und Finanzmarktgesetzgeber vor völlig neue, komplexe Fragen und machen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Regierungen, Parlamenten und Finanzaufsichten notwendiger denn je.

Wie muss ein europäisch und international konkurrenzfähiges Steuerrecht in Deutschland aussehen, ohne gleich-

zeitig etwa den Grundsatz der Steuergerechtigkeit sowie die Erhaltung des Steuersubstrats als Voraussetzung staatlichen Handelns preiszugeben? Wie lassen sich international arbeitende Finanzmärkte und deren Intermediäre an „Spielregeln“ binden, ohne den Primat des Marktes und seiner konkurrenzlosen Entwicklungskräfte in Frage zu stellen?

Wie kommen die für die Finanzaufsicht zuständigen Stellen der Nationalstaaten zu besserer (schnellerer) Zusammenarbeit? Und wie befördert man die Einsicht zur Notwendigkeit hierfür? Welche Möglichkeiten bestehen, auch die bilaterale Zusammenarbeit der Finanzpolitiken zu stärken bzw. diese auszubauen? In welchen Ländern gibt es – so zum Beispiel auch im Bereich des Versicherungswesens bzw. der privaten Daseinsvorsorge, für das der Finanzausschuss ebenso verantwortlich zeichnet – Aufbau- bzw. Entwicklungssituationen, die von deutschen Erfahrungen gut profitieren könnten und hierbei zugleich positive Wirkungen auch für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland hätten?

Dies sind nur einige der Fragestellungen, die Delegationen des Finanzausschusses bei ihrem Besuch in Großbritannien und Irland (April 2006), in Tokyo (Juli 2006), anlässlich der Teilnahme an der Jahrestagung von IWF und Weltbank in Singapur (September 2006) und in Washington (Oktober 2007), bei ihrem Besuch in Indien (Februar 2007) sowie in Brasilien und Argentinien (Juli 2007) mit Parlamentariern, Regierungsvertretern, Vertretern von Industrieunternehmen, Versicherungen, Banken und Aufsichtsbehörden in den vorgenannten Ländern erörterten und deren Ergebnisse in die laufende, nationale Arbeit einbezogen werden konnten.

Haushaltsausschuss

Anders als die Fachausschüsse, die sich in der Regel mit dem Geschäftsbereich eines Bundesministeriums befassen, ist der Haushaltsausschuss aufgrund seiner Zuständigkeit für den Gesamtetat und alle kostenwirksamen Einzelmaßnahmen auf allen Fachgebieten tätig. Dies spiegelt sich auch in seiner Reisetätigkeit wider, indem der Ausschuss im Berichtszeitraum Auslandsreisen zu den verschiedensten Themen und Politikfeldern unternahm. So führten die Reisen sowohl in Länder, in denen es um aus dem Bundeshaushalt finanzierte Einzelprojekte ging, als auch in solche Länder, in denen sich die Delegationsmitglieder über dortige Wege zur Lösung ausgesuchter politischer Probleme informierten.

Der Haushaltsausschuss begleitet durchschnittlich einmal im Jahr einen Bundeswehr-Versorgungsflug in afrikanische Länder, die im Rahmen der im Einzelplan des auswärtigen Amtes etatisierten und durch das Bundesministerium der Verteidigung verwalteten Ausstattungshilfe Materialien und Beratungshilfe erhalten. In diesem Kontext besuchte im Frühjahr 2006 eine Delegation Tansania, im Frühjahr 2007 Mali und Ghana. Bei beiden Reisen wurde dem Ausschuss bei konkreten Projektbesuchen die Effektivität der deutschen Hilfe vor Augen geführt. Insbesondere werden Krankenstationen und Werkstätten ma-

teriiell unterstützt; durch Bundeswehr-Beratergruppen erfolgt Personalschulung bzw. Personalausbildung.

Weitere Schwerpunkte waren im Bereich Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz im Juli 2006 Reisen nach Brasilien als ein Land, aus dem Lebensmittel nach EU-Norm von Deutschland importiert werden, und im April 2007 in die Ukraine und nach Russland, wo deutsche Beratung im Ackerbau, der Viehzucht und in der Ernährungsindustrie dankbar angenommen wird. Im Bereich der Mittelbereitstellung für Gesundheitsmaßnahmen – und hier insbesondere bei der AIDS-Bekämpfung und -Prävention – bereiste eine Delegation im Juli 2006 die Republik Südafrika und Malawi. Auch bei dieser Reise zeigte sich, dass die Haushaltsmittel im Kampf gegen HIV/AIDS sinnvoll eingesetzt werden.

Im Zuge der ersten Erfahrungen mit der Umgestaltung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe (Hartz-Reform) informierte sich eine Delegation über die Sozialsysteme der USA (August 2006), der Niederlande und Großbritanniens (Juli 2006). Die Situation in Spanien und Marokko angesichts der ständig wachsenden Zahl illegaler Zuwanderer aus Afrika in die EU war Gegenstand einer weiteren Informationsreise von Mitgliedern des Haushaltsausschusses im April 2007. Sie diente dazu, anhand der gewonnenen Informationen die von der Bundesregierung und der EU auf dem Gebiet der illegalen Zuwanderung diskutierten Maßnahmen besser beurteilen zu können.

Bei zwei Reisen in die Volksrepublik China (Februar und Juli 2007), wovon eine auch nach Japan führte, wurden die Exportmöglichkeiten deutscher – aus dem Bundeshaushalt geförderter – Technologie im Verkehrsbereich (Magnetbahn, Systeme zur Mauterhebung, Rad-Schiene-Technik) erörtert und Konkurrenzprodukte begutachtet. Daneben wurde festgestellt, dass die an China immer noch unter dem Stichwort „Entwicklungshilfe“ geleisteten Mittel diesem Begriff nicht mehr entsprechen. Bei der technischen und finanziellen Zusammenarbeit mit China handelt es sich um die Zurverfügungstellung von rückzahlbaren Krediten, um die Regierungsberatung sowie um Aus- und Weiterbildungshilfen. Dies sind Maßnahmen, die aus deutscher Sicht durchaus sinnvoll sind und partnerschaftlich abgewickelt werden. So ist an die gesundheitliche Bedrohung bei SARS oder der Vogelgrippe zu erinnern: Eine frühzeitige Erkennung und Gegenmaßnahmen mit deutscher Hilfe bereits im Gebiet der Seuchenentstehung nutzt auch den Menschen hier in Deutschland.

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Der Ausschuss beschäftigte sich im Berichtszeitraum unter anderem maßgeblich mit grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Themen in den Bereichen Energiepolitik, Bürokratieabbau und innovative Technologien. Ein weiteres Schwerpunktthema betraf die Förderung des Mittelstands als Rückgrat der deutschen Wirtschaft sowie die regionale Wirtschaftsförderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“.

Um sich im Rahmen der Beratungen zum Bürokratieabbau über die Erfahrungen mit dem Standard-Kosten-Modell zu informieren und eine mögliche Übertragung des Systems auf Deutschland zu prüfen, reiste eine Delegation des Ausschusses im Mai 2006 in die Niederlande. Wesentliche Erkenntnisse dieser Reise fanden später in der Einrichtung des Normenkontrollrates und der Einführung des Standard-Kosten-Modells ihren Niederschlag. Im Zentrum der Südafrika-Reise im September 2006 standen Fragen zur Energie- und Rohstoffsicherung. Bei der Delegationsreise nach Indien im April 2007 waren Fragen zum Marktzugang und zur Investitionssicherheit deutscher Unternehmen unter besonderer Berücksichtigung von mittelständischen Unternehmen die zentralen Programmschwerpunkte.

Schließlich verfolgten in dem Berichtszeitraum zwei Delegationsreisen des Unterausschusses „Regionale Wirtschaftspolitik“ den Zweck, sich in Gesprächen mit Vertretern der lokalen Politik und Wirtschaft ein Bild über die Herausforderungen und Erfolge der regionalen Wirtschaftspolitik im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“ zu machen. Hierzu besuchte eine Delegation im September 2006 Mecklenburg-Vorpommern und im April 2007 eine weitere Gruppe die Region Ostbayern.

Im Kontext des innereuropäischen Abstimmungsprozesses in den Bereichen Energiepolitik, Wettbewerbspolitik und Innovationspolitik standen die Besuche der EU-Wettbewerbskommissarin Kroes im März 2007 und des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie des Europäischen Parlamentes im Mai 2007. Die Bedeutung einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik unterstrichen ebenso die Besuche einer dänischen parlamentarischen Delegation im November 2006 und einer Delegation aus den baltischen Staaten sowie aus Polen im Mai 2007. Das Thema „Euro-Zone – Konvergenz oder Auseinanderdriften“ war Gegenstand der Reise von Mitgliedern des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie zum interparlamentarischen Treffen in Brüssel im Februar 2007.

Zu den Herausforderungen in der Energieversorgung hat sich der Ausschuss im Rahmen einer Delegationsreise in die Vereinigten Arabischen Emirate und nach Katar im Oktober/November 2007 informiert. Weitere Themen waren dabei Logistikausbau und Diversifizierungsanstrengungen in beiden Ländern.

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ein Schwerpunkt der Arbeit des Ausschusses gilt der Agrarwirtschaft und den ländlichen Räumen – national, EU-weit und global. Dabei wird die Agrarpolitik wesentlich von der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU mitbestimmt; ebenso spielt der Agrarbereich in den WTO-Verhandlungen eine wichtige Rolle. Im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik stehen deren Reform sowie die Einbindung der neuen Mitgliedstaaten im Vordergrund des Interesses. Aber auch die in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses fallenden Themen wie Verbraucherschutz, Lebensmittelsicherheit, grüne Gen-

technik und Bioenergie haben angesichts zunehmender Globalisierung eine über den nationalen Bereich hinausgehende Bedeutung. Die in der Zeit von Herbst 2005 bis Ende Dezember 2007 durchgeführten Reisen und Besuche des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz dienten daher neben der Pflege der Kontakte der Information darüber, wie die Gastgeberstaaten bzw. Gaststaaten diese Politikfelder gestalten.

So wurden bei den Reisen des Ausschusses in die Niederlande (Mai 2006), nach Irland (Juni 2006), Spanien (April/Mai 2007) und Schweden (Juni 2007) Fragen der Gemeinsamen Agrarpolitik mit unterschiedlicher, der Bedeutung in den Mitgliedstaaten entsprechender Gewichtung erörtert. Insbesondere mit Spanien wurden die anstehende Reform der Marktordnung Wein diskutiert und die jeweiligen Positionen hierzu verdeutlicht. Themenschwerpunkte in der Diskussion mit Schweden bildeten die Frage des Umfangs der Reduzierung der Direktbeihilfen und die Bedeutung der erneuerbaren Energien für die Land- und Forstwirtschaft.

In Irland und in Norwegen (Juni 2007) standen Fragen der Fischereipolitik im Vordergrund der Gespräche. Insbesondere waren dabei die Chancen und Vorteile von Aquakulturen für eine nachhaltige Fischereipolitik sowie die mit ihren schwerwiegenden wirtschaftlichen Auswirkungen drängende, grenzübergreifende Problematik der illegalen Fischerei zentrale Themen der Besuche. Während einer Delegationsreise nach Russland (Oktober 2007) wurden Fragen des Agrarhandels und die Rolle der Landwirtschaft im Rahmen der strategischen Partnerschaft von EU und Russland thematisiert. Beim Besuch verschiedener landwirtschaftlicher Betriebe und Verarbeitungsunternehmen gewannen die Abgeordneten einen authentischen Überblick über die russische Agrarwirtschaft.

Schwerpunkte der Reise nach Argentinien und Uruguay (Oktober 2006) waren die Erörterung der Positionen dieser Länder im Rahmen der Verhandlungen des Mercosur mit der Europäischen Union sowie in den WTO-Verhandlungen und den entsprechenden Auswirkungen auf den europäischen Markt. Anlässlich seiner Reise nach Rumänien (September 2006) machte der Ausschuss sich ein Bild von dem Stand der Vorbereitung Rumäniens für den EU-Beitritt.

Darüber hinaus hat der Ausschuss aus Anlass der Internationalen Grünen Woche in Berlin im Januar 2006 eine spanische und im Januar 2007 eine baltische Parlamentarierdelegation nach Berlin eingeladen. Im Rahmen des Besuchsprogramms wurden insbesondere mit den Vertretern der baltischen Staaten Fragen zur Zukunft ländlicher Räume innerhalb der EU erörtert.

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Die in den vergangenen Jahren sehr hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland sowie die immer deutlicher werdenden Auswirkungen der Globalisierung auf die Arbeitsmärkte waren für den Ausschuss für Arbeit und Soziales in der Berichtsperiode maßgebliche Gesichtspunkte bei der Wahl seiner Auslandsreisen. Ziel war es, in verschiede-

nen Staaten zu sehen, mit welchen Instrumenten dort Arbeitsmarktpolitik gestaltet wird und wie erfolgreich oder weniger erfolgreich diese unter den jeweiligen Rahmendingungen sind. Ein besonderes Interesse galt dabei Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration von jugendlichen Arbeitslosen mit geringer Qualifikation, von Berufsrückkehrern, Arbeitslosen mit Migrationshintergrund sowie älteren Arbeitnehmern. Bei den Reisen wurde im Sinne von „best practice“ nach Ansätzen gesucht, die möglicherweise auch in Deutschland neue Impulse bringen könnten. Angesichts einer kontroversen öffentlichen Diskussion über eine stärkere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes informierte sich der Ausschuss in diesem Zusammenhang auch über Arbeitsrechtsreformen, Kündigungsschutzregelungen, Mindestlöhne sowie dem Verhältnis der Tarifvertragsparteien in anderen Staaten. In engem arbeitsmarktpolitischen Zusammenhang standen insbesondere in europäischen Zielländern auch Fragen der Arbeitskräftemigration sowie der Eingliederung von Migranten in den Arbeitsmarkt. Ebenfalls immer wieder diskutiert wurde die Frage möglicher Arbeitsplatzverlagerungen in Billiglohnländer im Rahmen der Globalisierung.

In diesem Kontext bildeten die Frage der Arbeitskräftemigration sowie mögliche Auswirkungen einer Gewährung der vollen Freizügigkeit für Arbeitnehmer neuer EU-Beitrittsstaaten einen Schwerpunkt der Reise im April 2006 nach Bulgarien. Neuseeland wurde im August 2006 besucht, da verschiedene internationale Organisationen wie OECD oder Weltbank dieses Land wegen seiner radikalen Deregulierungspolitik beim Arbeitsmarkt und Arbeitsrecht immer wieder als beispielhaft anführen. Im Oktober 2006 wurden Dänemark und Schweden besucht, die mit gänzlich unterschiedlichen Ansätzen im internationalen Vergleich eine überaus erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik betreiben, insbesondere was die Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer betrifft. Auch bei auswärtigen Sitzungen in Brüssel im April 2007 waren in allen Gesprächen das von der Kommission vorgelegte Grünbuch Modernes Arbeitsrecht sowie das Konzept der Flexicurity zentrale Themen. In Großbritannien und Irland im Juni 2007 wurden gleichfalls Themen wie Flexibilisierung oder Mindestlöhne untersucht. Bei der Reise nach Brasilien, Uruguay und Argentinien im August 2007 ging es darum, die oben genannten Themen unter dem Aspekt der Globalisierung zu beleuchten, wobei insbesondere der Frage nachgegangen wurde, welche Auswirkungen geringere Sozialstandards in Schwellenländern auf den deutschen Arbeitsmarkt haben.

Ebenfalls in der Berichtsperiode hatte der Ausschuss eine Delegation des Nationalen Volkskongresses Chinas zu Gast. Während die chinesische Wirtschaft seit Jahren enorme Wachstumsraten aufweist und insgesamt als überaus erfolgreich anzusehen ist, ist das soziale Sicherungssystem außerordentlich unterentwickelt. Zugleich führt die rasante Wirtschaftsentwicklung zu gravierenden Brüchen im traditionellen chinesischen Gesellschaftssystem, die Sicherungssysteme zunehmend dringender machen. Entsprechend interessierte sich die chinesische Delegation vor allem für Fragen der Altersvorsorge, der Behin-

ertenpolitik sowie der Bekämpfung der Marginalisierung einzelner Bevölkerungsgruppen.

Verteidigungsausschuss

Maßgeblich für die Wahl der Ziele der vom Verteidigungsausschuss durchgeführten Auslandsreisen waren vornehmlich die Einsatzgebiete der Bundeswehr – auch und insbesondere wegen anstehender Mandatsverlängerungen. Im Übrigen informierte sich der Ausschuss zu aktuellen Problemfeldern und internationalen Entwicklungen mit Berührungspunkten zur Verteidigungspolitik, in deren Zentrum zum einen die Aufrechterhaltung der guten Beziehungen zu den Bündnispartnern und zum anderen der Aufbau und die Intensivierung von Kontakten zu Partnern im Bereich Ost- und Südosteuropa sowie Asien stand. Die Delegationsreisen im Berichtszeitraum ermöglichten den Mitgliedern des Verteidigungsausschusses vor allem, in den Einsatzgebieten der Bundeswehr ein umfassendes Bild über politische Fortschritte und Entwicklungen, aktuelle Fragen sowie Probleme der eingesetzten Truppen vor Ort zu erlangen.

Der Verteidigungsausschuss unternahm im Mai 2006 eine Delegationsreise in die USA, bei der Gespräche zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen, zu Themen der globalen Entwicklung, speziell im Nahen Osten und zur Lage in Darfur, im Mittelpunkt standen. Eine Delegationsreise in den Kosovo, ebenfalls im Mai 2006, diente der Information über die Sicherheitslage, den Entwicklungsstand in Bezug auf den Status des Kosovos und der Umstrukturierung der Task Force. Im September 2006 begleiteten Mitglieder des Verteidigungsausschusses den Bundesminister der Verteidigung bei seiner Reise nach Djibuti, Gabun und in den Kongo, die einen Besuch des deutschen Einsatzkontingents Operation Enduring Freedom (OEF) in Djibuti und des Einsatzkontingents EUFOR RD Congo beinhaltete. Im Oktober 2006 besuchte der Verteidigungsausschuss im Rahmen einer Delegationsreise Afghanistan. Die Reise, die neben einem Aufenthalt in Kabul einen Besuch aller drei Stationierungsorte der deutschen Einsatzkräfte in Nordafghanistan umfasste, ermöglichte einen vertieften Eindruck zu vielen regelmäßig im Ausschuss beratenen Einzelaspekten der Mandatserfüllung. Eine Reise im November 2006 in den Libanon, nach Israel und Zypern zum deutschen Einsatzkontingent UNIFIL wurde zu intensiven Gesprächen mit den jeweiligen Verteidigungsministern genutzt. Die Reise wurde mit einem Besuch des deutschen Einsatzkontingents UNIFIL, welches seinen Stützpunkt im Hafen Limassol hat, abgerundet, während dessen sich die Mitglieder über die aktuelle Lage im Mittelmeerraum informieren konnten.

Im Jahr 2007 fand im Mai eine weitere Delegationsreise nach Zypern zum Deutschen Einsatzkontingent UNIFIL statt. Im Rahmen des Besuchs informierten sich die Mitglieder über die aktuelle Einsatzsituation der Bundeswehrkräfte. Im Juni 2007 reiste eine Delegation des Verteidigungsausschusses erneut nach Afghanistan, um das deutsche Einsatzkontingent ISAF zu besuchen, wobei Themen im Zusammenhang mit dem Einsatz der Tor-

nado-Staffel im Vordergrund standen. Eine weitere Delegationsreise im Juni 2007 führte den Verteidigungsausschuss in den Kosovo und nach Bosnien-Herzegowina. Die jüngsten innenpolitischen Entwicklungen zur Statusfrage des Kosovo einschließlich der Auswirkung auf den Auftrag von KFOR sowie die Truppenreduzierung bei EUFOR bildeten die Themenschwerpunkte.

Schließlich besuchte eine Delegation des Verteidigungsausschusses Ende Oktober 2007 die USA und Kanada. In Washington nahm die Delegation unter anderem an einem „Roundtable“ zum Thema Afghanistan teil und führte Gespräche zu bilateralen Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit Vertretern von Parlament und Regierung. In Kanada informierte sich die Delegation insbesondere über die Bewertung des kanadischen Einsatzes in Afghanistan durch Parlament und Bevölkerung Kanadas. Die Erkenntnisse der Reise gewannen aktuelle Bedeutung vor dem Hintergrund der unmittelbar bevorstehenden Entscheidung über die Fortsetzung des OEF-Mandats.

Der Verteidigungsausschuss konnte im Berichtszeitraum ferner ein großes Interesse internationaler Besucher verzeichnen. Unter anderem wurden Delegationen aus den USA, den Niederlanden, Albanien, China, Israel, Ukraine, Georgien, Afghanistan, Tschechien und Schweden zu Gesprächen mit Mitgliedern des Ausschusses empfangen. Hauptthemen waren dabei aktuelle Entwicklungen in den internationalen und bilateralen Beziehungen, sicherheitspolitische Entwicklungen in verschiedenen Regionen der Welt und deren Bewertung, Bündnisfragen und Fragen zu internationalen Einsätzen der Bundeswehr.

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Die vom Ausschuss für die 16. Wahlperiode festgelegten Arbeitsschwerpunkte bestimmten weitgehend auch die Themen für die Delegationsreisen im Berichtszeitraum. Frauenrechte, „Zwangsverheiratungen“ und sogenannte „Ehren“- oder „Schandmorde“ bildeten das Thema einer im Mai 2006 durchgeführten Delegationsreise in die Türkei. Ziel war es, zusätzliche Erkenntnisse für die Beurteilung der dem Ausschuss zur Beratung vorliegenden Anträge zu gewinnen und sich über die Menschenrechtssituation von Frauen und Mädchen zu informieren. Die Reise einer Delegation zur 51. Frauenrechtskonferenz (FRK) zum Thema „Diskriminierung und Gewalt gegen Mädchen“ nach New York im Februar 2007 hatte zum Ziel, Einblicke in die internationale Gleichstellungspolitik zu gewinnen. Zentrale Themen von Gesprächen mit europäischen Fachpolitikerinnen und -politikern einer im März 2007 durchgeführten eintägigen auswärtigen Ausschusssitzung in Brüssel waren die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter, Chancengleichheit und allgemeine und berufliche Bildung, Kultur und Jugend.

Eine seniorenpolitische Reise führte den Ausschuss im Mai 2007 nach Finnland und Dänemark. Beide Länder haben bereits sehr früh auf die Herausforderungen des demographischen Wandels reagiert und praktische Ansätze zur Gestaltung einer aktiven Seniorenpolitik entwickelt.

Auf dem Programm standen Gespräche mit dem finnischen Institut für Arbeitsmedizin, Arbeitgebern, Gewerkschaften sowie Parlamentsabgeordneten und Regierungsvertretern.

Vor dem Hintergrund der Diskussion um den Ausbau der Kindertagesbetreuung als einem der zentralen Themen der Familienpolitik in Deutschland reiste im Oktober 2007 eine Delegation des Ausschusses nach Paris und Straßburg. Anliegen dieser Reise war es, Informationen über die französische Familienpolitik, über die Kindertagesbetreuung, ihre Finanzierung, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die frühkindliche Entwicklung zu gewinnen und Fragen der Integration benachteiligter Jugendlicher zu diskutieren.

Der Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ informierte sich im Juli 2007 in Großbritannien über die britischen Erfahrungen zu diesem Thema sowie der gesetzlichen und regulativen Rahmenbedingungen für gemeinnützige und sonstige Non-Profit-Organisationen.

Eine Delegation des Unterausschusses „Kinderkommission“ reiste im November 2007 nach Tschechien, um sich über die Bemühungen der tschechischen Seite zur Verbesserung der Bedingungen für Roma-Kinder zu informieren sowie Einfluss- und Handlungsmöglichkeiten der EU zu prüfen.

Ausschuss für Gesundheit

Der Ausschuss führte im Berichtszeitraum sieben Delegationsreisen durch, um sich über ausgewählte Reformen anderer Staaten in den auch für die Bundesrepublik Deutschland zentralen gesundheitspolitischen Handlungsfeldern zu informieren. Ziel war es, praxisvalide Fakten, neue Argumente, Ansätze und Impulse für die gesundheitspolitische Diskussion zu erhalten. Ein besonderer Fokus wurde auf die Erfahrungen anderer Länder bei der nachhaltigen Finanzierung der Kranken- und Pflegeversicherung und der Verbesserung der Leistungseffizienz des Systems durch stabile Finanzstrukturen und andere Maßnahmen, wie etwa die Kosten-Nutzen-Bewertung von Arzneimitteln und die Ausgestaltung des Apothekenwesens in Großbritannien, gelegt. Weitere Informationsbesuche galten der auch auf Deutschland ausstrahlenden HIV-Ausbreitung in Osteuropa und dem beispielgebenden spanischen Organspendemodell. Ferner erörterte der Gesundheitsausschuss bei zwei auswärtigen Sitzungen in Brüssel im Mai 2006 und Dezember 2007 die Auswirkungen der geplanten EU-Dienstleistungsrichtlinie auf das nationale Gesundheitswesen sowie weitere ausgewählte Fragen der europäischen Gesundheitspolitik.

Im April 2006 informierte sich eine Delegation des Ausschusses in den Niederlanden über die Wirkungen der dortigen Gesundheitsreform und ihre gesellschaftliche Akzeptanz. Schwerpunkt der Reise im Juni 2006 nach Estland und Russland war die Besorgnis erregende Situation in Bezug auf die dortige Verbreitung von HIV/AIDS und Tuberkulose. In Singapur und Japan im Oktober 2006 standen Fragen der nachhaltigen Finanzierung der Kran-

ken- bzw. Pflegeversicherung im Mittelpunkt, die sich aus der demographischen Entwicklung für das Gesundheits- und Pflegeversicherungssystem ergeben. Zentrales Thema der Reise nach Finnland im Mai 2007 waren die speziellen Erfahrungen Finnlands bei der Prävention nichtübertragbarer Krankheiten, die auf dem sogenannten Nordkarelien-Projekt basieren und die in die fortdauernde Diskussion über ein Präventionsgesetz für die Bundesrepublik Deutschland einfließen sollen.

Im Mittelpunkt der London-Reise im Juni 2007 standen die Kosten-Nutzen-Bewertung von Arzneimitteln sowie das Apothekenwesen bzw. die Arzneimittelversorgung. Darüber hinaus wurden Fragen hinsichtlich der Stammzellforschung sowie die Rolle des National Institut for Health and Clinical Excellence (NICE) erörtert. Im September 2007 informierte sich eine Delegation über das vom Europarat in seinem jüngsten Bericht als beispielgebend eingestufte spanische Organspende- und -transplantationssystem, das zu mehr als einer Verdoppelung der Rate von Organspenden geführt hat.

Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Im Bereich des Eisenbahnwesens wird in der 16. Wahlperiode über wichtige Weichenstellungen für die Zukunft der Deutschen Bahn diskutiert. Dabei geht es vor allem um die Frage einer Teilprivatisierung der Deutsche Bahn AG. Für den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung war es daher besonders wichtig, sich im Rahmen seiner Delegationsreisen im Berichtszeitraum über die Erfahrungen in anderen Ländern bei der Ausgestaltung der Rahmenbedingungen für das Eisenbahnwesen zu informieren. Von besonderem Interesse waren hier die bei einem Besuch in Japan im April 2006 gewonnenen Erfahrungen. Dort ist nach der Privatisierung der Staatsbahnen eine Reihe von größeren Privatbahnen in den Markt eingetreten. Dem gleichen Themenbereich widmete sich eine Delegationsreise nach Kanada im September 2007.

Öffentlich-Private Partnerschaften werden als eine Möglichkeit angesehen, wichtige Verkehrsinfrastrukturprojekte trotz knapper öffentlicher Mittel schneller zu realisieren. Erfahrungen anderer Länder mit solchen Finanzierungsmodellen sind vor diesem Hintergrund von großer Bedeutung. Daher bildete auch dieses einen Schwerpunkt bei der Wahl der Delegationsreisen des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. So hat sich beispielsweise eine Delegation des Ausschusses ausführlich über Public Private Partnership beim Bau und Betrieb des neuen Flughafens in Athen informiert. Ebenso bot der Japan-Besuch Gelegenheit, sich ein Bild von dem fast flächendeckenden System der Public Private Partnership bei der Errichtung sowie dem Betrieb von Autobahnverbindungen mit hohem Verkehrsaufkommen zu machen.

Die EU-Ratspräsidentschaft der Bundesrepublik Deutschland im ersten Halbjahr 2007 und der Beitritt neuer Mitgliedstaaten prägten im Berichtszeitraum die Themen der internationalen Aktivitäten des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Bereich der Europäischen Union. In einer Ausschusssitzung im Februar 2006 führte

der Ausschuss ein ausführliches Gespräch mit dem Vizepräsidenten der EU-Kommission und Kommissar für Verkehr, Jacques Barrot. Bei einem Gespräch mit einer Delegation des Verkehrs- und Telekommunikationsausschusses des finnischen Reichstags im Oktober 2006 in Berlin ging es vor allem um die Themen Seeverkehr und Transeuropäische Netze. Bei einem Besuch in Griechenland im Oktober 2006 standen unter anderem Vorschläge der EU-Kommission im Bereich der Seeschifffahrt im Vordergrund der Diskussion. Im Februar 2007 reiste eine Delegation des Ausschusses zu einer gemeinsamen Sitzung mit Mitgliedern der Verkehrsausschüsse des Europäischen Parlaments und der Parlamente der Mitgliedstaaten nach Brüssel.

Im Rahmen eines Besuchs des Ausschusses in den neuen EU-Mitgliedsländern Rumänien und Bulgarien im April 2007 wurden vor allem die Auswirkungen der Beitritte auf das Verkehrsgewerbe und der Ausbau der transeuropäischen Verkehrsnetze thematisiert. Bereits im Mai 2006 traf der Ausschuss mit dem bulgarischen Minister für Regionalentwicklung und Raumordnung in Berlin zusammen. Gespräche mit einer Delegation des Parlaments von Malta führte der Ausschuss im September 2007. Fragen des Ausbaus der Verkehrsinfrastruktur standen im November 2007 bei einer gemeinsamen Sitzung des Ausschusses mit Mitgliedern des Parlaments der Tschechischen Republik im Vordergrund.

Vor dem Hintergrund der Klimadiskussion führte eine Delegation des Ausschusses am Rande der 36. ICAO-Vollversammlung in Montreal im September 2007 Gespräche mit maßgeblichen Vertretern dieser Organisation zu allen wichtigen Fragen des zivilen Luftverkehrs. Besondere Bedeutung nahm dabei die Frage der Umweltauswirkungen des Luftverkehrs beziehungsweise die Reduzierung von Schadstoffen ein. Die CO₂-Verminderung war auch Gegenstand von Gesprächen in der Entwicklungszentrale von General Motors in Detroit über verbesserte und alternative Antriebstechniken sowie neue Fahrzeugkonzepte.

Querschnittsthemen, bei denen sich aus den Erfahrungen anderer Länder wertvolle Hinweise gewinnen lassen, sind die Themen Stadtumbau und Stadtplanung. Bei den Delegationsreisen des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Berichtszeitraum wurde daher auch immer das Gespräch mit kommunalen Planungsbehörden gesucht. Auch bei einem Gespräch mit einer brasilianischen Delegation im April 2006 in Berlin standen Fragen der Raumordnung und der Städteplanung im Vordergrund. Im November 2006 empfing der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung eine Delegation des Verkehrsausschusses des indonesischen Parlaments zu einem Gedankenaustausch.

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Die Reiseziele betrafen insbesondere Länder mit einem ausgeprägten Nachholbedarf auf dem Umweltsektor wie die Länder der ehemaligen Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) und die neuen osteuropäischen EU-Mit-

gliedstaaten. Ursächlich für den Nachholbedarf sind insbesondere eine unterdurchschnittliche Energieeffizienz bei gleichzeitig zunehmendem Wachstum, ein unausgewogenes Verhältnis von Trinkwasserentnahmen zu den verfügbaren Trinkwasserressourcen und eine drastische Zunahme von Abfällen bei unzureichenden Möglichkeiten der Abfallverbringung. Darüber hinaus sind noch immer erhebliche Anstrengungen bei der Verbesserung der Sicherheitskultur von Atomkraftwerken zu leisten. Vor diesem Hintergrund sollte ein Dialog aufgenommen werden, der deutlich macht, dass sich wirtschaftliches Wachstum und Umweltschutz nicht ausschließen. Vielmehr werden große Leitmärkte der Zukunft eine starke ökologische Dimension aufweisen.

Anlässlich des 20. Jahrestages der Tschernobyl-Katastrophe führte der Ausschuss im April 2006 eine Delegationsreise in die Ukraine und nach Belarus durch. In Deutschland hatte die Katastrophe den Effekt, dass ein Bundesumweltministerium eingerichtet wurde und sich der Umweltausschuss konstituierte. Der Atomkraftwerks-Gau führte zu einer Veränderung der Besetzung der Strahlenschutzgremien und beflügelte den Ausbau der erneuerbaren Energien. Belarus hat nach dem Reaktorunfall Pläne für Kernkraftwerke gestoppt. In der Energiepolitik der Ukraine ist Kernkraft wieder ein wichtiger Pfeiler der Energieversorgung. Laut der Energiestrategie der Ukraine vom März 2006 soll aber auch der Energieeinsparung eine Schlüsselrolle zukommen. In diesem Zusammenhang sind deutsche Energieeffizienztechnologien sehr gefragt.

Die Reise nach Rumänien und Bulgarien im Mai/Juni 2007 gab einen kursorischen Überblick über Fortschritte und Mängel der rumänischen und bulgarischen Umweltpolitik nach dem EU-Beitritt. Es wurde durchweg deutlich, dass sich ein Umweltbewusstsein der Bevölkerung noch entwickeln muss. Die Regierungen in Sofia und Bukarest haben zwar Fortschritte bei den nötigen Gesetzen erzielt; bei deren Anwendung gibt es aber noch große Defizite. Die Übergangsregelungen für Bulgarien in den Bereichen integrierte Vermeidung und Verminderung von Umweltverschmutzungen, Deponierung bestimmter flüssiger Abfälle, Großfeuerungsanlagen und kommunale Abwasser laufen bis 2012 bzw. 2015. Rumänien wurden ein- bis zwölfjährige Übergangsfristen auf Gebieten wie Abwasserreinigung in Städten, Trinkwasser, Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen durch bestimmte Anlagen und Abfallbehandlung gewährt. Sowohl in Rumänien als auch in Bulgarien besteht Interesse an deutscher Umwelttechnologie.

Im engen zeitlichen Zusammenhang mit der UN-Klimaschutzkonferenz auf Bali führte der Ausschuss Anfang Dezember 2007 eine Delegationsreisereise nach Singapur und Borneo (Indonesien) durch. Themen waren die komplexen Probleme von Klima-, Regenwald- und Artenschutz sowie innovative Finanzierungsinstrumente und High-Tech-Lösungen.

Auf Einladung des Bundestages hatte der Ausschuss im Juni 2007 eine Delegation des Chinesischen Nationalen Volkskongresses zu Gast. Hinter der rasanten Entwick-

lung der chinesischen Wirtschaft trat der Umweltschutz oft zurück. In China gibt es daher erheblichen Nachholbedarf auf allen umweltrelevanten Gebieten. Dies könnte positive Effekte für das Wirtschaftswachstum in Deutschland haben. Auf großes Interesse stieß bei der Delegation der Innovationsatlas über Umwelttechnologien in Deutschland. Auf der Prioritätenliste der von der Delegation gewünschten Themen stand die Kreislaufwirtschaft in Deutschland an erster Stelle.

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Mit seinen Delegationsreisen kann sich der Ausschuss vor Ort ein Bild von der generellen Situation der Menschenrechte machen, insbesondere aber auch von den Verhältnissen etwa in Gefängnissen und Krankenhäusern in diktatorischen und die Menschenrechte verletzenden Staaten, darüber hinaus von den Arbeitsmöglichkeiten internationaler Organisationen, Nichtregierungsorganisationen, Menschenrechtsaktivisten, Journalisten und Gewerkschaftern. Die Abgeordneten des Ausschusses bemühen sich dabei um ein vielschichtiges und umfassendes Bild und führen deshalb stets Gespräche mit Regierung und Parlament des jeweiligen Landes sowie Vertretern der Zivilgesellschaft. In der Regel werden Länder besucht, in denen die Menschenrechtssituation besonders prekär ist. So fuhr eine Delegation des Ausschusses im Juni 2006 in den Sudan und nach Uganda, wo es vor allem auch darum ging, sich von der Situation der Menschen in den Flüchtlingscamps in der Darfur-Region und im Norden Ugandas ein Bild zu verschaffen. Darüber hinaus sollte in Gesprächen mit den Regierungsverantwortlichen deren Verhandlungsbereitschaft und Willen für eine friedliche Lösung des Konflikts eruiert werden.

Mit der Loslösung der Zentralasiatischen Republiken aus der ehemaligen Sowjetunion haben diese eine neue Bedeutung für die Kooperation mit der EU erlangt. Den Abgeordneten des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe war es deshalb wichtig, sich auch mit Blick auf die geplante Zentralasienstrategie der EU und der Bundesregierung einen Überblick über die Situation der Menschenrechte in dieser Region zu verschaffen. Daher reiste eine Ausschussdelegation im Oktober 2006 nach Usbekistan, um die Bereitschaft der dortigen Regierung zu überprüfen, die Vorkommnisse von Andijan im Mai 2005 aufzuarbeiten und den Prozess der zunehmenden Verschlechterung der Arbeitsmöglichkeiten der Nichtregierungsorganisationen und der Menschenrechtsaktivisten zu stoppen. Eine Delegation fuhr im April 2007 nach Turkmenistan, wo es durch den plötzlichen Tod des Präsidenten im Dezember 2006 Veränderungen gegeben hatte, die zu Hoffnungen für eine bessere Entwicklung der Menschenrechte in diesem Land Anlass gaben.

Der Nahe Osten ist eine der Regionen, die dauerhaft im Blickpunkt des Ausschusses ist. Auf einer Delegationsreise nach Israel und die Palästinensischen Gebiete im Februar 2007 ging es vor allem um die humanitäre Situation in Flüchtlingslagern für Palästinenser sowie politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten in den Palästinensischen Autonomiegebieten.

Im Focus des Ausschusses steht darüber hinaus Lateinamerika. Eine Delegation führte im September 2007 in Kolumbien und Peru Gespräche zu den Problemen, die sich aus Drogenanbau und Drogenhandel in den beiden Ländern ergeben. Zudem waren die Entwaffnung und Reintegration von Paramilitärs und Rebellenorganisationen, Opferversöhnung und Re-Migration sowie Entschädigung der Binnenvertriebenen Gegenstand der Gespräche. In Peru ging es zudem um die Umsetzung der Empfehlungen der Wahrheits- und Versöhnungskommission und darum, mit welchen Programmen die Regierung gegen die wachsende Armut in der Bevölkerung vorgeht, von der in zunehmendem Maße Kinder und Jugendliche betroffen sind.

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Bildung, Forschung und Innovation sind die zentralen Handlungsfelder für die Zukunft Deutschlands. Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung gestaltet diesen Prozess mit. Bei Reisen innerhalb Europas stehen der Stand der Gestaltung des gemeinsamen europäischen Hochschulraumes (Bologna-Prozess), Hochschulmarketing, Hochschulkooperationen, Studierendenaustausch sowie der Aufbau und die Vernetzung von gemeinsamen Forschungsaktivitäten im Vordergrund. International sind die anwendungsorientierte Forschung und Beispiele erfolgreicher Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft ebenso Schwerpunkte der Reisen gewesen wie Entwicklung und Vermarktung von Hoch- und Schlüsseltechnologien (Bio- und Gentechnik, Nanotechnologie, nachhaltige Energieversorgung). Bei allen Reisen liegt das besondere Augenmerk auf den Lebens- und Arbeitsbedingungen deutscher Wissenschaftler im Ausland und auf deren Rückkehrmöglichkeiten.

Forschungsthemen wie Stammzell- und Gesundheitsforschung, Klimawandel sowie Küstenschutz waren neben Hochschulmarketing sowie Themen der bilateralen und europäischen Bildungs- und Forschungszusammenarbeit Programmschwerpunkte der ersten Delegationsreise im April 2006 in die Niederlande. Im Juni 2006 konnte sich eine Delegation im Rahmen einer Reise nach Kalifornien über neueste Entwicklungen im Bereich der Bildungs- und Forschungspolitik der USA informieren. Insbesondere wurden Anregungen zur Förderung der Rückkehr von im Ausland tätigen deutschen Wissenschaftlern gewonnen. Vor dem Hintergrund des EU-Beitritts Rumäniens und Bulgariens waren im Oktober 2006 in Bukarest und Sofia Fragen eines gemeinsamen europäischen Hochschulraumes, europäische Forschungsförderung und -kooperationen, Kooperationen zwischen Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, Weiterentwicklung des Studierendenaustausches, berufliche Aus- und Weiterbildung sowie Förderung der deutschen Sprache Schwerpunkte der Gespräche. Das weltgrößte Forschungszentrum auf dem Gebiet der Teilchenphysik, das CERN, war Ziel einer Reise im November 2006, an der auch der für diesen Titel des Bundeshaushalts zuständige Berichterstatter teilnahm. Darüber hinaus konnte

die Delegation an einer Sitzung der Parlamentskommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates der Schweiz teilnehmen und sich über Fragen der Forschungsförderung und der tertiären Bildungspolitik, vor allem zu Berufsbildung/Europäischer Qualifikationsrahmen austauschen.

Hauptziel der Reise im Februar 2007 nach Bangalore und Delhi in Indien war eine Vertiefung der indisch-deutschen Kooperationen bei Bildung, Wissenschaft und Forschung. Im Juli 2007 konnte sich eine Delegation in Russland (Moskau und St. Petersburg) ein Bild von der russischen Bildungs- und Forschungslandschaft machen. Namentlich war die Arktisforschung ein Schwerpunkt. Im Rahmen der Jahrestagung des GAIN 2007 in San Francisco/USA im September 2007 nahm eine Delegation an Gesprächen und Diskussionen teil.

In Erwidering einer Delegationsreise des Ausschusses nach Indonesien im Frühjahr 2005 hat eine Delegation des indonesischen Partnerausschusses im März 2007 den Bundestag besucht. Erörtert wurden Themen wie Kooperationen zwischen Universitäten, gemeinsame Forschungsprojekte, unter anderem im Bereich von Aquakulturen, und der ganzen Bandbreite der auch bildungs- und forschungspolitisch dringenden Aufbauleistungen für das Tsunami-Katastrophengebiet. Im Dezember 2007 konnte sich eine Delegation in Israel über die Situation der israelischen Forschungs- und Hochschullandschaft, über die deutsch-israelische Forschungszusammenarbeit sowie über die Forschungsarbeiten des multilateralen BMBF-Projektes zum integrierten Wassermanagement am unteren Jordan/Toten Meer informieren. Die Gespräche mit Vertretern der Regierung, Abgeordneten der Knesset-Ausschüsse für Forschung, Technologie und für Bildung sowie hochrangigen Wissenschaftlern und Institutsleitern wurden unter anderem über die Themenschwerpunkte Stammzellen- und Umweltforschung, Wasseraufbereitung, Ausbildungs- und Universitätssystem sowie sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung in Israel geführt.

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Für die Arbeit dieses Ausschusses sind Reisen in die Partnerländer von grundlegender Bedeutung, da eine Kontrolle und Beurteilung der Entwicklungszusammenarbeit der Bundesregierung ohne ihre Überprüfung im jeweiligen Land unvollständig bliebe. Ziel der Reisen des Ausschusses ist es jeweils, sich davon zu überzeugen, ob die staatliche Entwicklungszusammenarbeit an den richtigen Stellen ansetzt und ob sie koordiniert, zielgerichtet und effektiv geleistet wird. Stets werden auch Projekte der multilateralen und der nichtstaatlichen, aber aus Mitteln des Bundeshaushalts unterstützten Entwicklungszusammenarbeit besucht, und es wird geprüft, welchen Beitrag Deutschland hierbei zur Erreichung der entwicklungspolitischen Ziele leistet. Der Ausschuss macht sich in Gesprächen mit Parlamentariern, Regierungsmitgliedern und Vertretern der Zivilgesellschaft sowie durch Projektbesuche von der Umsetzung der Maßnahmen und dem Gelingen der Projekte vor Ort ein konkretes Bild.

Im April 2006 reiste eine Delegation des Ausschusses nach China. Im Vordergrund standen dabei die Bereiche Abwasser- und Abfallentsorgung sowie Umweltschutz. Neben der Entwicklung beim Aufbau der „sozialistischen Marktwirtschaft chinesischer Prägung“ spielte der Verlauf des deutsch-chinesischen Rechtsstaatsdialogs eine entscheidende Rolle. Die Reise nach Israel und in die Palästinensischen Gebiete im Juli 2006 stand unter dem Eindruck des Wahlsieges der Hamas. Schwerpunkte waren die Frage des Beitrages der Entwicklungszusammenarbeit zur Konfliktminderung und die Einschätzung der Haltung der Hamas in ihrer Regierungsverantwortung.

Im August 2006 besuchte der Ausschuss Kolumbien und Venezuela. In Kolumbien wurde der Aspekt „Friedensentwicklung und Krisenprävention“ beleuchtet und in Venezuela u. a. die Rolle des Landes auf dem lateinamerikanischen Kontinent unter Präsident Chavez erörtert. Namibia und Angola waren Ziele im Oktober 2006. Während es in Namibia um die Umsetzung der Landreform, die Bekämpfung von HIV/Aids und die Aufarbeitung der deutschen Kolonialzeit ging, standen in Angola Fragen der Rohstoffnutzung auf der Agenda.

Bei der Reise im April 2007 nach Bolivien und Peru, beides Schwerpunktländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, ergründete der Ausschuss Themen wie Verwaltungs- und Justizreform, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sowie nachhaltige ländliche Entwicklung. Auch die Drogenproblematik in beiden Ländern wurde angesprochen. Malawi und Mosambik, zwei der ärmsten Länder der Welt, bereiste eine Delegation des Ausschusses im August 2007. Dort legte sie ihr besonderes Augenmerk auf den Bereich Gesundheitsversorgung und die Bekämpfung von HIV/AIDS. Außerdem interessierte die Lage in den Bereichen Bildung, ländliche Entwicklung und nachhaltige Wirtschaftsentwicklung. Da Deutschland an Mosambik Budgethilfe leistet, untersuchte die Delegation auch die Erfolge und Misserfolge dieser Form von Entwicklungszusammenarbeit.

Ausschuss für Tourismus

Weihnachten 2004 brachte eine gewaltige Flutwelle nicht nur Tod und Verwüstung über weite Landstriche Süd- und Südasiens, sondern schädigte in einigen Regionen auch den Tourismus nachhaltig. Der Ausschuss hat sich intensiv mit den Folgen des Tsunami für den Tourismus in den betroffenen Regionen auseinandergesetzt. Nationalen Naturlandschaften schenkt der Ausschuss besondere Aufmerksamkeit, da diese sowohl für die touristische Nutzung und damit der Regionalentwicklung wie für den Naturschutz eine große Chance darstellen. Zu den naturnahen Urlaubsformen gehören u. a. Wassertourismus und Ferien auf dem Bauernhof, die sich in Deutschland zwar wachsender Beliebtheit erfreuen, deren Potenzial aber bei weitem noch nicht ausgeschöpft ist. Heilbäder und Kurorte sind ein wichtiges Standbein für den Tourismus in Deutschland, auf das der Ausschuss sein besonderes Augenmerk richtet. Durch die Einsparung im Gesundheitswesen sind viele Heilbäder und Kurorte gezwungen, ihr Angebot zu erweitern. Die Auswirkungen der EU-

Osterweiterung auf die deutsche Tourismuswirtschaft beschäftigten den Ausschuss seit Mai 2004.

Die erste Reise in der 16. Wahlperiode führte im April 2006 in die vom Tsunami betroffenen Länder Malediven, Sri Lanka und Thailand. Ziel der Reise war eine Bestandsaufnahme der Auswirkungen des Tsunami und eine Einschätzung der Entwicklung des Tourismus in diesen bei Deutschen besonders beliebten Urlaubsdestinationen. In Sri Lanka und Thailand wurden darüber hinaus mit deutschen Spendengeldern finanzierte Hilfsprojekte besucht. Ziel einer Reise nach Estland, Lettland und Litauen im Juni 2006 war es, sich in den jeweiligen Ländern über die Entwicklung der Tourismusbranche seit dem Beitritt zur Europäischen Union zu informieren. Insbesondere Naturtourismus ist dominierender Devisenbringer Costa Ricas, das zu den so genannten „Mega-Biodiversität-Ländern“ der Erde gehört. Eine Delegationsreise im Februar 2007 ergab ein umfassendes Bild der von Natur und Umweltschutz geprägten Ausformung des costaricanischen Tourismus. Im Rahmen dieser Reise wurde auch Mexiko besucht, das mit Nachdruck die Tourismusförderung verfolgt, allerdings bisweilen unter Vernachlässigung dabei aufkommender Risiken in umwelt- und sozialpolitischer Hinsicht. Bei einer Reise nach Kroatien, Slowenien und Südtirol im September 2007 konnte die Delegation von den dortigen Erfahrungen profitieren. Kroatien ist besonders erfolgreich im Wassertourismus, Zugpferd der slowenischen Tourismusindustrie ist der Kur- und Wellness-tourismus, der fast 33 Prozent der Übernachtungen generiert. Südtirol verzeichnet bei Ferien auf dem Bauernhof eine kontinuierliche Steigerung.

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Der Ausschuss unternahm im Berichtszeitraum Delegationsreisen in die Länder, die halbjährlich wechselnd die Ratspräsidentschaft in der EU innehaben, um sich über deren jeweilige Schwerpunkte zu informieren. Delegationen besuchten im Februar 2006 Wien, im Juni 2006 Helsinki, im Juni 2007 Lissabon und im November 2007 Ljubljana. Zu den Gesprächsthemen gehörten beispielsweise die Lissabon-Strategie, die Finanzielle Vorausschau 2007 bis 2013, der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, die Zukunft des europäischen Integrationsprozesses sowie die EU-Erweiterung und die Europäische Nachbarschaftspolitik.

Nachdem die Europäische Union im Oktober 2005 Beitrittsverhandlungen mit Kroatien aufgenommen hatte, reiste eine Delegation im Juni 2006 nach Zagreb, um sich über den Stand der Vorbereitungen Kroatiens auf den Beitritt zur EU und die politischen Erwartungen des Landes an eine spätere EU-Mitgliedschaft unterrichten zu lassen.

Eine Delegation des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union nimmt regelmäßig an der COSAC teil, die Vorsitzenden an deren vorgeschalteten Vorsitzendentreffen. Diese dienen unter anderem regelmäßig der inhaltlichen Vorbereitung der „Hauptkonferenz“. Gegenstand der Beratungen der COSAC in Wien waren der europäische Verfassungsprozess, nächste

Schritte zur Subsidiaritätskontrolle durch die nationalen Parlamente und demographische Aspekte der Lissabon-Strategie. Die COSAC in Helsinki begrüßte unter anderem die Dialogbereitschaft der Europäischen Kommission mit den nationalen Parlamenten und sprach sich für regelmäßige Debatten über die „Jährliche Politische Strategie“ der Kommission aus, die erstmals auf die Tagesordnung der im Mai 2007 unter der deutschen Ratspräsidentschaft durchgeführten Konferenz gesetzt wurde. Außerdem wurden in Berlin die Rolle der EU bei Klimawandel und Klimaschutz, die Zukunft Europas und die Beziehungen der EU zu ihren östlichen Nachbarn erörtert. Bei der COSAC in Estoril (Portugal) wurden unter anderem der Reformvertrag und die EU-mediterrane Dimension debattiert.

Der österreichische EU-Ratsvorsitz organisierte gemeinsam mit dem österreichischen Parlament und dem Bundesland Niederösterreich in St. Pölten im April 2006 ein Treffen zum Thema „Europa fängt zu Hause an – Subsidiaritätskonferenz 2006“, an dem eine Delegation des Europaausschusses teilnahm.

Verschiedene Ausschüsse des Europäischen Parlaments hatten Mitglieder der nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten zu Veranstaltungen nach Brüssel eingeladen. An den vom Ausschuss für Wirtschaft und Währung organisierten Begegnungen zum Thema „Wie lässt sich Wachstum im Euro-Raum fördern?“ im Februar 2006 und zum Thema „Der Euroraum – Konvergenz oder Divergenz?“ im Februar 2007 sowie an der vom Rechtsausschuss abgehaltenen öffentlichen Anhörung im Mai 2007 zum Thema „Die Anwendung der Rechtsvorschriften der Gemeinschaft“ nahmen ebenso Mitglieder des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union teil wie an der im Oktober 2007 vom Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit durchgeführten Tagung zum Klimawandel und an dem vom Ausschuss für konstitutionelle Fragen im Dezember 2007 organisierten Treffen „Der Vertrag von Lissabon – eine neue Grundlage für die Zukunft Europas“.

Ausschuss für Kultur und Medien

Die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik bildet die dritte Säule der Außenpolitik und wird neben den wirtschaftlichen und politischen Außenbeziehungen gepflegt. Grundlage der gemeinsamen Politik von Regierung und Parlament ist die Überzeugung, dass kultureller Austausch als Fundament für gegenseitiges Verständnis unverzichtbar ist und zu wechselseitigem Respekt verhilft. Außerdem ist es im eigenen Interesse, dass Deutschland mit seiner reichen Kultur auch jenseits seiner Grenzen für Sympathie wirbt, ein zeitgemäßes Deutschlandbild vermittelt und Deutsch als attraktive Fremdsprache anbietet. Mit einer Reihe von Ländern verbindet Deutschland ein Kulturabkommen, das dann die Grundlage für den Austausch bildet.

Auf seinen Reisen hat sich der Ausschuss für Kultur und Medien in ausgewählten Regionen selbst ein Bild davon gemacht, wie vorhandene Kulturabkommen umgesetzt oder noch ausstehende Kulturabkommen verhandelt wer-

den. Er hat sich vor Ort angesehen, wie die Steuergelder eingesetzt werden, die den Mittlerorganisationen für die Kultur- und Bildungspolitik zur Verfügung stehen. Er hat in den Jahren 2006 und 2007 Georgien, Libyen und Algerien, Kolumbien sowie Indien besucht und dabei die Arbeit des Goethe-Instituts und des Deutschen Akademischen Auslandsdienstes, deutscher Auslandsschulen, Stiftungen oder des Deutschen Archäologischen Instituts an Ort und Stelle kennengelernt. Er hat sich über den Zustand von herausragenden kulturellen Stätten informiert, die die UNESCO als Welterbe der Menschheit anerkannt hat. Der Ausschuss hat sich zudem mit den Schwierigkeiten in vielen Regionen der Welt befasst, solche Orte zu schützen und zu erhalten. Er hat von den Hoffnungen erfahren, die in aufstrebenden Gesellschaften mit dem Kulturtourismus verbunden werden.

Jenseits der Kulturpolitik befindet sich die Medienpolitik stets auch im Blickfeld des Ausschusses. Immer gehören Gespräche mit offiziellen Stellen sowie mit Journalistinnen und Journalisten zum Programm der Abgeordneten, die sich einen Eindruck von der wirtschaftlichen Situation der Medien, den Arbeitsbedingungen in diesem Sektor und dem Grad an Pressefreiheit verschaffen wollen.

Mit der Entwicklung der Neuen Medien befasst sich schwerpunktmäßig der gleichnamige Unterausschuss des Ausschusses für Kultur und Medien. Dessen besonderes Interesse galt in der ersten Hälfte der Wahlperiode den jüngsten Beitrittsländern der Europäischen Union. Eine dreiköpfige Delegation bereiste deshalb im Frühsommer 2007 Lettland und Litauen und konnte nach ihrer Rückkehr aus eigener Anschauung über den Umgang dieser Transformationsgesellschaften mit den neuen Techniken im Medienbereich berichten.

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Zentrale Ziele der EU-Nachhaltigkeitsstrategie vom Juni 2006 sind Klimawandel und Energie, nachhaltiger Verkehr, nachhaltiger Konsum und Produktion, Erhaltung natürlicher Ressourcen sowie Fragen des demographischen Wandels. Im Vergleich der einzelnen nationalen Nachhaltigkeitsstrategien sowie der Überprüfung des Fortschritts der EU-Strategie bestimmten diese Themen die Zusammentreffen des Parlamentarischen Beirats mit Parlamentariern, Regierungsvertretern und Nichtregierungsorganisationen im Berichtszeitraum.

Schlussfolgerungen aus den jüngsten Studien zur Klimaveränderung für das politische Handeln wurden mit dem Verfasser der Studie zur Ökonomie des Klimawandels, Sir Nicholas Stern, im November 2006 und mit dem Vorsitzenden des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change), Dr. Rajendra K. Pachauri, im Mai 2007 in Berlin diskutiert.

Nachhaltige Produktion und nachhaltiger Verbrauch als notwendige Beiträge im Bereich Klimaschutz sowie nachhaltiger Verkehr und nachhaltige Energiepolitik bildeten die thematischen Schwerpunkte der auswärtigen Sitzung im Februar 2007, bei der unter anderen EU-Vize-

kommissionspräsident Verheugen, Abgeordnete des Europäischen Parlaments und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen zu Gast waren. Im Bereich des Verkehrs spielten Themen wie Luftverkehr, Produktion von Biokraftstoffen ebenso eine Rolle wie der Ausbau des Schienenverkehrs. In der Energiepolitik bestimmten Themen wie Energieeffizienz und Ausbau erneuerbarer Energien die Diskussion, in der unter anderem bemängelt wurde, dass bisher klare Signale der Klimapolitik fehlten.

Austausch und Vernetzung der nationalen Parlamente und konkretes Vorgehen im Bereich der Nachhaltigkeitspolitik und die Erlangung der Akzeptanz der Bevölkerung waren in Brüssel ebenso wichtige Themen wie bei der Delegationsreise im Mai 2007 nach Lissabon und Madrid. Einige Folgen des Klimawandels, wie zum Beispiel Wasserknappheit und Wüstenbildung, sind in Südeuropa bereits deutlich zu spüren. Einen hohen Stellenwert besitzt daher in Portugal und Spanien die Förderung erneuerbarer Energien. Beide Länder sind daran interessiert, die Ansätze bilateraler Zusammenarbeit, zum Beispiel im Bereich von Solarenergie und Biomasse, weiter auszubauen. Angestrebt wird aber auch ein verbindlicher europäischer Rahmen. Neben den Themen der Energiepolitik, wie Energieeffizienz und Ausbau erneuerbarer Energien waren die Verkehrspolitik sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung wichtige Themen.

Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“

Die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ hat den Auftrag, die Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur in Deutschland zu untersuchen und Vorschläge für ihre Verbesserung zu entwickeln. Ziel einer Delegationsreise nach Österreich und in die Schweiz im Juli 2006 war es, sich über die Kulturpolitik der beiden Länder zu informieren; der Schwerpunkt lag auf Fragen der öffentlichen und privaten Förderung und Finanzierung von Kultur, der Kulturdokumentation, der Kulturwirtschaft sowie der Arbeit der Kulturbetriebe. Auch sollte der kulturpolitische Dialog und Kulturaustausch im deutschsprachigen Raum gepflegt werden.

In Österreich werden die Kompetenz des Bundes, Kunst, Theater und Museen zu fördern, vom Bundeskanzleramt und dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur wahrgenommen. Speziell in Niederösterreich besteht eine besondere Kompetenzverteilung zwischen öffentlichen (Kulturverwaltung) und privaten Trägern (Niederösterreichische Kulturwirtschafts-GmbH).

In der Schweiz sind im Wesentlichen die Schweizer Kulturstiftung Pro-Helvetia und das Bundesamt für Kultur für die öffentliche Kulturförderung auf „Bundesebene“ zuständig. Die Schweizer Kulturstiftung Pro-Helvetia ist eine Stiftung öffentlichen Rechts mit dem Auftrag, kulturelle Bestrebungen von gesamtschweizerischem Interesse zu fördern. Das Bundesamt für Kultur erarbeitet alle vier Jahre zusammen mit der Stiftung einen Leistungsvertrag und eine so genannte „Botschaft“, welche in ein Vierjahresprogramm mündet. Das Bundesamt hat im Wesentli-

chen zwei Kernaufgaben: die Erhaltung des kulturellen Erbes und die Förderung der kulturellen Vielfalt.

Daneben findet in der Schweiz eine stark auf privater Initiative beruhende Kulturförderung statt. In erster Linie zu nennen sind hier die Fondation Beyeler, eine in eine Stiftung überführte Sammlung für Kunst der Klassischen Moderne, und die kulturelle Förderung durch den so genannten „Migros Kulturprozent“. Migros, ein genossenschaftlich organisiertes Wirtschaftsunternehmen, gibt ein Prozent des Umsatzes in Kulturbereiche, wobei ein weiterer Kulturbegriff zugrunde gelegt wird.

Die Ergebnisse dieser Delegationsreise der Enquete-Kommission sind in Form von „Kulturpolitischen Merkposten“ als mögliche Handlungsfelder für die Kulturpolitik in Deutschland in den Schlussbericht der Kommission eingeflossen. Zu nennen ist ferner die Einrichtung einer parlamentsübergreifenden „Arbeitsgruppe Deutscher Bundestag – Schweizer und Österreichischer Nationalrat – Landtag des Fürstentums Liechtenstein“. Mit ihr wird ein stärkerer kulturpolitischer Dialog der Parlamente Deutschlands, Österreichs, der Schweiz und des Fürstentums Liechtensteins angestrebt.

4 Reisen zu den Konferenzen und Sitzungen der interparlamentarischen Organisationen

Der Deutsche Bundestag entsendet Abgeordnetendelegationen zu den Konferenzen und Sitzungen der Interparlamentarischen Union (IPU), der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (OSZE PV), der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (ER PV), der Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU V), der Parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO PV), der Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung (EM PV) und der Ostseeparlamentarierkonferenz. Der Bundestag ist zudem Beobachter bei der Parlamentarischen Versammlung der Schwarzmeerwirtschaftskooperation.

Mit Ausnahme der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und der Versammlung der WEU, die regelmäßig am Sitz dieser beiden Organisationen tagen, also in Straßburg und in Paris, finden die Konferenzen und Sitzungen aller übrigen interparlamentarischen Versammlungen an unterschiedlichen Orten auf Einladung der jeweiligen Mitgliedsländer statt. Sitzungen und Konferenzen dieser interparlamentarischen Versammlungen bzw. ihrer Organe werden dementsprechend auch in Deutschland abgehalten.

Die Mitglieder der deutschen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, die aufgrund Artikel IX des geänderten Brüsseler Vertrages mit den Mitgliedern der deutschen Delegation in der Versammlung der WEU identisch sind, werden zu Beginn jeder Legislaturperiode aufgrund des Gesetzes über die Wahl der deutschen Vertreter zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom Deutschen Bundestag gewählt. Die Mitglieder der deutschen Delegationen aller übrigen interparlamentarischen Versammlungen werden von den Fraktionen nach dem Verhältnis ihrer Stärke benannt. In

zahlreichen Organisationen haben Mitglieder des Deutschen Bundestages Funktionen übernommen, als Präsidenten, Vizepräsidenten, Ausschussvorsitzende, Generalberichterstatter u. a. Die bei allen Konferenzen gewonnenen Informationen und Erfahrungen fließen in die parlamentarische Arbeit des Deutschen Bundestages ein.

Die Konferenzen aller interparlamentarischen Versammlungen werden durch regelmäßige Sitzungen der deutschen Delegationen am Sitz des Deutschen Bundestages bzw. am jeweiligen Konferenzort vorbereitet, begleitet und ausgewertet. Über alle regulären Konferenzen und Sitzungen interparlamentarischer Versammlungen werden amtliche Unterrichtungen erstellt, die als Bundestagsdrucksachen verteilt und in den zuständigen Ausschüssen beraten werden. Sie enthalten die Beiträge der Mitglieder der deutschen Delegationen, weitere wichtige Debattenbeiträge sowie sämtliche Beschlüsse der Vollversammlung der jeweiligen Organisationen. In den übrigen Fällen werden Konferenzberichte erstellt.

Interparlamentarische Union (IPU)

Ziel der 1889 gegründeten IPU ist der Erfahrung- und Meinungsaustausch zwischen Parlamentariern aller Länder zu politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen. Die IPU will darüber hinaus einen parlamentarischen Beitrag zum Schutz der Menschenrechte und zum besseren Verständnis der Arbeitsweise repräsentativer Institutionen erbringen. Der IPU gehören 146 nationale Parlamente sowie als Assoziierte sieben Parlamentarische Versammlungen an. Ihrem Selbstverständnis nach stellt die IPU die parlamentarische Dimension der Vereinten Nationen (VN) dar. Ein Meilenstein auf diesem Weg war die Verleihung eines Beobachterstatus bei der Generalversammlung der VN im Jahr 2002.

Der Deutsche Bundestag ist seit 1951 Mitglied der IPU. Die zu den Konferenzen der IPU entsandte deutsche Delegation besteht aus acht Abgeordneten, die sich in der 16. Wahlperiode im Verhältnis 3:2:1:1:1 auf die Fraktionen verteilen. Delegationsleiter ist der Präsident des Deutschen Bundestages, Dr. Norbert Lammert.

Die IPU kommt zweimal jährlich zu Konferenzen zusammen, in der ersten Jahreshälfte auf Einladung verschiedener Parlamente der Welt, in der zweiten Jahreshälfte für eine abgekürzte Sitzung am Sitz des internationalen Sekretariats in Genf. Im Berichtszeitraum haben die 113. Versammlung in Genf (Oktober 2005), die 114. Versammlung in Nairobi (Mai 2006), die 115. Versammlung in Genf (Oktober 2006), die 116. Versammlung in Nusa Dua (Mai 2007) und die 117. Versammlung in Genf (Oktober 2007) stattgefunden. Zu den zentralen Themen gehörten die Förderung der Demokratie, die Hilfe beim Aufbau demokratischer Institutionen und die Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten und den Vereinten Nationen insbesondere hinsichtlich der Terrorismusbekämpfung und der Sicherung der internationalen Energieressourcen. Darüber hinaus wurden unter anderem die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele im Hinblick auf das Schuldenproblem und die Beseitigung von Armut und Korruption erörtert.

Unter den geopolitischen Gruppen in der Interparlamentarischen Union kommt der 1974 in Tokio gegründeten Gruppe der Zwölf Plus eine hohe Bedeutung zu. Der Name geht auf die EG-Staaten zurück, die 1974 den geographischen Kern der Gruppe bildeten. Heute gehören ihr die Mitgliedstaaten des Europarates (mit Ausnahme Russlands und der Ukraine) sowie Australien, Kanada, Neuseeland und Israel an. Das Europäische Parlament und die Parlamentarische Versammlung des Europarates sind Beobachter. Die Mitgliedstaaten dieser Gruppe fühlen sich durch gemeinsame politische Anschauungen, Wertvorstellungen und Ziele verbunden. Jedes Land entsendet zu den Beratungen der Gruppe zwei Parlamentarier.

Die Gruppe der Zwölf Plus ist im Berichtszeitraum zu regelmäßigen Sitzungen jeweils an den Konferenzorten zusammengetreten. Die Gruppe erarbeitet gemeinsam Resolutionsentwürfe und Stellungnahmen und stimmt sich in allen Bereichen der Beratungsthemen der IPU sowie der personellen und Sachentscheidungen ab. Ein aus acht Mitgliedern bestehendes Lenkungsgremium erarbeitet die Richtlinien der Arbeit der Gruppe der Zwölf Plus und trifft zu regelmäßigen Beratungen zusammen. Unter Teilnahme des Präsidenten des Deutschen Bundestages, Dr. Norbert Lammert, trat das Lenkungsgremium im Berichtszeitraum in Ottawa, Brüssel und London zusammen.

Neben den jährlichen Konferenzen der IPU gibt es Sonder- und Regionalkonferenzen und Sitzungen ihrer Organe. So führte die IPU am 11. und 12. Dezember 2006 eine parlamentarische Konferenz zur Welthandelsorganisation (WTO) in Genf durch, an der sieben Abgeordnete des Deutschen Bundestages teilnahmen.

Parlamentarische Versammlung der OSZE (OSZE PV)

Aus der 1975 in Helsinki gegründeten KSZE ist nach Ende des Kalten Krieges die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hervorgegangen. Ihr gehören alle Staaten in Europa, die Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die USA und Kanada an.

1991 auf Grund der „Charta von Paris“ für ein neues Europa in Madrid gegründet, hat es sich die OSZE PV zur Aufgabe gemacht, Mechanismen zur Konfliktverhütung und zur Konfliktbewältigung zu entwickeln, den Ausbau und die Festigung der demokratischen Institutionen in den OSZE-Mitgliedstaaten zu unterstützen und an der Weiterentwicklung der institutionellen Strukturen der OSZE mitzuwirken. Der Parlamentarischen Versammlung gehören 56 Mitgliedparlamente an. Der Deutsche Bundestag ist vom Beginn an Mitglied und entsendet 13 Abgeordnete.

Leiter der deutschen Delegation ist der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Dr. h.c. Wolfgang Thierse. Hans Raidel (CDU/CSU) ist seit 2007 Schatzmeister der OSZE PV, Uta Zapf (SPD) leitet die Arbeitsgruppe Belarus.

Jährlich findet eine Jahrestagung der OSZE PV in einem Mitgliedsland statt. Im Berichtszeitraum waren dies die

Brüsseler Tagung im Juli 2006 sowie im Jahr darauf das Treffen in Kiew. Seit 2001 hält die Versammlung auch eine jährliche Wintertagung in Wien ab, zu der ebenfalls alle Delegierten eingeladen sind. Eine weitere Tagung hat sich jeweils im Herbst etabliert, die neben der Sitzung des Ständigen Ausschusses ein Forum Mittelmeer umfasst. Im Berichtszeitraum waren Valetta auf Malta (2006) und das slowenische Portoroz (2007) die Tagungsorte. Daneben veranstaltet die OSZE PV Konferenzen, die sich vertieft mit spezifischen Einzelfragen der OSZE-„Körbe“ befassen. Ein weiterer Schwerpunkt war das Thema „Wahlbeobachtung“. Die Versammlung setzte sich dafür ein, dass Parlamentarier auch in Zukunft eine Schlüsselrolle bei Wahlbeobachtungen spielen. Regelmäßig nehmen auch Abgeordnete des Deutschen Bundestages an den zahlreichen Wahlbeobachtungsmissionen der OSZE PV teil. So gab es im Berichtszeitraum eine deutsche Teilnahme an der Beobachtung der wichtigen Wahlen unter anderem in Aserbaidschan, Kasachstan, Belarus, Montenegro, Bosnien-Herzegowina, Lettland, Serbien sowie der Türkei.

Inhaltlich haben die OSZE-Parlamentarier die Regierungen der Mitgliedsländer bei mehreren Gelegenheiten dazu aufgefordert, die Feldmissionen der Organisation unter besonderer Berücksichtigung der Balkan-Mission verstärkt zu unterstützen. Ein weiterer Schwerpunkt war das Thema Wahlbeobachtung. Die Versammlung setzte sich dafür ein, dass Parlamentarier auch in Zukunft eine Schlüsselrolle bei Wahlbeobachtungen spielen.

Parlamentarische Versammlung des Europarates (ER PV)

Der 1949 gegründete Europarat mit Sitz in Straßburg ist eine zwischenstaatliche politische Organisation, der 47 Mitgliedsländer angehören. Zielsetzung des Europarates ist der Schutz und die Stärkung der pluralistischen Demokratie und der Menschenrechte, die Behandlung aktueller politischer, wirtschaftlicher und sozialer Fragen sowie die Förderung der kulturellen europäischen Identität. Er hat wesentlichen Anteil an der Schaffung eines europäischen Rechtsraumes und leistet wichtige Beiträge zur Integration der Transformationsländer. Deutschland ist seit 1950 Mitglied im Europarat. Die ER PV ist ein wichtiges institutionell verankertes Organ des Europarates.

Der Deutsche Bundestag entsendet 18 ordentliche Mitglieder in die Parlamentarische Versammlung, die sich nach dem Schlüssel 7:6:2:2:1 auf die Fraktionen verteilen. Die deutsche Delegation stellt mit ihrem Delegationsleiter Joachim Hörster (CDU/CSU) zugleich einen der Vizepräsidenten, Eduard Lintner (CDU/CSU) ist Vorsitzender des Monitoringausschusses.

Die PV ER tritt viermal jährlich zu Plenartagungen, in der Regel in Straßburg, zusammen. Daneben finden zahlreiche Ausschusssitzungen in Straßburg und Paris sowie in den Mitgliedsländern des Europarates statt. So tagte im März 2007 der Sozialausschuss und im November 2007 der Monitoringausschuss in Berlin.

Die Mitglieder der ER PV setzen sich mit zentralen gesellschaftlichen Problemen und Fragen der europäischen Politik auseinander. Seit Beginn der 1990er Jahre spielen besonders die Probleme beim Aufbau der neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa eine wichtige Rolle, in jüngster Zeit war die Versammlung aber auch Vorreiter bei der Diskussion von Mindeststandards auf dem Gebiet der biomedizinischen Forschung oder der Datensicherheit im Internet.

Seit dem Jahr 2007 steht in jeder Sitzungswoche ein Sitzungstag unter einem bestimmten Schwerpunktthema. Bisher waren dies beispielsweise der Stand der Menschenrechte und Demokratie in Europa und Fragen des interkulturellen und interreligiösen Dialoges. Ein weiteres wichtiges Instrument der ER PV ist das Monitoringverfahren, in dem die Versammlung die Einhaltung der gemeinsam beschlossenen Standards in den Mitgliedstaaten überprüft. Weiterhin organisiert auch die ER PV Wahlbeobachtungsmissionen, an denen Mitglieder der deutschen Delegation regelmäßig teilnehmen.

Parlamentarische Versammlung der NATO (NATO PV)

Aufgabe der NATO PV ist es, den Diskussions- und Transformationsprozess des NATO-Bündnisses parlamentarisch zu begleiten. Die Versammlung versteht sich als Bindeglied zwischen den Parlamenten der 26 Mitgliedstaaten und dem Nordatlantikrat. Durch langjährige persönliche Beziehungen und das dadurch gewachsene Vertrauen können Meinungsverschiedenheiten offener angesprochen werden als zwischen Regierungsvertretern. Thematische Schwerpunkte sind die Kooperation zwischen der EU und der NATO, die transatlantischen Beziehungen und das Verhältnis zu Russland.

Die deutsche Delegation in der NATO PV, die von Dr. Karl A. Lamers (CDU/CSU) geleitet wird, besteht aus zwölf Mitgliedern des Deutschen Bundestages und sechs Mitgliedern des Bundesrates. Die Mitglieder des Deutschen Bundestages verteilen sich nach dem Schlüssel 5:4:1:1:1 auf die Fraktionen. Lothar Ibrügger (SPD) hat das Amt des Schatzmeisters der Versammlung inne.

Die NATO PV tritt jährlich zu einer Frühjahrstagung (2006: Paris; 2007: Madeira) und zu einer Herbsttagung (2005: Kopenhagen; 2006: Quebec; 2007: Reykjavik) in den Mitgliedsländern zusammen. In den Ausschüssen werden die Berichte der zuvor gewählten Berichterstatter beraten. Während der Herbsttagungen verabschiedet die Versammlung entsprechende Resolutionen, die sich an den Rat und/oder die Mitgliedsländer richten. Die fünf Fachausschüsse und deren Unterausschüsse tagen dreibis viermal jährlich. Der Unterausschuss „Transatlantische Sicherheits- und Verteidigungskooperation“ tagte im November 2007 in Berlin und Potsdam. Die Sondergruppe Mittelmeer tritt etwa zweimal jährlich zusammen. Zwischen den Plenartagungen tagt der Ständige Ausschuss, um über die laufenden Geschäfte zu beraten. Das so genannte Rose-Roth Programm unterstützt Staaten bei der Bewältigung der Herausforderungen des Transitionsprozesses.

Zu den inhaltlichen Schwerpunkten der Diskussionen in der Versammlung gehörte im Berichtszeitraum die größte Operation des Bündnisses, die ISAF-Operation in Afghanistan. In teilweise kontrovers geführten Debatten diskutierten die Delegierten über den besten Weg für den Wiederaufbau des von jahrzehntelangen Kriegen zerstörten Landes. Im Mittelpunkt stand vor allem die Frage des Engagements der einzelnen Mitgliedsländer in den verschiedenen Teilen des Landes, die von unterschiedlichen Sicherheitsrisiken geprägt sind.

Versammlung der Westeuropäischen Union/ Interparlamentarische Europäische Versammlung für Sicherheit und Verteidigung (WEU V)

Die Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU V)/ Interparlamentarische Europäische Versammlung für Sicherheit und Verteidigung befasst sich mit Fragen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) der Europäischen Union sowie der Rüstungskooperation. In der Versammlung sind Mitglieder der nationalen Parlamente aus den zehn Vertragsstaaten des geänderten Brüsseler Vertrages von 1954 vertreten. An den Sitzungen der Versammlung und ihrer Ausschüsse nehmen ferner Mitglieder der nationalen Parlamente aus acht assimilierten Mitgliedstaaten, drei assoziierten Partnerländern und fünf Beobachterstaaten teil. Leiter der aus 18 Mitgliedern bestehenden deutschen Delegation ist Gerd Höfer (SPD), vertreten wird er von Eduard Lintner (CDU/CSU).

Zweimal jährlich finden ordentliche Vollversammlungen in Paris statt mit dem Ziel, Entschließungen und Empfehlungen an die Staats- und Regierungschefs und an die Mitgliedstaaten der WEU zu beraten und zu verabschieden. Daneben tagen regelmäßig die sechs ständigen Ausschüsse. Einmal jährlich findet ein wissenschaftliches Kolloquium statt, so am 6. und 7. Februar 2007 in Berlin zum Thema „Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik – Quo vadis?“. Abgeordnete der WEU V besuchten im Jahr 2006 im Rahmen einer Sitzung die Internationale Luft- und Raumfahrtausstellung (ILA) in Berlin.

Die Missionen im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Bosnien-Herzegowina und in der Demokratischen Republik Kongo beschäftigten die Delegierten in den vergangenen Jahren kontinuierlich. In Bosnien-Herzegowina ging es im Wesentlichen darum, den Stabilisierungsprozess abzusichern und die Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Landes positiv zu gestalten. Im Berichtszeitraum konnte die internationale militärische Präsenz in Bosnien-Herzegowina deutlich reduziert werden. Im Kongo engagierte sich die Europäische Union auf Anfrage der Vereinten Nationen, um die Präsidentschaftswahlen im Sommer 2006 abzusichern. Die Bundeswehr hatte mit rund 750 Soldaten einen wesentlichen Anteil an der EUFOR-Mission im Kongo. Angesichts der bevorstehenden Unterzeichnung des EU-Reformvertrages von Lissabon rückte auch die Zukunft der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik wieder in den Mittelpunkt der Debatte.

Euromediterrane Parlamentarische Versammlung (EM PV)

Die am 2. Dezember 2002 gegründete Euromediterrane Parlamentarische Versammlung (EM PV) soll den Gedankenaustausch zwischen den Parlamenten der Mittelmeerregion und der EU fördern, der euromediterranen Zusammenarbeit durch die stärkere Institutionalisierung der parlamentarischen Dimension neue Impulse verleihen und den Dialog der Kulturen verstärken. Die EM PV ist in den so genannten Barcelona-Prozess eingebunden, der den institutionellen Rahmen für die Mittelmeerpolitik der EU darstellt.

Die Versammlung setzt sich aus 240 Parlamentariern zusammen, von denen jeweils die Hälfte aus den Partnerländern im Mittelmeerraum und der Europäischen Union entsandt werden. Deutschland stehen drei Sitze in der PV zu, Delegationsleiter ist Hans Raidel (CDU/CSU). Die Versammlung hat zur Bearbeitung ihrer Aufgaben drei ständige Ausschüsse sowie einen ad-hoc Ausschuss für die Rechte der Frau eingerichtet.

In der EM PV werden wirtschaftliche, politische und kulturelle Fragen diskutiert, die den Mittelmeerraum betreffen. Hierbei hat der Nahostkonflikt besonderen Stellenwert. Die Tatsache, dass Parlamentarier aus den Anrainerstaaten des Mittelmeerraumes und aus den Mitgliedstaaten der EU in einen direkten inhaltlichen Dialog treten können, verleiht der EM PV eine wichtige Funktion im kulturellen und politischen Austausch zwischen Europa, Israel und der arabischen Welt.

An der 2. Jahresversammlung 2006 in Brüssel und an der 3. Jahresversammlung 2007 in Tunis nahmen jeweils zwei Abgeordnete des Deutschen Bundestages teil.

Ostseeparlamentarierkonferenz

Die Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference – BSPC) hat das Ziel, die gemeinsame Identität des Ostseeraums durch eine enge Zusammenarbeit zwischen nationalen und regionalen Parlamenten zu stärken. Die BSPC soll politische Aktivitäten in der Region initiieren und leiten, die demokratischen Institutionen in den Teilnehmerstaaten unterstützen und stärken sowie den Dialog zwischen Regierungen, Parlamenten und der Zivilgesellschaft verbessern.

Seit 1991 tagt die Ostseeparlamentarierkonferenz einmal im Jahr. 1998 wurde beschlossen, die parlamentarische Zusammenarbeit durch die Einrichtung offizieller Strukturen zu verbessern. 2005 wurde eine neue Geschäftsordnung verabschiedet, mit der die Konferenz gestärkt und ihre Strukturen ausgebaut werden sollen. Ein Erweiterter Ständiger Ausschuss tagt zweimal im Jahr; der Ständige Ausschuss tritt drei- bis viermal im Jahr zusammen.

Jedes Mitgliedsparlament kann vier bis fünf Delegierte stellen. Die Delegation des Deutschen Bundestages wird in der 16. Wahlperiode von Franz Thönnies (SPD) geleitet. Neben dem Bundestag entsenden auch Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Bremen Delegationen. Die jährliche Plenarversammlung fin-

det abwechselnd in den jeweiligen Mitgliedsländern statt. Das Sekretariat der BSPC befindet sich beim Nordischen Rat in Kopenhagen.

Die 16. Ostseeparlamentarierkonferenz fand auf Einladung des Deutschen Bundestages vom 27. bis 28. August 2007 in Berlin statt. Vertreter der nationalen und regionalen Parlamente der 11 Ostseeanrainerstaaten, des Ostseerates, der Baltischen Versammlung, des Europäischen Parlaments, der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und des Nordischen Rates nahmen an der Konferenz teil, in deren Mittelpunkt thematisch die Zusammenarbeit im Ostseeraum, Arbeit und soziale Wohlfahrt sowie integrierte Meeresspolitik standen.

Parlamentspräsidentenkonferenzen (PPK)

Die Parlamentspräsidenten der Mitgliedstaaten der EU treffen sich jährlich, die Parlamentspräsidenten der Mitgliedstaaten des Europarates alle zwei Jahre zum Meinungs- und Informationsaustausch zu parlamentspezifischen Fragen. Hinzu kommen Parlamentspräsidentenkonferenzen unterschiedlicher regionaler Zusammensetzung, beispielsweise die Euromediterrane-PPK sowie die G8-PPK.

Der Präsident des Deutschen Bundestages nahm an den Parlamentspräsidentenkonferenzen der EU-Mitgliedstaaten teil, die im Juni 2006 in Kopenhagen u. a. zur Rationalisierung der europäischen interparlamentarischen Organisationen sowie zur Unterstützung für Parlamente von neuen und sich entwickelnden Demokratien und im Mai 2007 in Bratislava zur Zukunft Europas stattfanden. Er nahm darüber hinaus an der Parlamentspräsidentenkonferenz der Europaratsmitglieder im Mai 2006 in Tallinn zur parlamentarischen Diplomatie und zur Förderung der pluralistischen Demokratie und an der Tagung der Parlamentspräsidenten der G8-Staaten im September 2006 in St. Petersburg teil. In St. Petersburg erörterten die Parlamentspräsidenten „Legislative Mittel zur Begegnung neuer Herausforderungen und Bedrohungen“ sowie „Internationale Rechtsaspekte bei der Gewährleistung der globalen Energiesicherheit“.

Anfang September 2007 war der Präsident des Deutschen Bundestages Gastgeber der Konferenz der Parlamentspräsidenten der G8-Staaten in Berlin. Die Präsidenten erörterten die Bedeutung und die Zusammenarbeit der Parlamente in einer globalisierten Welt sowie die Frage, welchen Beitrag die Parlamente zu einem nachhaltigen Klimaschutz und zu einer höheren Energieeffizienz leisten können.

5 Reisen der Parlamentariergruppen sowie Gegenbesuche

Der Deutsche Bundestag unterhält internationale Beziehungen durch Parlamentariergruppen, die in Verbindung mit einem oder mehreren Staaten stehen. In der 16. Wahlperiode gibt es 53 Parlamentariergruppen, wovon 35 bilaterale und 18 multilaterale Gruppen sind. Hinzu kommt ein Länderbeauftragter für die Republik Moldau. Die Parlamentariergruppen stehen als interfraktionelle Gremien

ohne Geschäftsordnung oder Satzung den Abgeordneten aller Fraktionen offen. Jeder Abgeordnete darf bis zu fünf Parlamentariergruppen angehören. Im Vorstand sind alle Fraktionen gleich stark vertreten. Die Zusammensetzung der weiteren Mitglieder ist nicht an die im Plenum bestehenden Mehrheitsverhältnisse gebunden.

Die Reisen und Besuche im Rahmen dieser bilateralen und multilateralen Parlamentariergruppen dienen dem kontinuierlichen Kontakt zu Abgeordneten der Partnerstaaten und dem fortlaufenden Dialog über die für sie wichtigen und politisch aktuellen Themen. Daneben treffen sich die Mitglieder mit Vertretern aus Politik, Verwaltung und der Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Medien, um über die politische und gesellschaftliche Lage in den Partnerstaaten informiert zu sein.

Für bilaterale Parlamentariergruppen besteht die Möglichkeit, einmal in einer Legislaturperiode jeweils eine Delegationsreise mit bis zu sieben Abgeordneten in den Partnerstaat durchzuführen. Den Parlamentariern des Partnerstaates gegenüber kann eine Einladung zu einem Gegenbesuch in der Bundesrepublik Deutschland ausgesprochen werden. Für multilaterale Parlamentariergruppen gilt, dass sie zweimal in einer Wahlperiode in ausgewählte der in der Parlamentariergruppe zusammengefassten Staaten reisen können.

Sowohl die Besuche als auch die Reisen tragen zu einem besseren Verständnis des jeweils anderen Staates bei, indem die Mitglieder und Gäste einen umfassenden Einblick in die Funktionsweise des politischen Systems, in das Staats- und Rechtssystem, in Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft sowie in die Kultur erhalten. Da allein der freundschaftliche Bezug zu dem jeweiligen Partnerstaat im Vordergrund steht, können selbst politische heikle Themen angesprochen werden, die bei offiziellen Gesprächen nicht immer behandelt werden. Dies trägt zu einem offenen und damit oft kritischen Dialog auch bei sehr sensiblen Themen bei. Nicht zuletzt leisten die Vielzahl und die unterschiedliche Herkunft der Gesprächspartner aus den verschiedensten Bereichen einen Beitrag zu einem gegenseitigen und ausgewogenen politischen Verständnis. Durch ihre besondere Sachkenntnis über den Partnerstaat sind die Parlamentariergruppen zu einer Anlaufstelle für ausländische Gäste mit unterschiedlichsten Interessen und Zielsetzungen geworden.

In der ersten Hälfte der 16. Legislaturperiode lag ein Schwerpunkt auf der Intensivierung der internationalen Kontakte. Dabei spielte die deutsche EU-Ratspräsidentschaft nicht nur im innereuropäischen Bereich unter zahlreichen Gesichtspunkten eine entscheidende Rolle. Auch der G8-Gipfel im Juni 2007 in Deutschland trug im Vorfeld dazu bei, dass bei Gesprächen der Parlamentariergruppen die G8-relevanten Themen des Klimawandels und der Globalisierung unter Berücksichtigung der nationalen Interessen im Vordergrund standen. Auch die rasant zunehmende Bedeutung Chinas und des gesamten asiatischen Raumes als Wirtschaftsmacht war Thema der Begegnungen der Parlamentarier. Positiv bewertet werden konnten die Erfolge in den Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit und den Demokratiebestrebungen ein-

zelner Länder, insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent.

Im Folgenden wird eine Kurzübersicht über die Reisen und Gegenbesuche der Parlamentariergruppen in alphabetischer Reihenfolge gegeben. Trotz vielfältiger anderweitiger Aktivitäten sind einige Parlamentariergruppen nicht genannt, da deren Reisen oder Besuche durch ausländische Delegationen erst für die zweite Hälfte der Legislaturperiode geplant sind.

Parlamentariergruppe Arabischsprachige Staaten des Nahen Ostens

(Bahrain, Irak, Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Oman, Saudi-Arabien, Syrien, Vereinigte Arabische Emirate, Arbeitsgruppe Palästina)

Der Nahostkonflikt und die Entwicklungen im Irak sowie damit verbundene sicherheits- und außenpolitische Aspekte sind wegen der aktuellen politischen Relevanz wichtige Themen, mit denen sich die Parlamentariergruppe immer wieder beschäftigte. Zudem wurde in der laufenden Wahlperiode auch über die Menschenrechtslage und die Stellung der Frau in den arabischen Staaten sowie über den Islam und die Integration muslimischer Mitbürger in Deutschland diskutiert.

Ziel der Reise in den Jemen und nach Saudi Arabien im Juni 2006 war es, sich über die Demokratisierung der Institutionen und die jeweilige bilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen von Gesprächen mit Mitgliedern der nationalen Volksvertretungen und Repräsentanten der Regierungen und der Zivilgesellschaften zu informieren. Im Jemen standen Fragen zur Entwicklungspolitik, die Ergebnisse der Parlamentswahlen und die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen im Vordergrund. Angesprochen wurde zudem die Lage in einigen Krisenregionen wie Somalia, Irak und Iran. In beiden besuchten Ländern wurde der deutschen Delegation eine kritische Einschätzung zur Lage im Irak und Iran gegeben. Hervorzuheben ist zudem die Kontaktaufnahme der Delegation mit der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC), welche als zwischenstaatliche internationale Organisation die islamische Welt repräsentieren soll.

Die Delegationsreise nach Syrien, Jordanien und in die Palästinensischen Gebiete im Mai 2007 stand im Zeichen des Friedensprozesses in der Region. So wurden in Syrien vor allem das Verhältnis zu Israel und dem Libanon sowie die Friedensinitiative der Arabischen Liga aus dem Jahr 2002 diskutiert. Die jordanischen Gesprächspartner hoben vornehmlich die Rolle der Europäischen Union, insbesondere Deutschlands, zur Beendigung des Konfliktes hervor. Die Auswirkungen des Irakkrieges auf die Region sowie mögliche Lösungswege wurden ebenfalls in beiden Staaten intensiv thematisiert. Einen umfassenden Eindruck von den Folgen der Konflikte auf die humanitäre Situation der Bevölkerung gewann die Delegation durch Besuche von palästinensischen und irakischen Flüchtlingszentren und in Gesprächen mit Vertretern des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) sowie zuständigen Regierungsvertretern. In Ramallah,

Ostjerusalem und Hebron standen die aktuelle politische und humanitäre Situation in den Palästinensischen Gebieten und die israelische Siedlungspolitik im Vordergrund.

Informationen über das politische System der Bundesrepublik Deutschland standen im Vordergrund bei dem Besuch einer Delegation der beratenden Versammlung aus Saudi-Arabien im November 2007. Die Arbeits- und Funktionsweise des Deutschen Bundestages, Aufgaben und Rechte eines Abgeordneten sowie das deutsche Wahlrecht wurden in Gesprächen unter anderem mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung beleuchtet. Durch den Besuch des Bundesrates und der Landesvertretung Rheinland-Pfalz erhielt die Delegation ferner Einblicke in das föderative System in Deutschland. Aber auch das Thema Bildung, insbesondere der Studentenaustausch zwischen Deutschland und Saudi-Arabien, wurde mit Vertretern des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, des Bundesministeriums für Bildung und Forschung sowie des Goethe-Instituts intensiv erörtert. In diesem Zusammenhang sprach die Delegation aus Saudi Arabien die Schwierigkeiten bei der Einreise und der Visaerteilung an.

Parlamentariergruppe ASEAN

(Brunei, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam)

Hauptanliegen der Parlamentariergruppe ist es, die ASEAN-Region im deutschen und europäischen Raum bekannter zu machen. In der Berichtszeit stand auch die Formulierung und Verabschiedung einer Charta durch die ASEAN-Mitgliedstaaten im Mittelpunkt. Diese hat den Wandel von einem rein ökonomischen zu einem der EU ähnlichen Bündnis zum Ziel. Die erheblichen Unterschiede in den Verfassungen und in der wirtschaftlichen Entwicklung sowie die Vielfalt der Religionen in den zehn Mitgliedstaaten erschweren jedoch die Verabschiedung einer solchen Charta.

Im Februar 2007 besuchte eine Delegation der Parlamentariergruppe Singapur, Brunei und Indonesien. Trotz einer gewissen Skepsis zeigten sich alle Gesprächspartner überzeugt, dass der bisher erarbeitete Text für die Charta auf dem ASEAN-Gipfel in Singapur Ende 2007 verabschiedet wird. Darüber hinaus wurde in allen drei Ländern der durch die Brandrodung in Indonesien verursachte Smog („Haze“) thematisiert. In Indonesien standen die Demokratieentwicklung, die positive wirtschaftliche Entwicklung der Provinz Aceh nach dem Tsunami und die möglichen Gefahren einer islamischen Radikalisierung auf dem Gesprächsprogramm. Treffen in Singapur ergaben, dass Deutschland und Singapur mit den gleichen Problemen der demographischen Entwicklung, der Abwanderung gut ausgebildeter junger Menschen und der Integration von Ausländern zu kämpfen haben. In Brunei war erstmals eine Delegation des Deutschen Bundestages zu Gast. Schwerpunkt der Gespräche war neben den Möglichkeiten der Stärkung demokratischer Strukturen die wirtschaftliche Zukunft des Landes, wenn das Öl- und Gasvorkommen vollkommener ausgebeutet sein wird.

Der Besuch einer Delegation von vietnamesischen Abgeordneten im Oktober 2006 diente vorrangig dem Kennenlernen der Funktionsweise der deutschen Demokratie einschließlich des föderalen Systems, der Haushaltsgesetzgebung und der Kontrolle der Regierung durch das Parlament. Der Besuch galt außerdem der Unterstützung des politischen Dialogs mit Vietnam und den Themen Ausbau des Rechtsstaates, Transformationsprozess und Wirtschaftsreformen in Vietnam.

Deutsch-Australisch-Neuseeländische Parlamentariergruppe

Sowohl im Rahmen einer Delegationsreise nach Australien und Neuseeland im August 2007 als auch anlässlich von Besuchen einer australischen Abgeordnetendelegation im April 2007 und der neuseeländischen Parlamentspräsidentin im September 2007 in Berlin wurden als zentrale politische Fragen von beiderseitigem Interesse die Themen Klimawandel und Energiepolitik, Arbeitsmarktpolitik und Migration sowie internationale Sicherheitspolitik erörtert. Die Reise nach Australien und Neuseeland lieferte insbesondere vertiefende Einblicke und besseres Verständnis für die Entwicklungen in der asiatisch-pazifischen Region.

Ebenso wurde von nahezu allen Gesprächspartnern die wachsende Bedeutung Chinas sowohl als Handelspartner als auch als stabilisierender Faktor im pazifischen Raum thematisiert. Sowohl in Australien als auch in Neuseeland wurde der Delegation vermittelt, dass eine der Maßnahmen, die dort erfolgreich gegen den Fachkräftemangel auf dem Arbeitsmarkt ergriffen würde, die gezielte Anwerbung von Arbeitskräften aus dem Ausland sei. Es wurde deutlich, dass sowohl in Neuseeland als auch in Australien die Themen Klimawandel, Energiesicherheit, Energieeffizienz und Einsatz erneuerbarer Energien noch nicht lange auf der politischen Agenda stehen und jetzt als politische Herausforderungen angenommen werden.

Deutsch-Belgisch-Luxemburgische Parlamentariergruppe

Bei einem zweitägigen Aufenthalt in Luxemburg im Februar 2007 führte eine Delegation der Parlamentariergruppe Gespräche über die deutsche EU-Ratspräsidentschaft und den notwendigen Ausbau der Verkehrsverbindungen zwischen Deutschland und Luxemburg. Man kam außerdem zu dem Ergebnis, dass Verbesserungsbedarf hinsichtlich der kulturellen Vertretung Deutschlands in Luxemburg durch Stiftungen und Institute bestehe und man in Zukunft an einer entsprechenden Initiative arbeiten werde. Es zeigte sich, dass beide Seiten ein großes Interesse an der Fortführung ihrer Zusammenarbeit nicht nur im Rahmen europäischer Belange haben.

Deutsch-Brasilianische Parlamentariergruppe

Im April 2007 und damit kurz nach der Neukonstituierung des nationalen Parlaments und der Länderparlamente Brasiliens fand eine Delegationsreise nach Brasi-

lien statt. Somit stand die Reise nicht nur im Zeichen von Diskussionen mit Vertretern der Legislative, Exekutive sowie mit Vertretern verschiedener Stiftungen über die positive wirtschaftliche Entwicklung des Landes und die damit einhergehende Steigerung des allgemeinen Lebensstandards der Bevölkerung, sondern auch über die notwendigen Reformen im Bereich der inneren Sicherheit des Landes und einer möglichen Reform des brasilianischen Wahlsystems. Neben einem umfassenden Gespräch über die Einstellung Brasiliens zum Umweltschutz und zum Verhalten beim drohenden Klimawandel wurde von brasilianischer Seite auf eine mögliche Förderung der bestehenden bilateralen Beziehungen durch eine Umstrukturierung der Vereinten Nationen hingewiesen.

Deutsch-Britische Parlamentariergruppe

Eine Delegation der Britisch-Deutschen Freundschaftsgruppe des britischen Unter- und Oberhauses traf sich im Rahmen eines Besuchs im November 2006 in Berlin zu zahlreichen Diskussionen mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages zu den Schwerpunktthemen deutsche EU-Ratspräsidentschaft und aktuelle internationale Krisen. Dabei wurden einzelne Krisenregionen und mögliche Ansätze für Konfliktlösungen betrachtet. Im Hinblick auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft wurden die Voraussetzungen einer Wiederbelebung des europäischen Verfassungsvertrages erörtert. Bei den außen- und sicherheitspolitischen Gesprächen konzentrierte man sich auf die Zukunft des Irak sowie die durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und die NATO zu ergreifenden Maßnahmen.

Deutsch-Chinesische Parlamentariergruppe

Der Wunsch nach Vertiefung der gegenwärtigen Beziehungen zwischen dem Deutschen Bundestag und dem Nationalen Volkskongress fand im Rahmen einer Delegationsreise der Deutsch-Chinesischen Parlamentariergruppe im April 2007 in zahlreichen Treffen mit hochrangigen politischen Gesprächspartnern sowohl von der zentralen Ebene als auch der Provinz- und der lokalen Ebene seinen Ausdruck. Gegenstand der Gespräche war wiederholt eine mögliche Kooperation in den Bereichen Umweltschutz und Energiepolitik sowie das Bestreben der chinesischen politischen Verantwortungsträger, das Konzept der „Harmonischen Gesellschaft“ auf allen Ebenen zu verwirklichen. Des Weiteren wurde die Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der EU einerseits und China andererseits zur Bewältigung internationaler Krisen und Herausforderungen betont.

Deutsch-Französische Parlamentariergruppe

Im Rahmen der von der Deutsch-Französischen Parlamentariergruppe in enger Abstimmung mit ihrer Partnergruppe der Französischen Nationalversammlung gemeinsam bearbeiteten Themen besuchte im März 2007 eine Delegation aus deutschen und französischen Parlamentariern das Eurokorps in Straßburg und die Deutsch-Französische Brigade in Müllheim und Immendingen. Die

Delegation informierte sich über Zusammensetzung, Aufgabenstellung, Kommandostrukturen und Einsatzfähigkeit dieser multinationalen militärischen Einheiten. Dabei wurde deutlich, dass diese Verbände nur mit der politischen Unterstützung durch die Parlamente im Sinne einer gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik weiterentwickelt werden können.

Bei einer Delegationsreise nach Frankreich im Juni 2006 wurden Fragen der künftigen Energieversorgung beraten. Ein wichtiger Teilaspekt dabei war die unterschiedliche Haltung in beiden Ländern zu Chancen und Risiken von Kernenergie sowie zum staatlichen Einfluss auf die Unternehmen der Energiewirtschaft. Es wurden ebenfalls dezentrale Projekte aus dem Bereich der erneuerbaren Energien vorgestellt, denen auch in Frankreich angesichts der sich weltweit verknappenden Rohstoffreserven wachsende Bedeutung beigemessen wird. Daneben vermittelte der Gedanken- und Erfahrungsaustausch mit Vertretern einzelner Gebietskörperschaften konkrete Einblicke in die Organisation des französischen Staates auf Ebene der Regionen und Departements.

Im Oktober 2006 trafen Politiker, Wissenschaftler und Vertreter der Zivilgesellschaft aus Deutschland und Frankreich zum 5. Parlamentarierkolloquium „Paris – Berlin“ in Potsdam zusammen, um gemeinsam über Erfolg versprechende neue Wege und die erforderlichen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für eine gelungene Integration von Zuwanderern zu diskutieren. Mit besonderem Augenmerk auf die Bereiche Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik, gesellschaftliche Teilhabe und Vermittlung kultureller Werte wurde über verschiedene Konzepte zur Integration von Migranten gesprochen.

Deutsch-Japanische Parlamentariergruppe

Die gleichgelagerten Problemstellungen Deutschlands und Japans in den Bereichen Demographie, Energie und Umwelt zeigten sich während der Delegationsreise nach Japan im April 2007 bei zahlreichen politischen Gesprächen. Weitere wichtige Themen waren die chinesisch-japanischen Beziehungen, die regionale Sicherheitslage in Ostasien und die Fortentwicklung der japanischen Sicherheitspolitik sowie der Ausbau der Beziehungen Japans zur NATO. Bei Gesprächen in einzelnen japanischen Regionen wurde deutlich, wie intensiv und systematisch sich Wirtschaft und Gesellschaft in Japan mit dem Thema der alternden Gesellschaft auseinandersetzen und wie zielgerichtet man sich in Japan auf die Entwicklung von Lösungen für die damit zusammenhängenden Probleme konzentriert. Da es gerade in diesen Bereichen sehr ähnliche Strukturen und Probleme in beiden Ländern gibt, waren sich beide Seiten einig, dass ein entsprechend großes Potential für Erfahrungsaustausch und lohnende Kooperation besteht.

Deutsch-Kanadische Parlamentariergruppe

Im Rahmen des Besuchs einer Delegation der Kanadisch-Deutschen Freundschaftsgruppe im Oktober 2006 in Deutschland waren für die Parlamentarier die Themen

Verteidigung, Migration und Integration sowie Energie- und Wirtschaftspolitik, die in Gesprächen mit hochrangigen Parlaments- und Regierungsvertretern vertieft werden konnten, von besonderem Interesse. Weitere Gespräche mit Vertretern eines Landesparlaments und Gemeindevertretern beinhalteten neben dem Anliegen der Verbesserung der Handelsbeziehungen die aktuelle politische und wirtschaftliche Entwicklung beider Länder sowie das föderale System Deutschlands.

Deutsch-Koreanische Parlamentariergruppe

(Demokratische Volksrepublik Korea, Republik Korea)

Die Parlamentariergruppe hat sich die Unterstützung des Annäherungsprozess zwischen beiden koreanischen Staaten zum Ziel ihrer Arbeit gesetzt. Der Besuch einer Delegation der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik im Oktober 2006 in Berlin stand unter dem Einfluss der schwierigen internationalen Lage, die Meldungen über Atomwaffentests in Nordkorea hervorgerufen hatten. Die Vertreter der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe waren während des Besuches bestrebt, das Thema wiederholt aufzugreifen und zu diskutieren. Die Delegation signalisierte, dass ein Dialog zur Lösung der Konfliktsituation aufrechterhalten werden sollte.

Hingegen konnte man sich im Rahmen der Reise einer deutschen Delegation im Mai/Juni 2007, die sowohl nach Nord- als auch Südkorea führte, auf die Ergebnisse der Wiederaufnahme des Dialogs zwischen der Demokratischen Volksrepublik Korea und den USA konzentrieren. Von besonderer Bedeutung waren dabei die Entwicklungen bei der Umsetzung der Erklärung aus den Sechs-Parteien-Gesprächen vom September 2005 und der nordkoreanisch-amerikanischen Erklärung vom Februar 2007 sowie die damit verbundenen wirtschaftlichen und politischen Fortschritte des Landes. Ansatzpunkte für die weitere bilaterale Zusammenarbeit ergaben sich vor allem bei den Wirtschaftsabkommen, Sportbeziehungen, alternativen Energien sowie dem längerfristigen Übergang zur Entwicklungszusammenarbeit. Die Bedeutung des Besuchs wurde auch durch die erstmalige Genehmigung unterstrichen, eine Parlamentarierdelegation direkt von Pjöngjang nach Seoul weiterreisen zu lassen.

Die Gespräche in Südkorea zeigten erneut, dass Deutschland von Südkorea aufgrund der gemeinsamen Teilerfahrung und des deutschen Gewichts in der EU als Schrittmacher bei der Ausgestaltung der Beziehungen Südkoreas zu Nordkorea und zur EU wahrgenommen wird. Die Gespräche drehten sich dementsprechend um die erzielten Ergebnisse des Besuchs in Nordkorea sowie die Einschätzung der deutschen Delegation hinsichtlich der Entwicklung des Atomkonflikts und der Wiederaufnahme des Dialogs mit den USA. Ein weiterer Themenschwerpunkt war der Umgang Südkoreas mit nordkoreanischen Flüchtlingen.

Deutsch-Kroatische Parlamentariergruppe

Hauptanliegen der Arbeit der Parlamentariergruppe ist die Unterstützung des Integrationsprozesses in Europa.

Folglich lag der inhaltliche Schwerpunkt der Gespräche, die eine Delegation dieser in der 16. Wahlperiode neu gegründeten Parlamentariergruppe im Oktober 2006 in Kroatien führte, auf dem Beitrittsprozess des Landes zur Europäischen Union. Dabei wurden sowohl die deutlichen Fortschritte bei den Verhandlungen und der Umsetzung des gemeinschaftlichen Besitzstandes der EU in kroatische Gesetze als auch noch nicht gelöste Probleme wie die Justiz- und die Verwaltungsreform, die Landwirtschaftsstruktur sowie die Kosten der Umsetzung von Umweltstandards erkennbar. Darüber hinaus fand ein intensiver Meinungsaustausch über die Vor- und Nachteile bei der Aufnahme von neuen Mitgliedstaaten statt – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Beitrittsbestrebungen Kroatiens in die EU im Jahre 2009. Im Rahmen der Gespräche zur Innen- und Außenpolitik wurden einzelne Aspekte der Minderheitenpolitik und der Vertretung der Minderheiten im kroatischen Parlament sowie die Beziehungen zu den Nachbarstaaten nach dem Zerfall Jugoslawiens erörtert.

Parlamentariergruppe Maghreb-Staaten

(Algerien, Libyen, Marokko, Mauretanien, Tunesien)

Die Intensivierung der parlamentarischen Beziehungen und die Begleitung des Demokratisierungsprozesses in den Maghreb-Staaten stellten die Arbeitsschwerpunkte der Parlamentariergruppe im Berichtszeitraum dar. Aktuelle politische Entwicklungen, wie zum Beispiel im Konflikt um das Gebiet der Westsahara, wurden intensiv verfolgt. Eine Delegation von sieben Abgeordneten erhielt im September 2007 die Möglichkeit, diese Themen in Algerien und Tunesien zu vertiefen. So wurde zum Beispiel in Algerien die Justizreform unter Gesichtspunkten der Demokratieentwicklung diskutiert. Mit Vertretern der Zivilgesellschaft wurden Pressefreiheit und Frauenrechte thematisiert. Gegenstand der Gespräche waren auch die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Algerien und Deutschland bzw. der Europäischen Union, vor allem im Energiesektor. In Tunesien standen die bilateralen Beziehungen sowie das Verhältnis Tunesiens zur Europäischen Union im Mittelpunkt der Gespräche. Dabei wurden vor allem die wirtschaftliche Zusammenarbeit im Tourismussektor, die Kulturarbeit sowie Frankreichs Vorschlag einer „Mittelmeerunion“ behandelt. Von den Bundestagsabgeordneten wurde die Menschenrechtslage immer wieder angesprochen und mit Vertretern der Zivilgesellschaft ausführlich erörtert.

Deutsch-Maltesische Parlamentariergruppe

Die erst seit dieser Wahlperiode bestehende Parlamentariergruppe empfing im September 2007 eine Parlamentarierdelegation aus Malta. Der Besuch stand sowohl im Zeichen von Treffen und Gesprächen mit verschiedenen Ausschüssen wie dem Auswärtigen Ausschuss, dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und dem Ausschuss für Tourismus als auch mit hochrangigen Vertretern verschiedener Ministerien. Ein Schwerpunkt der Diskussionen war die Flüchtlingsproblematik, da Malta als kleine Inselrepublik unter dem Zustrom von

Flüchtlingen aus Afrika leidet, die über das Mittelmeer meist aus Libyen kommen. Weitere Themen waren die Brückenfunktion Maltas in den Beziehungen zwischen der EU und den südlichen Mittelmeeranrainern sowie der Ausbau der Zusammenarbeit im Bereich des Tourismus.

Deutsch-Mexikanische Parlamentariergruppe

Vor dem Hintergrund des traditionell engen deutsch-mexikanischen Verhältnisses und der intensiven Beobachtung der innenpolitischen Situation seit der Präsidentschaftswahl im Jahr 2006 fand eine Delegationsreise dieser Parlamentariergruppe im September/Oktober 2007 nach Mexiko statt. Dabei waren die anstehenden Reformen des Steuersystems, der Polizei sowie der Justiz wichtige Themen der Gespräche mit Vertretern der mexikanischen Regierung und des Parlaments. Im Mittelpunkt bei allen Treffen stand jedoch die Bekämpfung der Armut, unter der überproportional stark die indigene Bevölkerung zu leiden hat. Als Haupttransitland in die USA ist Mexiko außerdem von Drogenhandel und sich ausbreitender organisierter Kriminalität betroffen. Präsident Calderón setzt zu ihrer Bekämpfung verstärkt das Militär ein, was aus Sicht von Menschenrechtsvertretern nicht unproblematisch ist, wie der Delegation vor Ort erläutert wurde. Reformen stehen darüber hinaus auch in der Energieversorgung an, da die bislang erschlossenen Ölquellen voraussichtlich nur noch sieben bis zehn Jahre reichen. In Gesprächen mit der Delegation machte die Regierung deutlich, dass sie für die Zukunft auf die Erschließung neuer Ölquellen in der Tiefsee einerseits sowie den Ausbau erneuerbarer Energien andererseits setze. Bei einem Besuch von Ciudad Juárez an der Grenze zu den USA konnten sich die Mitglieder der Delegation vor Ort ein Bild von der Situation in den zahlreichen Montagefabriken (maquiladoras) machen. Sie informierten sich zudem über die erschreckende Anhäufung von Frauenmorden in dieser Stadt und die staatlichen Maßnahmen zur Aufklärung und Verbrechensbekämpfung.

Deutsch-Mittelamerikanische Parlamentariergruppe

(Belize, Costa Rica, Dominikanische Republik, El Salvador, Guatemala, Haiti, Honduras, Jamaika, Kuba, Nicaragua, Panama)

Eine Delegationsreise der Parlamentariergruppe nach Jamaika im Dezember 2007 war der erste parlamentarische Besuchskontakt aus Deutschland seit 15 Jahren und wurde von der jamaikanischen Seite daher entsprechend gewürdigt. In ihren Gesprächen informierten sich die Abgeordneten über die ehrgeizigen Ziele der neuen Regierung Jamaikas hinsichtlich der politischen wie wirtschaftlichen Erneuerung des Landes. Dazu gehört neben der Verbesserung des Bildungs- und Gesundheitssystems der Abbau der extremen Staatsverschuldung. Jamaika bemüht sich zudem um die Erschließung erneuerbarer Energien wie Wind und Solarthermie, um eine weniger große Abhängigkeit von den immer teurer werdenden Ölimporten zu erreichen. In mehreren Gesprächen wurde deutlich, wie sehr Jamaika dabei an der Zusammenarbeit mit

Deutschland interessiert ist. Die Delegationsmitglieder verwiesen mit Blick auf den Wegfall der deutschen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit auf die Aktivitäten der Europäischen Union, an deren Finanzierung Deutschland mit 20 Prozent beteiligt ist. In Panama, der zweiten Station dieser Reise, wächst die dortige Wirtschaft, die von der Brückenstellung zwischen Nord- und Südamerika profitiert und stark auf Dienstleistungen wie Transport und Logistik ausgerichtet ist, seit einigen Jahren um Quoten zwischen sieben und acht Prozent. Beim Zusammentreffen der Delegation sowohl mit Vertretern der panamaischen Regierung als auch der deutschen Außenhandelskammer wurde bestätigt, dass kein Mangel an Investitionen besteht. Auch deutsche Firmen partizipieren an dem Boom, der durch die geplante Erweiterung des Panama-Kanals noch belebt wird. Hierdurch ergibt sich jedoch dringender Handlungsbedarf im Bereich der Energieversorgung, die mit der Nachfrage kaum Schritt halten kann. Daher sucht man auch hier eine kostengünstige und umweltschonende Alternative zu importierten Energieträgern bei den erneuerbaren Energien. Als wichtige Herausforderung für die Zukunft des Landes bezeichneten viele Gesprächspartner zudem die Überwindung der Kluft zwischen Arm und Reich.

Deutsch-Niederländische Parlamentariergruppe

Mit der Kontaktgruppe Deutschland der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments pflegt die Deutsch-Niederländische Parlamentariergruppe einen intensiven Erfahrungs- und Meinungsaustausch über gesellschaftliche und politische Entwicklungen in beiden Ländern. Während eines Delegationsbesuchs in Den Haag im Oktober 2007 wurden in verschiedenen Gesprächskreisen gemeinsam mit niederländischen Parlamentariern, Regierungsvertretern und Sachverständigen Fragen der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, der Integrations- und Familienpolitik sowie der Außenwirtschaftsbeziehungen diskutiert, wobei in zahlreichen Punkten Übereinstimmungen festgestellt wurden. In Rotterdam informierte sich die Delegation vor Ort an einem sozialen Brennpunkt über ein neues Konzept zur Problemlösung im Rahmen des Quartiersmanagements. Im Hafen von Rotterdam standen verkehrspolitische Themen von bilateralem und europäischem Interesse, die Klimaschutzpolitik sowie die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen im Mittelpunkt der Gespräche.

Deutsch-Nordische Parlamentariergruppe

(Dänemark, Finnland, Island, Norwegen, Schweden)

Die Deutsch-Nordische Parlamentariergruppe widmete einen erheblichen Teil ihrer Gespräche dem Thema „Nördliche Dimension“ und der Kooperation der Ostseeanrainerstaaten. Die Nördliche Dimension umfasst heute nationale, internationale und transnationale Organisationen und folgt dem Ansatz von „Multilevel Governance“. Im Rahmen der Nördlichen Dimension ist es möglich, einen Prozess niedrigschwelliger Integration Russlands voranzutreiben.

Während einer Delegationsreise der Parlamentariergruppe nach Norwegen und Schweden im Juni 2007 wurde die „Nördliche Dimension“ als Politikfeld und als Herausforderung erfahrbar. Im Mittelpunkt der Gespräche mit Parlamentariern, Regierungsmitgliedern und Nicht-Regierungsorganisationen standen die Arbeitsmarktpolitik, die Betreuungsinfrastruktur für Kinder, Fragen des Schutzes der Ostsee und insbesondere die Beziehungen beider Staaten zu Russland. Sowohl in Norwegen als auch in Schweden informierten sich die Abgeordneten über die gut ausgebauten Möglichkeiten zur Kinderbetreuung. Die Gesprächspartner aus beiden Ländern waren übereinstimmend der Ansicht, eine gut ausbaute Betreuungsinfrastruktur für Kinder helfe Frauen und Männern Berufstätigkeit und Kindererziehung besser zu vereinbaren und trage zur Erhöhung der Frauenerwerbsquote bei, die angesichts eines herrschenden Arbeitskräftemangels erwünscht sei.

Deutsch-Österreichische Parlamentariergruppe

Der Schwerpunkt der Arbeit dieser Parlamentariergruppe liegt auf einem intensiven Informations- und Meinungsaustausch mit österreichischen Partnern zu bilateralen, innen-, außen-, europa-, wirtschafts- und verkehrspolitischen Fragen. Während einer Delegationsreise nach Wien im Oktober 2007 wurde sowohl von deutscher als auch von österreichischer Seite der Wunsch unterstrichen, bei Themen von gleichgerichtetem Interesse auf den Gebieten von Verkehr und Umwelt sowie der Einhaltung von Sozialstandards auch auf parlamentarischer Ebene zu frühzeitiger und substanzieller Abstimmung zu gelangen. Vertieft wurde in Gesprächen mit Vertretern der Außenhandelskammer das Thema der wirtschaftlichen Zusammenarbeit beider Länder, die vor allem mittelständischen Firmen Perspektiven eröffnet.

Parlamentariergruppe Östliches Afrika

(Äthiopien, Burundi, Dschibuti, Eritrea, Kenia, Ruanda, Somalia, Sudan, Uganda)

Viele Mitgliedstaaten dieser Parlamentariergruppe leiden an den Folgen von Kriegen und Bürgerkriegen oder befinden sich nach Friedensvereinbarungen in einem schwierigen Wiederaufbau- und Transformationsprozess. Zur Stabilisierung der Region soll auch ein ostafrikanisches Staatenbündnis beitragen, über dessen Gründung schon seit langem diskutiert wird. Die Prozesse werden darüber hinaus durch den Energiemangel in fast allen Staaten verzögert.

Eine Delegation der Parlamentariergruppe konnte sich im November 2006 bei einer Reise nach Uganda und Ruanda einen unmittelbaren Eindruck von der Situation in den beiden Staaten verschaffen. In Uganda führten die Parlamentarier Gespräche über den Stand der bilateralen Zusammenarbeit in der Entwicklungshilfe und informierten sich über den Friedensprozess im Norden des Landes. Alle Gesprächspartner begrüßten, dass Deutschland mit derartigen Parlamentarierbesuchen entscheidende Zeichen seines Engagements in Ostafrika setze. Beim Be-

such des Zentralgefängnisses in Kigali und der Beobachtung eines Gerichtsprozesses erhielt die Delegation einen Einblick in die juristische Aufarbeitung des Genozids in Ruanda. Auch hier standen die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen bei der Armutsbekämpfung im Mittelpunkt der Gespräche mit ruandischen Parlamentariern und Vertretern der Regierung.

Deutsch-Polnische Parlamentariergruppe

Schwerpunkt der Arbeit der Parlamentariergruppe ist die Aufarbeitung der gemeinsamen Vergangenheit, aber auch das derzeitige politische Verhältnis zwischen Deutschland und Polen. Darüber hinaus war der Berichtszeitraum geprägt von der Rolle Polens in der EU wegen des Streits mit Russland und der Befürwortung einer schnellen EU-Osterweiterung von polnischer Seite. Während der Delegationsreise der Parlamentariergruppe im Dezember 2006 machten die zahlreichen Gesprächspartner aus Parlament und Regierung ihre Entschlossenheit in Fragen der EU deutlich. Bei der Aufarbeitung der gemeinsamen Vergangenheit trat hingegen ein differenziertes Bild von Distanz über Furcht vor einer einseitigen Darstellung bis zur vorbehaltlosen Unterstützung der Idee des „Netzwerkes Erinnerung und Solidarität“ zutage, für dessen Einrichtung die Delegation ebenso nachhaltig warb wie für die Präsentation von Ausstellungen zu diesen Themen in beiden Staaten. Die Deutsch-Polnische Parlamentariergruppe und die Polnisch-Deutsche Freundschaftsgruppe sind sich nicht nur über die Intensivierung der Kontakte beider Parlamente, sondern darüber hinaus über die Forderung nach einer Zukunftsorientiertheit im gegenseitigen politischen Dialog einig.

Deutsch-Portugiesische Parlamentariergruppe

Die Delegation der Deutsch-Portugiesischen Parlamentariergruppe konnte auf ihrer Reise nach Portugal im September 2006 einen umfassenden Meinungsaustausch mit portugiesischen Parlamentariern und Vertretern aus Regierung und Wirtschaft führen. Im Vordergrund der Gespräche standen die Probleme beider Staaten bei den notwendigen Reformen zur Umstrukturierung der Sozial- und Rentensysteme. Ein weiteres Thema war die Zusammenarbeit bei der Vorbereitung der EU-Ratspräsidentschaften Deutschlands, Portugals und Sloweniens in den Jahren 2007 und 2008. Des Weiteren wurden die bisherigen Ergebnisse und die zukünftigen Entwicklungen in der deutsch-portugiesischen Zusammenarbeit auf wissenschaftlichem und kulturellem Sektor diskutiert. Beide Parlamentariergruppen kamen zu dem Schluss, dass der Besuch das sehr gute Verhältnis zwischen beiden Ländern vertiefen konnte.

Deutsch-Rumänische Parlamentariergruppe

Der Beitrittsprozess Rumäniens in die EU war das zentrale Thema der Gespräche im Rahmen des Besuches einer rumänischen Delegation im September 2006 in Berlin. Vornehmlich ging es dabei um den Ausbau der politischen Stabilität, die ökonomische und soziale Situation des Landes, insbesondere die Bekämpfung der Ar-

mut und der hohen Arbeitslosigkeit, notwendige Infrastrukturmaßnahmen sowie Entwicklungsdefizite im ländlichen Raum Rumäniens. Daneben wurde auch über die in Rumänien durchgeführte Gesundheitsreform gesprochen, die zwar zu einem Ausbau der Krankenversorgung im Allgemeinen, jedoch nicht zu einer flächendeckenden Versorgung von mit dem HI-Virus infizierten oder an AIDS erkrankten Menschen geführt habe. Von deutscher Seite wurde zudem der Wunsch nach der Bildung eines Rumänisch-Deutschen Forums in Anlehnung an das Deutsch-Rumänische Forum geäußert, um die Zusammenarbeit beider Länder weiter vertiefen zu können.

Deutsch-Russische Parlamentariergruppe

Im Mittelpunkt der Gespräche zur russischen Innenpolitik standen während eines Delegationsbesuches der Deutsch-Russischen Parlamentariergruppe in Moskau im April 2007 die Übergriffe von russischen Sicherheitskräften auf Demonstranten des Oppositionsbündnisses „Anderes Russland“. Die Delegationsmitglieder mahnten eine rasche Aufklärung der Vorfälle an und wiesen auf die negativen Folgen für das Ansehen Russlands im Ausland hin. Daneben wurden in den Gesprächen die Zusammenarbeit auf dem Energiesektor und die Weigerung Russlands thematisiert, die Energiecharta zu unterzeichnen. Im Bereich der Außen- und Wirtschaftspolitik waren die Einbindung Russlands in internationale Organisationen wie die OSZE, die NATO oder den Europarat Themen der Gespräche. Diskussionsbedarf bestand auch bezüglich der Situation der Religionsgemeinschaften, die sich durch die Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes einer erhöhten staatlichen Kontrolle und der Behinderung ihrer Arbeit durch die Zunahme bürokratischer Hürden ausgesetzt sehen. Die Gespräche mit den regionalen politischen Vertretern konzentrierten sich hingegen auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit im regionalen Bereich, die Kooperation im Bau- und Wohnungswesen und den Jugendaustausch auf regionaler und kommunaler Ebene. Die bilateralen parlamentarischen Beziehungen zwischen Russland und Deutschland wurden von beiden Seiten wiederholt als positiv bewertet und kamen auch darin zum Ausdruck, dass die Delegation zu allen Terminen von Mitgliedern der Russisch-Deutschen Parlamentariergruppe begleitet wurde.

Deutsch-Schweizerische Parlamentariergruppe

Anknüpfend an die in der 15. Wahlperiode durchgeführte Reise der seinerzeit neu gegründeten Deutsch-Schweizerischen Parlamentariergruppe kamen im November 2006 Parlamentarier aus National- und Ständerat als Vertreter der Eidgenössischen Delegation für die Beziehungen zum Deutschen Bundestag zu Gesprächen nach Berlin. Bei verschiedenen Begegnungen wurde mit Parlaments- und Regierungsvertretern über Verkehrs-, Kultur- und Wirtschaftspolitik sowie europapolitische Angelegenheiten diskutiert. Das sehr gute Verhältnis beider Seiten zueinander spiegelte sich insbesondere bei den offen angesprochenen ungelösten Fragen im Zusammenhang mit der Anflugsregelung für den Flughafen Zürich-Kloten wider.

Darüber hinaus fand ein Meinungsaustausch über die europäische Erweiterungspolitik und die Möglichkeit einer vermehrten Einbindung der Schweiz in europäische Belange statt. Die schweizerische Seite interessierte sich zudem für die Organisation der Zuständigkeiten in der Kulturpolitik im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland.

Deutsch-Slowenische Parlamentariergruppe

Im Zuge gemeinsamer Vorbereitungen auf die EU-Ratspräsidentschaft Sloweniens konnte eine Delegation der Deutsch-Slowenischen Parlamentariergruppe auf ihrer Reise in ihren Partnerstaat im Oktober 2007 einen umfassenden Meinungsaustausch mit slowenischen Parlamentariern und Vertretern aus Regierung und Wirtschaft führen. Im Vordergrund der Gespräche standen die beabsichtigten Schwerpunkte für die slowenische EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2008 sowie der Austausch über einen möglichen EU-Beitritt Kroatiens und die Zukunft des Kosovo. Ferner wurden verkehrspolitische Fragen wie die Situation des LKW-Güterverkehrs und die des Hafens Koper erörtert. Weitere Themen waren die Entwicklungen im Energiesektor und beim Klimaschutz.

Deutsch-Spanische Parlamentariergruppe

Die Chancen auf die Verabschiedung eines neuen europäischen Verfassungsvertrages und das Wiederaufleben der Verhandlungen im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft sowie die europäische Zuwanderungspolitik und die besondere Rolle Spaniens in diesem Kontext prägten die Diskussion in zwei Kolloquien, zu denen sich spanische und deutsche Abgeordnete Ende Januar 2007 in Berlin trafen. Spaniens Bevölkerung hatte sich in einem Referendum im Jahr 2005 für den Verfassungsvertrag ausgesprochen, dementsprechend warb die spanische Seite für eine zügige Fortsetzung der Verhandlungen. Die spanische Delegation forderte bei der Bewertung des Umgangs Spaniens mit Zuwanderern vor allem aus den afrikanischen Ländern eine ehrliche und ausführliche Berichterstattung ein. Weiterhin erörterten die Abgeordneten die Föderalismusreform in Deutschland. Der Besuch eines spanischen Stahlwerks in Thüringen vertiefte die Gespräche, die die Delegation in Erfurt zu Themen der Globalisierung und der internationalen Handelsbeziehungen führte. Insgesamt zeigte der Besuch, wie gut und intensiv die persönlichen Kontakte zwischen den beiden Parlamentariergruppen sind.

Deutsch-Südamerikanische Parlamentariergruppe

(Argentinien, Bolivien, Chile, Ecuador, Guyana, Kolumbien, Paraguay, Peru, Suriname, Uruguay, Venezuela)

Die Parlamentariergruppe bemüht sich um die Pflege und Vertiefung der traditionell guten Kontakte zwischen Deutschland und den Ländern Südamerikas. Die regionale Zusammenarbeit wie beispielsweise in der Andengemeinschaft und im Mercosur soll unterstützt werden. Da-

her war die Zukunft des Mercosur und seiner institutionellen Verankerung einer der Schwerpunkte der Gespräche bei der Delegationsreise der Parlamentariergruppe im August/September 2007 nach Bolivien, Paraguay und Uruguay. Insbesondere bei den Gesprächen in Montevideo mit dem Ratspräsidenten des Mercosur und uruguayischen Abgeordneten und Senatoren, die dem neu gegründeten Mercosur-Parlament angehören, wurde die starke Asymmetrie innerhalb des Bündnisses als Hemmnis für die weitere Entwicklung deutlich. Umso wichtiger erscheint vor diesem Hintergrund die Zusammenarbeit mit bislang assoziierten Mitgliedstaaten wie Bolivien und auch dem Beitrittskandidaten Venezuela. Ein weiteres wichtiges Thema der politischen Gespräche mit Abgeordneten und Regierungsvertretern war in allen drei Staaten die politische Zukunft Lateinamerikas. Bolivien hat nach den Wahlen von 2006 und dem erfolgten Machtwechsel mit großen innenpolitischen Auseinandersetzungen zu kämpfen, wie Staatspräsident Evo Morales in einer ausführlichen Unterredung mit der deutschen Delegation einräumte. In Paraguay steht mit den Wahlen im kommenden Jahr möglicherweise eine Ablösung der seit 60 Jahren ununterbrochen regierenden Partei bevor, wobei sich schon jetzt bei der Benennung von Präsidentschaftskandidaten in beiden Lagern, Regierung und Opposition, juristische Bedenken gegen den möglichen Kandidaten der jeweils anderen Seite abzeichnen.

In zwei Staaten, Bolivien und Paraguay, war es vor dem Besuch der deutschen Delegation zur Gründung jeweiliger Partnergruppen im Parlament gekommen, was die guten interparlamentarischen Beziehungen nachhaltig unterstützen dürfte und auch die Bedeutung unterstreicht, die dem Besuch von der Seite des Gastlandes zugemessen wurde.

Deutsch-Südasiatische Parlamentariergruppe

(Afghanistan, Bangladesch, Nepal, Pakistan, Sri Lanka)

Einen umfassenden Einblick in die nach der Entmachtung des absolutistisch herrschenden Königs Gyanendra sehr komplizierte politische Lage in Nepal erhielten Mitglieder der Deutsch-Südasiatischen Parlamentariergruppe bei ihrer Delegationsreise im Februar 2007. Dementsprechend konnten sich die Delegationsmitglieder bei politischen Gesprächen nicht nur einen Eindruck vom Vorschreiten des Friedensprozesses, sondern auch von den Fortschritten auf dem Weg zu einer verfassungsgebenden Versammlung verschaffen. Bei dem Besuch zeigte sich weiterhin, dass sich die Infrastruktur des Landes in einem desolaten Zustand befindet. Das betrifft nicht nur den Bereich des Gesundheitssystems, sondern auch die mangelnde Energieversorgung der Bevölkerung. Im wirtschaftlichen Bereich ist Nepal wie im Bereich der Infrastruktur auf nachhaltige Hilfe und Investitionen aus dem Ausland und auf Entwicklungshilfeprojekte angewiesen, damit sich in den nächsten Jahren Wachstumschancen entwickeln können. Die nepalesische Seite signalisierte, dass die deutsche Unterstützung für den Demokratisierungs- und Entwicklungsprozess Nepals stabi-

lisierend wirken könne und dass sie auf den Ausbau der gewährten Hilfe hoffe.

Deutsch-Südkaucasische Parlamentariergruppe

(Armenien, Aserbaidschan, Georgien)

Die Themen dieser Parlamentariergruppe reichen vom Stand des Transformationsprozesses in den drei Ländern über den Energiereichtum der Region, die dortige dauerhafte Präsenz der USA bis zum Verhältnis zu den Nachbarstaaten Russland, Türkei, Iran sowie zur Europäischen Union. Während einer Delegationsreise nach Armenien und Aserbaidschan im Oktober 2007 wurde der gute Stand der langjährigen Beziehungen in einem intensiven Informations- und Meinungsaustausch deutlich. Schwerpunkte der Gespräche mit Parlamentariern und Regierungsvertretern waren mögliche Visaerleichterungen, das Freihandelsabkommen, die Reformen im Justizwesen sowie die Angleichung an internationale Standards. Ebenso thematisiert wurde der Konflikt um Berg-Karabach und die Bemühungen Deutschlands, im Rahmen der OSZE-Minsk-Gruppe zu einer friedlichen Lösung des Konflikts beizutragen. Die Gespräche zeigten, dass Deutschland als bedeutende europäische Nation wahrgenommen wird und die gegenseitigen Beziehungen im politischen und wirtschaftlichen Bereich zunehmend an Dynamik gewinnen. Die Mitglieder der Delegation machten deutlich, dass die Intensivierung der Kontakte zu den Freundschaftsgruppen des Südkaukasus einen wichtigen Beitrag zur Förderung des Demokratisierungsprozesses leistet.

Deutsch-Südosteuropäische Parlamentariergruppe

(Albanien, Mazedonien, Montenegro, Serbien)

Der Schwerpunkt der Arbeit dieser Parlamentariergruppe liegt in der Unterstützung des Demokratisierungsprozesses in der Region sowie ihrer europäischen Einbindung. Während einer Delegationsreise nach Serbien, Montenegro und in den Kosovo im November 2006 konnte sich die Deutsch-Südosteuropäische Parlamentariergruppe ein differenziertes Bild von der dortigen politischen Lage machen. Bei anhaltend komplizierter innen- und außenpolitischer Situation in Serbien erhielten die Bundestagsabgeordneten einen Eindruck von den Fortschritten im Demokratisierungsprozess sowie bei der Aufarbeitung der Auflösung Jugoslawiens, aber auch von Serbiens Einstellung zur Auslieferung Verdächtiger an das Haager Kriegsverbrechertribunal und der kompromisslosen Haltung zum künftigen Status des Kosovos. Nach Darstellung von Parlaments- und Regierungsvertretern in Montenegro arbeitete man nach der Erlangung der Unabhängigkeit von Serbien intensiv am Aufbau eigener staatlicher Strukturen sowie an der Annäherung an EU und NATO. Ähnlich wie bei den Gesprächen in Serbien befürworteten auch die politischen Vertreter in Montenegro eine schnelle Lösung hinsichtlich des Status des Kosovos. Dort konzentrierte sich der Delegationsbesuch auf die Entwicklung der Region. Trotz beachtlicher Fortschritte bei der Erfüllung der von der Kontaktgruppe vorgegebenen Standards in den Bereichen Finanzen, Militär und

Aufbau von staatlichen Strukturen werde der Kosovo aber noch lange von der internationalen Gemeinschaft abhängig bleiben, lautete ein Fazit der Reise. Der ungeklärte Status der Region zeigte sich zunehmend als Problem für dringend benötigte Investitionen und der Entwicklung der Infrastruktur.

Auch während einer Delegationsreise nach Albanien und Mazedonien im Mai 2007 wurde der Hoffnung auf eine positive Lösung der Kosovo-Frage deutlich Ausdruck gegeben. In beiden Staaten waren Fortschritte im Prozess der EU-Integration und des NATO-Beitritts zu verzeichnen. Bekräftigt wurde der Wunsch nach Aufrechterhaltung und Förderung stabiler multi-ethnischer Beziehungen. Vertreter beider Staaten formulierten ihr starkes Interesse an der Ansiedlung ausländischer, insbesondere deutscher Unternehmen. Von mehreren Gesprächspartnern wurde eindringlich der Wunsch nach einer Liberalisierung der Visa-Politik der Europäischen Union vorgebracht.

Ein Delegationsbesuch mazedonischer Abgeordneter im November 2007 stand ganz im Zeichen der Themen Wahlrecht der Bundesrepublik Deutschland, Geschäftsordnung des Bundestages und Aufgaben und Arbeitsmöglichkeiten von Bundestagsabgeordneten. Die mazedonischen Gäste waren daran interessiert, von den deutschen Erfahrungen für ihre eigene Tätigkeit als Parlamentarier zu lernen. Die zum Teil krisenhafte Lage auf dem Balkan und die Zukunft des Kosovo waren weitere Gesprächsthemen. Die Delegationsmitglieder brachten fraktionsübergreifend und unabhängig von großen Differenzen in innenpolitischen Fragen den starken Wunsch nach einer baldigen Mitgliedschaft Mazedoniens in der Europäischen Union und einer Aufnahme in die NATO zum Ausdruck.

Parlamentarischer Freundeskreis Berlin-Taipei

Der Delegationsbesuch taiwanischer Abgeordneter im Oktober 2007 ermöglichte eine Vielzahl parlamentarischer Kontakte. Gespräche über die deutsche Wiedervereinigung und die in diesem Zusammenhang noch zu bewältigenden Aufgaben standen im Mittelpunkt des Interesses und wurden von den taiwanischen Gästen immer wieder mit der Situation zwischen Taiwan und China kontrastiert. Bei einem Aufenthalt in Sachsen konnten sich die Gäste über die Entwicklungen eines östlichen Bundeslandes insbesondere im Bereich der Infrastrukturpolitik informieren.

Deutsch-Türkische Parlamentariergruppe

Deutschland und die Türkei haben aufgrund der hohen Anzahl türkeistämmiger Menschen in der Bundesrepublik eine besondere Beziehung, was auch in der Arbeit der Parlamentariergruppe deutlich zum Ausdruck kommt. So sind neben dem Beitrittswunsch der Türkei zur Europäischen Union und dem damit verbundenen Reformprozess auch Integration und Zuwanderung immer wieder Themen, die von den Bundestagsabgeordneten kritisch begleitet und diskutiert werden. Sicherheits- und außenpoli-

tische Fragestellungen, der Umgang mit der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) sowie der Irakkrieg stehen nicht zuletzt wegen der geostrategisch wichtigen Lage der Türkei häufig auf der Tagesordnung der Parlamentariergruppe. Im Rahmen einer Delegationsreise nach Istanbul und Ankara im April 2007 konnten die oben genannten Themen vertieft werden. Bezeichnend war, dass es die große Bandbreite der Gesprächspartner erlaubte, umstrittene Themen wie etwa die Zehn-Prozent-Klausel bei Parlamentswahlen oder den Strafrechtstatbestand „Verunglimpfung des Türkentums“ differenziert zu behandeln. Die Bundestagsabgeordneten zeigten ebenfalls Interesse am Engagement der türkischen Menschenrechtsvereine sowie an der durch die Gesprächspartner unterschiedlich bewerteten Gefahr von nationalistischen Strömungen. In diesem Zusammenhang wurde auch die Redaktion der armenisch-türkischen Zeitung AGOS besucht, deren Herausgeber Hrant Dink im Januar 2007 ermordet worden war.

Deutsch-Ungarische Parlamentariergruppe

Während der Vorbereitungen der ungarischen Gesundheitsreform hat ein intensiver Erfahrungsaustausch zwischen deutschen und ungarischen Parlamentariern stattgefunden. In Fortführung dieses Dialogs hat eine Delegation der Deutsch-Ungarischen Parlamentariergruppe im Rahmen einer Reise nach Ungarn im November 2007 Gespräche über die weiteren Reformpläne im Gesundheitswesen geführt und sich über die innenpolitische Lage Ungarns informiert. Von besonderem Interesse waren dabei die Entwicklungen seit dem Beitritt in die Europäische Union generell sowie die Fortschritte im Hinblick auf die Erfüllung der Konvergenzkriterien. Weitere Themen waren die Erweiterung der Europäischen Union sowie das gemeinsame Verhältnis zu Russland. Die Delegation hatte während ihres Aufenthaltes darüber hinaus auch Gelegenheit, sich über die Situation der deutschen Minderheit in Ungarn durch Gespräche mit der Landesselbstverwaltung zu informieren. Schließlich nahm die Delegation an der 17. Jahrestagung des Deutsch-Ungarischen Forums teil, auf der ein Austausch zwischen Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft über die Herausforderungen für ein soziales Europa, die östlichen Nachbarn unter dem Fokus der Energiepolitik sowie die Transformation der europäischen Gesellschaft stattfand.

Parlamentariergruppe USA

Im April 2007 fand das 24. Congress-Bundestag Seminar in Hamburg und Berlin statt. Das Congress-Bundestag Seminar, eine Aktivität der Parlamentariergruppe USA und der Congressional Study Group on Germany, wird jährlich wechselweise in den USA oder Deutschland organisiert. Es garantiert nun bereits seit 24 Jahren einen kontinuierlichen Prozess des Meinungsaustausches zwischen Parlamentariern aus den USA und Deutschland. Das 24. Seminar stand im Zeichen des Klimawandels und von Fragen der internationalen Politik. Die Beziehungen beider Staaten zu China wurden auf einem Forum mit

deutschen und chinesischen Experten diskutiert. Anlässlich eines Besuchs der Führungsakademie der Bundeswehr wurden die Kooperation der NATO-Staaten und die Zukunft der europäischen Verteidigungspolitik ausführlich erörtert.

Parlamentariergruppe West- und Zentralafrika

(Äquatorialguinea, Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gabun, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Kamerun, Kap Verde, Kongo/Brazzaville, Liberia, Mali, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone, Togo, Tschad, Zentralafrikanische Republik)

Die Mitgliedstaaten dieser Parlamentariergruppe zeichnet ein sehr unterschiedlicher politischer, wirtschaftlicher und kultureller Entwicklungsstand aus. So wird für Kap Verde, das eine Delegation neben Senegal und Benin im April 2007 besuchte, im Jahr 2008 wegen seiner funktionierenden Demokratie und seines wirtschaftlichen Fortschritts die finanzielle und technische Zusammenarbeit eingestellt. Das Land wirbt für eine Übergangsregelung, um weiterhin notwendige Projekte durchführen zu können, zum Beispiel im Bildungs- und Ausbildungssektor. Kap Verde strebt wegen seiner geostrategischen Lage, die von Flüchtlingen aus Afrika und Rauschgiftschmugglern aus Südamerika auf ihrem Weg nach Europa genutzt wird, eine privilegierte Partnerschaft mit Europa an. Im Senegal standen Fragen demokratischer Wahlen, die Auswirkungen der Korruption und die Ergebnisse des Einsatzes von Entwicklungshilfe im Vordergrund. Die Delegation äußerte sich sehr zurückhaltend zu dem Vorhaben der Opposition, bei der für Juni 2007 geplanten Parlamentswahl nicht anzutreten, weil sie die Präsidentenwahl vom Februar 2007 zumindest für manipuliert ansieht. Sie konnte sich vor Ort über gelungene Entwicklungshilfeprojekte, aber auch über die Schwierigkeiten bei deren Umsetzung informieren. Die Zukunft von Benin wurde nach der Wahl des neuen Präsidenten, der den Kampf gegen die weit verbreitete Korruption bereits aufgenommen hat, als zurückhaltend optimistisch eingestuft. Von der Parlamentariergruppe im Berichtszeitraum stets aufgegriffenes Thema war die Energieknappheit in allen Mitgliedstaaten, zu deren Verringerung die Nutzung erneuerbarer Energien beitragen soll. Dabei ist insbesondere deutsches Know-how und Engagement gefragt.

Deutsch-Zentralasiatische Parlamentariergruppe

(Kasachstan, Kirgistan, Mongolei, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan)

Die wachsende Bedeutung der Mongolei für Deutschland und die wichtige geografische Lage zwischen den Partnern China und Russland kam bei dem Besuch einer Delegation der mongolisch-deutschen Freundschaftsgruppe im September 2006 zum Ausdruck. Schwerpunkte der Gespräche waren sowohl die Fortschritte, die etwa durch die Einführung des Rechts auf Schulbildung erzielt wurden, aber auch die immer noch bestehenden Problemfelder wie (Kinder-)Armut, Menschenhandel und Verstöße gegen die Menschenrechte. Gesprächsthemen waren zu-

dem die seinerzeit aktuelle Parlamentskonstellation im Großen Staatschural der Mongolei, die Ergebnisse der Landtagswahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern und der Einsatz der Bundeswehr im Libanon. Die Delegation interessierte sich darüber hinaus für die Funktionsweise des Deutschen Bundestages und das deutsche Rechtssystem, welches teilweise als Vorbild für die Mongolei gelten könne. Beide Seiten sprachen sich für eine verstärkte parlamentarische und wirtschaftliche Zusammenarbeit aus.

Neben dem Ziel, sich mit den politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnissen in beiden Staaten Zentralasiens vertraut zu machen, war die Sondierung wesentlicher Elemente und Inhalte für die auszuarbeitende Zentralasienstrategie (ZAS) der EU zentrales Thema der Delegationsreise nach Tadschikistan und Kirgistan im März 2007. In beiden Staaten zeigte sich ein ausgeprägtes Interesse für die Funktionsweise des Deutschen Bundestages. Um einen größtmöglichen Erfahrungsaustausch erreichen zu können, wurde in beiden Gastländern eine Gesprächsrunde mit Parlamentsvertretern durchgeführt. Immer wurden die guten bilateralen Beziehungen mit dem Ziel der Intensivierung der Kontakte angesprochen. Zudem förderte nach Ansicht der Gesprächspartner der Besuch der Delegation während der Zeit der deutschen EU-Präsidentschaft genau die Art des politischen Dialogs, die im Rahmen der EU-ZAS intensiviert werden soll.

Deutsch-Zyprische Parlamentariergruppe

Zentrale Themen des Besuchs einer zyprischen Delegation im Juni 2007 in Deutschland waren die Problematik des geteilten Landes und das daraus resultierende angespannte Verhältnis zur Türkei. Dementsprechend nutzte man für die Idee einer möglichen staatlichen Neuordnung im Falle einer Wiedervereinigung der Republik Zypern die Gelegenheit, um über Föderalismus und die bei einer Wiedervereinigung notwendig werdenden Maßnahmen zu sprechen. Dabei wurde deutlich, dass in Zypern eine föderative Struktur angestrebt wird, für die der Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland als Vorbild gelten soll. Weitere Gespräche konzentrierten sich auf die Verfahren des Deutschen Bundestages bei der Wahlprüfung und der Aufhebung der Immunität von Abgeordneten sowie Fragen aus dem Bereich Tourismus, der für Zypern von zentraler Bedeutung ist.

6 Einzeldienstreisen der Abgeordneten

Wie die Delegationsreisen der Ausschüsse sind auch die Einzeldienstreisen der Abgeordneten vorrangig auf die Informationsgewinnung sowie den Erfahrungs- und Meinungsaustausch gerichtet. Diese Reisen dienen außerdem der Stärkung der Wahrnehmung der Kontrollfunktion gegenüber der Regierung durch die Abgeordneten. Denn eine unmittelbare und möglichst wenig gefilterte Informationsgewinnung zur politischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Lage in den jeweiligen Staaten und Regionen ist häufig nur auf diese Weise erreichbar.

Die im Berichtszeitraum von den Mitgliedern des Deutschen Bundestages durchgeführten Einzeldienstreisen sind angesichts der Themen, mit denen sich die Abgeordneten im Rahmen ihrer Mandatsausübung befassen, vielfältig und weit gefasst. Zunehmend bilden die Einladungen zu Kolloquien und Konferenzen zu einer Vielzahl von Themen den Anlass für Einzeldienstreisen von Abgeordneten. Zudem haben Abgeordnete immer wieder Gelegenheit, Reisen des Bundespräsidenten, der Bundeskanzlerin oder anderer Mitglieder der Regierung zu begleiten.

Aufgrund der Vielzahl und der großen Themenbreite werden die Einzeldienstreisen des Berichtszeitraums im Folgenden nur exemplarisch und nach regionalen Aspekten grob gegliedert dargestellt.

Europa

Wie bereits in den vorherigen Berichtszeiträumen lagen der Schwerpunkt und der überwiegende Teil der Einzeldienstreisen in der ersten Hälfte der 16. Legislaturperiode bei Reisen in die europäischen Partnerstaaten. So gaben die Erweiterung der Europäischen Union und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft Anlass zu Einzeldienstreisen. Daneben wurden vielfach Fragen der bilateralen und europäischen Zusammenarbeit sowie der aktuellen internationalen Politik im Rahmen der Einzeldienstreisen erörtert.

Brüssel blieb eines der Hauptziele der Reisen der Abgeordneten, wobei diese vor allem das Ziel verfolgten, mit den Vertretern der EU-Institutionen die gemeinsame Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten weiter voranzubringen. In Gesprächen mit Vertretern der EU-Kommission und des Europäischen Parlaments wurden unter anderem die Schwerpunkte der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, künftige Erweiterungen der EU, die Vielsprachigkeit in der EU, die zukünftige Meerespolitik sowie die Situation auf dem westlichen Balkan erörtert. Vielfach nahmen Abgeordnete des Bundestages an gemeinsamen Sitzungen von Mitgliedern der nationalen Ausschüsse mit dem korrespondierenden europäischen Ausschuss teil. Der Deutsche Bundestag war ebenfalls vertreten in der interparlamentarischen Diskussionsrunde „Parlamente auf dem Weg nach Lissabon“ im Januar 2006. Anlass für Einzeldienstreisen nach Brüssel waren darüber hinaus Sitzungen des Weltdirektoriums und des Europäischen Präsidiums der Global Parliamentarians on Habitat und die Teilnahmen an der VIII. Europäischen Interparlamentarischen Weltraumkonferenz im Juni 2006, an einer Konferenz, die kulturelle, wirtschaftliche und politische Aspekte der Zusammenarbeit der Anrainerstaaten entlang der Donau behandelte, sowie an einer umweltpolitischen Konferenz des Parlamentariernetzwerkes GLOBE Europe zum Thema „Strategien für ein Post-Kyoto-Abkommen gegen den Klimawandel“.

Umfangreich und vielfältig waren auch die Themen, zu denen Einzeldienstreisen nach Frankreich erfolgten. So ging es um Konsultationen und einen Erfahrungsaustausch im Zusammenhang mit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im Rahmen eines Besuchs in Paris im Frühjahr 2007. Abgeordnete nahmen an der zweiten

Parlamentarischen Konferenz für Straßensicherheit der Französischen Nationalversammlung sowie an einer deutsch-französischen Energiekonferenz teil. Arbeitsgespräche zum Thema Sekten und Psychogruppen waren Gegenstand einer Einzeldienstreise in die französische Hauptstadt. Die deutsch-französischen Kulturbeziehungen, die Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben, die Abfallentsorgung sowie die internationale Migration standen im Mittelpunkt anderer Einzeldienstreisen.

Zu politischen Gesprächen mit Vertretern des Parlaments und der Regierung reiste im Berichtszeitraum erstmals seit langer Zeit ein Ausschussvorsitzender nach London. Hauptgesprächsthemen waren das weitere Schicksal des EU-Verfassungsvertrages, die Beziehungen zu Russland, den Balkanstaaten, Afghanistan, Irak und Iran sowie das amerikanische Vorhaben eines Raketenabwehrsystems. Bilaterale Gespräche mit Vertretern des Parlaments, der Regierung, der Verwaltung und der Wissenschaft lieferten aktuelle Einblicke in die britische Außen- und Sicherheitspolitik im Rahmen einer weiteren Einzeldienstreise. Die Fragestellung, wie die europäischen Staaten ihren Verpflichtungen gegenüber der Dritten Welt gerecht werden können, stand im Mittelpunkt der Konferenz der Vorsitzenden der Entwicklungsausschüsse der Parlamente der EU-Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlamentes und der Beitrittsstaaten in London im November 2005, bei der auch der Deutsche Bundestag vertreten war.

Die Teilnahme an einer Konferenz in Warschau, auf der es um europapolitische Fragestellungen ging, bildete den Hintergrund für eine Einzeldienstreise nach Polen im Oktober 2006. Ebenfalls nach Warschau führte eine Reise im Juni 2007, zwei Tage nach dem Europäischen Rat von Brüssel. In Gesprächen mit der polnischen Außenministerin, Vertretern des Parlaments und mit Journalisten wurden die Ergebnisse des Europäischen Rates erörtert und bewertet. Auf Einladung der Stadt führte eine Einzeldienstreise im Mai 2006 zu Gesprächen nach Danzig.

Bei Reisen nach Rumänien und Bulgarien standen zu Beginn des Berichtszeitraums der bevorstehende Beitritt zur Europäischen Union sowie die von der Europäischen Kommission festgestellten Defizite in den Bereichen Justiz, Inneres und Umwelt im Zentrum der Gespräche. Während sich Rumänien vor dem EU-Beitritt bemühte, durch zügige Reformen das Niveau der EU zu erreichen, ist bei einem späteren Besuch der Eindruck entstanden, dass das Land das bisherige Reformtempo nach dem 1. Januar 2007 deutlich zurückgeführt hat.

Die politische und gesellschaftliche Entwicklung in Russland gehört zu den interessantesten Beratungsthemen der zuständigen Gremien des Bundestages. So reisten auch im zurückliegenden Berichtszeitraum Abgeordnete nach Russland, um sich über die politische Entwicklung vor den Duma-Wahlen 2007, die Lage der Zivilgesellschaft nach dem Inkrafttreten des NGO-Gesetzes, die Lage in Tschetschenien sowie die Beziehungen Russlands zu europäischen Institutionen zu informieren. Aber auch die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen sowie der in Russland noch unterentwickelte Umweltbereich waren

Gegenstand von politischen Gesprächen und Anlass für die Teilnahme an Konferenzen.

Politische Gespräche mit belarussischen Oppositionellen sowie die Teilnahme an dem von der Stiftung Wissenschaft und Politik veranstalteten „Minsk-Forum“ führte Abgeordnete im November 2007 nach Minsk.

Im Oktober 2006 begleiteten Mitglieder des Bundestages die Bundeskanzlerin auf ihrer Reise in die Türkei. Der Reformprozess in der Türkei sowie das Verhältnis zwischen der Europäischen Union und der Türkei standen im Mittelpunkt der mit hochrangigen Vertretern der Regierung und des Parlamentes geführten Gespräche. Auch im Jahr 2007 reisten Abgeordnete in die Türkei, um sich während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft einen Eindruck von den Fortschritten der Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union zu verschaffen.

Themen der Europapolitik wurden auf der Konferenz der Vorsitzenden der Landwirtschaftsausschüsse der Europäischen Union in Helsinki behandelt. Darüber hinaus führten Fragen der Familienpolitik, der sozialen Sicherung und der Lebensqualität in ländlichen Gebieten Abgeordnete nach Finnland.

Das Nachbarland Österreich wurde überwiegend von Ausschussvorsitzenden besucht, die sich in Wien bei internationalen Konferenzen mit ihren europäischen Amtskollegen trafen. Die Vorsitzende des Petitionsausschusses nahm an der Tagung der europäischen Ombudsleute sowie an der Generalversammlung des Internationalen Ombudsmann-Instituts teil. Weitere Einzeldienstreisen nach Österreich fanden zu europa-, verkehrs- und wirtschaftspolitischen Themen statt.

Gespräche über die damals bevorstehenden Parlamentswahlen, die positive und friedliche Atmosphäre im Vorfeld der Wahlen und die möglichen Entwicklungen danach standen im Mittelpunkt einer Reise nach Bosnien-Herzegowina im September 2006.

Reisen nach Pristina und Belgrad im Oktober 2006 sowie im Dezember 2007 dienten der Informationsgewinnung durch politische Gespräche über die aktuelle Situation im Kosovo.

Die Teilnahme an internationalen Konferenzen führte Abgeordnete nach Norwegen. Auf einer 2006 in Oslo abgehaltenen Parlamentarierkonferenz des Netzwerkes von 16 europäischen Institutionen für Technikfolgenabschätzung, auf der unter anderem Fragen des Klimaschutzes in Europa, der erneuerbaren Energien und der Atomenergie erörtert wurden, war der Bundestag ebenso vertreten wie auch auf der jährlichen Europakonferenz des norwegischen Außenministeriums, an der ein Bundestagsabgeordneter als Vertreter des Landes teilnahm, das die EU-Ratspräsidentschaft inne hatte.

Die Teilnahme an den Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge im März 2007 war Anlass für eine Einzeldienstreife nach Florenz. Sitzungen des Ausschusses für Welternährungssicherheit und des Ausschusses für Landwirtschaft der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen

in Rom, die Vertiefung der bilateralen Kontakte mit den Auswärtigen Ausschüssen der Parlamente der EU-Partnerstaaten sowie Gespräche zur Förderung deutscher Kultureinrichtungen, Fragen der Bauinstandhaltung von Gebäuden deutscher Einrichtungen und die finanziellen Leistungen an die NATO sowie die 20. Weltenergiekonferenz „Energy Future in an Interdependent World“ standen im Mittelpunkt von weiteren Einzeldienstreisen nach Italien.

Nordamerika

Im Verlauf der ersten Hälfte der 16. Wahlperiode fanden Einzeldienstreisen von Abgeordneten in die Vereinigten Staaten von Amerika aus den unterschiedlichsten Anlässen statt. Übereinstimmend verzeichneten Abgeordnete eine positive Entwicklung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses bei ihren Aufenthalten in Washington. Zahlreiche Gesprächstermine und Treffen mit Vertretern der Regierung, des Kongresses und angesehenen Analytikern des transatlantischen Verhältnisses dienten dem Ausbau der Netzwerke und der Vertiefung des Dialogs mit den amerikanischen Partnern. Es wurde mit den Bundestagsabgeordneten unter anderem das iranische Nuklearprogramm, die Lage in Afghanistan und im Irak sowie der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern diskutiert. Innenpolitische Experten des Bundestages führten Gespräche über die Terrorismusbekämpfung und informierten sich bei einem Besuch des weltweit größten Grenzüberganges in San Ysidro und bei einer Besichtigung der Grenzanlagen zwischen den USA und Mexiko bei San Diego über die Probleme der illegalen Immigration in die USA.

Einzeldienstreisen in die USA fanden auch aus Anlass der Teilnahme von Bundestagsabgeordneten an internationalen Konferenzen statt. So gab es eine deutsche Beteiligung an der 5-Jahres-Überprüfungskonferenz zur Umsetzung der Beschlüsse der HIV/AIDS-Konferenz der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2001. Der Bundestag war ebenfalls auf der Nachhaltigkeitskonferenz der Vereinten Nationen in New York im Mai 2006 vertreten, auf der es um die Überprüfung der gesetzten Nachhaltigkeitsziele ging.

Mitglieder des Deutschen Bundestages reisten ebenfalls auf Einladung von wissenschaftlichen Foren, der Deutsch-Amerikanischen Handelskammer und anderer Organisationen in die USA und nach Kanada, um dort aus deutscher Perspektive über eine Vielzahl internationaler Themen zu referieren und zu diskutieren.

Mittel- und Südamerika

Vielfältige politische Themen wurden von den Abgeordneten auch auf Dienstreisen nach Südamerika behandelt. Während es in Gesprächen in Argentinien um Fragen des „Bürgerschaftlichen Engagements“ ging, standen bei Reisen nach Brasilien Themen des Umweltschutzes im Vordergrund. So bildete die Teilnahme an der achten Vertragsstaatenkonferenz Biologische Vielfalt in Curitiba im März 2006 den Hintergrund für eine Einzeldienstreife.

Für die Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern stellt die Konvention über den Erhalt Biologischer Vielfalt ein wesentliches Element nachhaltiger Politik dar. Im Rahmen der bilateralen und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit unterstützt die Bundesrepublik Deutschland weltweit Projekte zum Schutz der natürlichen Ressourcen, insbesondere der biologischen Vielfalt.

Auf Kuba wurden im Rahmen einer Einzeldienstreise Gespräche mit Vertretern der Regierung über die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union sowie der Bundesrepublik Deutschland und Lateinamerika geführt. Gespräche mit Abgeordneten der Nationalversammlung, der Besuch eines Workshops von Nichtregierungsorganisationen zur Nachhaltigkeit von Entwicklungshilfeprojekten und Informationsgespräche über das kubanische Sportsystem bildeten Anlässe für weitere Besuche Kubas.

Gegenstand einer Reise nach Uruguay waren Themen der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Zudem war der Bundestag bei den Feierlichkeiten des 150. Jubiläums der Deutschen Schule Montevideo vertreten, die die älteste deutsche Begegnungsschule auf dem südamerikanischen Kontinent ist und ein Pilotprojekt zum bi-kulturellen Schulabschluss ins Leben gerufen hat.

Die Amtseinführung des neu gewählten Präsidenten Ecuadors im Januar 2007 bildete den Anlass für eine weitere Einzeldienstreise. Am Rande der Amtseinführungszereemonie wurden unter anderem Gespräche mit der ebenfalls anwesenden Präsidentin Chiles, dem nicaraguanischen Präsidenten, dem bolivianischen Außenminister sowie dem ecuadorianischen Energieminister über die innenpolitische Lage in den jeweiligen Ländern, über das Verhältnis zwischen Andenpakt und Mercosur sowie über energiepolitische Fragen geführt.

Afrika

In der ersten Hälfte der 16. Wahlperiode fanden auch zahlreiche Einzeldienstreisen in Staaten des afrikanischen Kontinents statt.

So reisten Abgeordnete in den Sudan, um sich durch politische Gespräche einen Eindruck von der dortigen innenpolitischen Lage zu verschaffen. Die aktuelle humanitäre Lage in der Darfur-Region war ebenso Gegenstand der vor Ort geführten Gespräche wie Fragen nach den Mitteln für eine gesellschaftliche Stabilisierung. In Äthiopien wurden im Rahmen einer Einzeldienstreise mit Vertretern der Afrikanischen Union Gespräche über die aktuellen Entwicklungen des Kontinents und über die Mandate der Afrikanischen Union diskutiert.

In der Demokratischen Republik Kongo besuchten Abgeordnete die zur Sicherstellung des Friedens stationierten Einsatzkontingente der Bundeswehr. Darüber hinaus war der Deutsche Bundestag auch auf der Internationalen Konferenz der Großen-Seen-Region in Kinshasa vertreten.

Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung standen im Mittelpunkt einer Reise nach Marokko. Im Rahmen von politischen Gesprächen und Projektbesuchen vor Ort machte man sich ein Bild davon, wie mit deutscher Entwicklungszusammenarbeit verstärkt zur Armutsbekämpfung beigetragen werden kann. Andere Parlamentarier führten Informationsgespräche mit der marokkanischen Menschenrechtskommission sowie mit staatlichen Institutionen und Nichtregierungsorganisationen über Menschenrechtsfragen.

Tourismusexperten des Bundestages nahmen in Tunesien am Fünften Internationalen Tourismus Forum für Parlamentarier teil.

Anlässe für Einzeldienstreisen nach Südafrika waren beispielsweise der zweite Weltkongress deutscher Auslandsschulen, eine Konferenz zum Thema Korruptionsbekämpfung, das Jahrestreffen des Parlamentarischen Netzwerkes der Weltbank sowie die deutsch-südafrikanische Berufsbildungskonferenz „Qualification Africa 2007“.

Mitglieder der im Bundestag vertretenen Fraktionen erhielten die Gelegenheit, den Bundespräsidenten auf seiner Reise nach Ghana zu begleiten und an der zweiten Konferenz der vom Bundespräsidenten ins Leben gerufenen „Partnerschaft mit Afrika“ teilzunehmen.

Insgesamt dienten die vielen nach Afrika durchgeführten Reisen dem Zweck, das Interesse des deutschen Parlamentes an Afrika zu dokumentieren und einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der afrikanischen Bevölkerung zu leisten.

Asien und Naher Osten

Eine außergewöhnliche Wertschätzung des deutschen Engagements erfuhren Abgeordnete auf ihren Informationsreisen durch Afghanistan. Die meisten Abgeordneten kamen auf ihren Reisen zu dem Ergebnis, dass sich die internationale Staatengemeinschaft nicht aus Afghanistan zurückziehen dürfe, zumal der Wiederaufbau angesichts des Ausmaßes der Zerstörungen, der Traumatisierung der Bevölkerung und der fehlenden staatlichen Strukturen nur langsam vorankommt. Im Rahmen von Einzeldienstreisen wurde das deutsche Einsatzkontingent ISAF (International Security Assistance Force) in Kabul, Kunduz, Feyzabad und Masar-el-Sharif besucht.

Einzeldienstreisen wurden auch in die Krisengebiete des Nahen Ostens durchgeführt. Abgeordnete informierten sich über die Lage in der Kurdenregion im Irak. Sie stellten fest, dass sie trotz ökonomischer Probleme und Defizite in den Bereichen Justiz, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte nicht nur im Vergleich zum restlichen Irak, sondern auch mit anderen Spannungsgebieten als relativ stabil einzuschätzen ist.

Im Iran diskutierten Mitglieder des Bundestages mit hochrangigen Vertretern der Regierung, des Parlamentes und der Geistlichkeit über den andauernden Konflikt um das iranische Atomprogramm und über die deutsch-iranischen Beziehungen.

Bei Reisen nach Israel und in die palästinensischen Autonomiegebiete standen die Beziehungen zwischen Israel und den Palästinensern und die Lage in den palästinensischen Gebieten im Mittelpunkt der Gespräche. Zudem wurden die Themenkomplexe Innere Sicherheit, Terrorismusabwehr, Integrationspolitik und die Bekämpfung des Antisemitismus erörtert.

Die rasante wirtschaftliche Entwicklung Chinas wird von den Mitgliedern des Deutschen Bundestages mit großem Interesse beobachtet. Im Rahmen von Einzeldienstreisen im Mai 2006 erhielten die Abgeordneten Einblick in die politische, soziale und wirtschaftliche Situation Chinas. Andere Abgeordnete diskutierten mit Vertretern der chinesischen Regierung und des Parlamentes in Peking die aus dem Wirtschaftswachstum resultierenden Umweltprobleme Chinas. Bei Einzeldienstreisen nach Shanghai gehörten Gespräche über die Schwebebahn-technik und den Einsatz des Transrapid zum Programm. Während die meisten politischen Gespräche in den chinesischen Metropolen Peking und Shanghai stattfanden, besuchten einige Abgeordnete auch chinesische Provinzen, um sich über die Lebensverhältnisse außerhalb der Großstädte zu informieren.

Das Interesse der deutschen Parlamentarier konzentrierte sich jedoch nicht nur auf das schnell wachsende China, sondern auch auf Länder im asiatischen Raum wie Indien, Indonesien und Japan.

In Indien diskutierten Abgeordnete sowohl in Konferenzen als auch in politischen Gesprächen mit Regierungsvertretern und Vertretern von Nichtregierungsorganisationen vor allem über Probleme des Klimawandels, des Umweltschutzes sowie über erneuerbare Energien.

Auf ihren Reisen in die vom Tsunami betroffenen Gebiete Indonesiens informierten sich Experten für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung über die Wirksamkeit und Zielgenauigkeit der Not- und Aufbauhilfe in den betroffenen Regionen sowie über den Stand der Aufbauarbeiten im Zusammenhang mit einem Tsunami-Frühwarnsystem.

Die Teilnahme am 40. Jahrestreffen der Asiatischen Entwicklungsbank sowie Gespräche mit Vertretern des japanischen Parlaments und der japanischen Regierung, in denen es insbesondere um einen noch intensiveren Austausch zwischen der EU und Japan ging, waren Anlässe für Einzeldienstreisen nach Japan.

7 Internationale Austauschprogramme

Der Deutsche Bundestag arbeitet auch auf Ebene seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eng mit den Verwaltungen anderer Parlamente zusammen. Dabei dienen die jeweiligen Austauschprogramme und wechselseitige Besuche unterschiedlichen Zwecken.

Ein politischer Austausch wird zwischen dem US-Kongress, dem Deutschen Bundestag und dem Deutschen Bundesrat im Rahmen des International Visitor Leadership Program des US-Department of State durchgeführt. An dem jährlich in beide Richtungen stattfindenden zehnt-

tägigen Programm nehmen jeweils zehn Personen teil: auf amerikanischer Seite acht Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Kongressabgeordneten oder Senatoren sowie zwei Angehörige des Congressional Research Service, auf deutscher Seite zwei Angehörige der Bundestagsverwaltung, ein Angehöriger der Verwaltung des Bundesrates und sieben Mitarbeiter der Fraktionen. Im Berichtszeitraum besuchten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des US-Kongresses den Deutschen Bundestag in Berlin sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Deutschen Bundestages und des Deutschen Bundesrates den US-Kongress in Washington.

Auf Verwaltungsebene werden mit den Parlamenten von Großbritannien, Frankreich, Irland, Israel, Italien und Polen jährlich im Wechsel jeweils einwöchige Mitarbeiteraustauschprogramme durchgeführt. Die Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter, die an diesem Erfahrungsaustausch zwischen den Parlamentsverwaltungen teilnehmen, lernen in Gesprächen mit ihren Fachkollegen Aufbau und Arbeitsweise der Verwaltung des Partnerparlaments kennen, die dabei entstehenden persönlichen Kontakte festigen zudem nachhaltig die Arbeitsbeziehungen zwischen den Parlamentsverwaltungen.

Im Berichtszeitraum informierten sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Parlamente Frankreichs, Italiens und Polens über Struktur und Arbeitsweise der Verwaltung des Deutschen Bundestages. Im Gegenzug besuchten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Deutschen Bundestages die Parlamente Frankreichs, Großbritanniens, Irlands, Israels, Italiens und Polens.

Der Deutsche Bundestag führt zur Unterstützung ausländischer Parlamente Informationsprogramme durch. Zielgruppe sind Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter afrikanischer, asiatischer, lateinamerikanischer und europäischer Parlamente. Zu einem höchstens einwöchigen Informationsprogramm werden je zwei Mitarbeiter von drei bis vier Parlamenten eingeladen, insbesondere aus Ländern, die sich in einer Phase des demokratischen Neuaufbaus oder der Umstrukturierung befinden. Die Programme informieren über Struktur und Arbeitsweise der Bundestagsverwaltung sowie über Stellung und Aufgaben des Parlaments in einer modernen parlamentarischen Demokratie. Inhaltliche Wünsche der eingeladenen Parlamente werden berücksichtigt, um den Gästen praxisnahe Anregungen für die organisatorische Ausgestaltung ihrer parlamentarischen Arbeit geben zu können. Im Berichtszeitraum haben Parlamentsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter aus Litauen, Benin, Kamerun, Kongo, Indonesien, Laos, Vietnam, Ghana, Namibia, Malawi, Ukraine, Georgien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Dänemark, Italien, Serbien, Thailand und der Mongolei an Informationsprogrammen des Deutschen Bundestages in Berlin teilgenommen.

Die regionale Schwerpunktsetzung des Deutschen Bundestages bei diesen Programmen folgt insbesondere dem Engagement Deutschlands im internationalen Bereich. Regionale Schwerpunkte im Berichtszeitraum waren Afghanistan, der Irak, der Kosovo sowie Albanien, Bulg-

rien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Serbien und Rumänien.

Eine weitere Form der Unterstützung ausländischer Parlamente ist die Entsendung von Verwaltungsmitarbeitern des Deutschen Bundestages, die als Kurzzeitexperten Programme zur Parlamentsberatung durchführen. Im Berichtszeitraum wurden die Versammlung des Kosovo sowie die Parlamente von Afghanistan, Albanien und Rumänien durch Verwaltungsmitarbeiter des Deutschen Bundestages beraten.

Der Deutsche Bundestag führt darüber hinaus Austauschprogramme für junge Menschen durch. In den frühen 90er Jahren nach Ende des Kalten Krieges hat der Ältestenrat entschieden, ein Programm für demokratisch engagierte Nachwuchskräfte zur Stärkung des Demokratieaufbaus in Mittel-, Ost- und Südosteuropa aufzulegen. Das Projekt ergänzte bereits bestehende Programme mit den USA und Frankreich.

So gibt der Deutsche Bundestag im Rahmen des Internationalen Parlaments-Stipendiums (IPS) (vormals Internationales Parlaments-Praktikum) in Zusammenarbeit mit der Freien Universität Berlin, der Humboldt-Universität zu Berlin und der Technischen Universität Berlin 97 (ab 2008: 115) ausländischen Hochschulabsolventen aus 21 (ab 2008: 25) Ländern die Gelegenheit, das parlamentarische Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland sowie Entscheidungsinhalte und -prozesse deutscher Politik kennenzulernen. Das IPS richtet sich an hochqualifizierte, engagierte und politisch interessierte junge Frauen und Männer, die den Willen haben, die demokratische Zukunft ihres Landes aktiv und verantwortlich mitzugestalten. Ziel des Programms, das unter der Schirmherrschaft des Präsidenten des Deutschen Bundestages steht, ist es, die Beziehungen Deutschlands mit den teilnehmenden Ländern zu fördern und zu festigen.

Das IPS-Programm dauert vom 1. März bis zum 31. Juli eines jeden Jahres. Kernstück des IPS ist eine 15-wöchige Tätigkeit bei einem Mitglied des Deutschen Bundestages. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten werden dabei aktiv in die Arbeit eines Abgeordnetenbüros eingebunden. Sie begleiten ihre Abgeordneten zu Sitzungen der Ausschüsse, Fraktionen und anderer Gremien und gewinnen dadurch Einblicke in die internen Funktionsweisen, Zusammenhänge und Verfahrensabläufe des Parlaments. Ergänzend hierzu besuchen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Laufe des Stipendiums regelmäßig Informationsprogramme und Seminare, die der Deutsche Bundestag und die politischen Stiftungen veranstalten. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten sind außerdem während des Sommersemesters an der Humboldt-Universität eingeschrieben und können auch an Vorlesungen und Lehrveranstaltungen an der Freien Universität und der Technischen Universität teilnehmen.

Es nehmen jährlich Stipendiatinnen und Stipendiaten aus folgenden Ländern am IPS teil: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Estland, Georgien, Kasachstan, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakei, Slowenien, Tsche-

chien, Ukraine, Ungarn, USA. Ab dem Jahrgang 2008 wird das Programm um Armenien, Aserbaidschan, Belarus und Moldau erweitert. Im Rahmen des Deutsch-Französischen Parlaments-Stipendiums nehmen zudem französische Stipendiatinnen und Stipendiaten an allen Programmpunkten des IPS teil.

Regelmäßige IPS-Partnerprogramme für deutsche Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen bieten das französische und das polnische Parlament an.

Das Parlamentarische Patenschaftsprogramm (PPP), ein deutsch-amerikanisches Austauschprojekt, richtet sich an Schülerinnen und Schüler bzw. junge Berufstätige. Aus Anlass des 300. Jahrestages der ersten deutschen Einwanderer in Amerika wurde im Jahre 1983 das PPP gemeinsam vom Kongress der Vereinigten Staaten von Amerika und dem Deutschen Bundestag ins Leben gerufen. Dieses Austauschprogramm soll der jungen Generation in beiden Ländern die Bedeutung freundschaftlicher Zusammenarbeit, die auf gemeinsamen politischen und kulturellen Wertvorstellungen beruht, auf anschauliche Weise vermitteln. Jährlich wird 350 Schülerinnen, Schülern und jungen Berufstätigen ein einjähriger Aufenthalt nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit in den USA und in Deutschland ermöglicht, wo sie in Gastfamilien leben. Eine Besonderheit, die dieses Programm von anderen Austauschprogrammen unterscheidet, ist die für jeden Stipendiaten übernommene Patenschaft durch ein Mitglied des Deutschen Bundestages. Der Deutsche Bundestag erwartet, dass die Stipendiaten als junge „Botschafter“ ihres Landes einen dauerhaften Beitrag zur besseren Verständigung zwischen Deutschen und Amerikanern leisten.

8 Grundlage der Berichtspflicht

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 118. Sitzung am 6. November 1992 eine Empfehlung des Ältestenrates (Bundestagsdrucksache 12/2665) angenommen und folgenden Beschluss gefasst:

„Der Präsident des Deutschen Bundestages erstellt in der Mitte und zum Ende einer Wahlperiode einen Bericht über Auslandsdienstreisen der Mitglieder des Deutschen Bundestages. Dieser Bericht enthält Angaben über die Anzahl und die Zielländer der Reisen von Ausschussdelegationen, offiziellen Delegationen, Parlamentariergruppendelegationen sowie Einzeldienstreisen und die damit verbundenen Kosten je Haushaltsjahr.“

Auf dieser Grundlage sind bisher sieben Berichte über Auslandsdienstreisen von Mitgliedern des Deutschen Bundestages vorgelegt worden (Bundestagsdrucksachen 12/4945, 12/8584, 13/6959, 13/11449, 14/4851, 14/9997 und 15/5056). Der vorliegende Bericht umfasst den Zeitraum vom 18. Oktober 2005 bis zum 31. Dezember 2007. Er legt Rechenschaft über die im Berichtszeitraum durchgeführten Auslandsreisen und internationalen Aktivitäten ab. Die Reisen sind nach regionalen oder politischen Schwerpunkten geordnet und werden exemplarisch dargestellt. Die vollständigen Zahlen der Reisen und sämtliche Ziele ergeben sich aus den Anlagen 1 bis 4 der statis-

tischen Übersicht, die diesem Bericht am Ende beigelegt sind.

9 Rechtsgrundlagen und Genehmigungsverfahren für die Durchführung von Auslandsdienstreisen

Die rechtlichen Grundlagen für die Durchführung von Auslandsdienstreisen sind:

das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages (Abgeordnetengesetz – AbgG) vom 18. Februar 1976 (BGBl. I S. 297) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Februar 1996 (BGBl. I S. 326), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. August 2005 (BGBl. I S. 2482) und

die Ausführungsrichtlinien für Reisen von Mitgliedern des Deutschen Bundestages nach § 17 AbgG in der Fassung vom 18. Dezember 2005 nebst der in der Anlage befindlichen Regelungen zum Antrags- und Genehmigungsverfahren.

Gemäß § 17 Abs. 1 AbgG bedürfen Auslandsdienstreisen der vorherigen Zustimmung des Präsidenten des Deutschen Bundestages. Anträge auf Genehmigung von Dienstreisen sind schriftlich an den Bundestagspräsidenten zu stellen und ausführlich zu begründen.

Bei Dienstreisen wird zwischen Delegations- und Einzeldienstreisen unterschieden. Um Delegationen handelt es sich, wenn sie aus mindestens drei Abgeordneten bestehen, ansonsten handelt es sich um Einzeldienstreisen. Bei den Delegationsreisen der Mitglieder der Ausschüsse, Enquete-Kommissionen und Parlamentariergruppen des Deutschen Bundestages ist für die 16. Wahlperiode eine maximale Delegationsstärke von sieben Abgeordneten festgelegt worden. Bei der Zusammensetzung von Delegationen soll das Stärkeverhältnis der Fraktionen im Deutschen Bundestag nach Möglichkeit im Haushaltsjahr, zumindest aber in der Wahlperiode berücksichtigt werden. Die Entscheidung über die Anträge auf Genehmigung von Delegationsreisen trifft der Präsident des Deutschen Bundestages nach eingehender Erörterung und Beratung im Präsidium.

Die bilateralen Parlamentariergruppen können im Verlauf der Wahlperiode jeweils eine Delegationsreise durchführen, multilaterale Parlamentariergruppen haben die Möglichkeit, jeweils zwei Delegationsreisen in Staaten aus der „Partnerregion“ zu unternehmen. Delegationsreisen der Ausschüsse müssen in direktem Zusammenhang mit den konkreten Beratungsgegenständen des jeweiligen Ausschusses stehen. Eine Unterrichtung der Öffentlichkeit über Ziel und Inhalte einer Delegationsreise erfolgt in der Regel in Form einer Pressemitteilung vor Reiseantritt. Jede Delegation ist außerdem verpflichtet, dem Bundestagspräsidenten bis spätestens vier Wochen nach Ende der Reise einen schriftlichen Bericht über deren Ablauf und Ergebnisse vorzulegen.

Auslandsdienstreisen einzelner Abgeordneter sind dann genehmigungsfähig, wenn die Vorsitzenden und Obleute

der Ausschüsse, in denen der Abgeordnete Mitglied ist und in dessen fachlichen Kontext die Reise fällt, der Durchführung der Einzeldienstreise zugestimmt haben. Darüber hinaus ist bei Auslandsdienstreisen von Abgeordneten die Zustimmung der Parlamentarischen Geschäftsführung der Fraktion des jeweiligen Abgeordneten erforderlich. Ebenso wie die Delegationsreisen unterliegen auch die Einzeldienstreisen der Abgeordneten der Verpflichtung, dem Bundestagspräsidenten bis spätestens vier Wochen nach Abschluss der Reise einen Bericht vorzulegen.

Zur Reduzierung der Flugkosten werden Dienstreisen mit der Maßgabe genehmigt, dass kostengünstige Flugverbindungen zu nutzen sind. Außerdem sind die Abgeordneten durch einen Beschluss des Ältestenrates vom September 2002 verpflichtet, dienstlich erworbene Bonusmeilen aus entsprechenden Programmen der Fluggesellschaften wieder für Dienst- und Mandatsreisen einzusetzen. Neben der Beachtung des Prinzips der Kostengünstigkeit und dem vorrangigen Einsatz von Bonusmeilen trägt auch die Nutzung von Sonderkonditionen der Fluggesellschaften dazu bei, dass Kosten eingespart werden können.

10 Erläuterungen zur statistischen Übersicht der Auslandsdienstreisen

Der Bericht unterscheidet zwischen Ausschussdelegationen (AD), Einzeldienstreisen von Präsidiumsmitgliedern (PM), offiziellen Delegationsreisen unter Leitung des Präsidenten oder eines Präsidiumsmitglieds (OD), Reisen von Parlamentariergruppen (PG), Einzeldienstreisen (ED) sowie Reisen zu den Konferenzen und Sitzungen der interparlamentarischen Organisationen, einschließlich Wahlbeobachtungen (IP).

Im Berichtszeitraum haben 1 574 Reisen stattgefunden:

171 Reisen von Ausschussdelegationen (AD)
(Oktober bis Dezember 2005: 1; 2006: 84; Januar bis Dezember 2007: 86)

8 Reisen offizieller Delegationen (OD)
(Oktober bis Dezember 2005: 0; 2006: 2; Januar bis Dezember 2007: 6)

33 Delegationsreisen der Parlamentariergruppen (PG)
(Oktober bis Dezember 2005: 0; 2006: 8; Januar bis Dezember 2007: 25)

1 191 Einzeldienstreisen (ED)
(Oktober bis Dezember 2005: 68; 2006: 556; Januar bis Dezember 2007: 567)

60 Einzeldienstreisen von Präsidiumsmitgliedern (PM)
(Oktober bis Dezember 2005: 1; 2006: 36; Januar bis Dezember 2007: 23)

114 Reisen zu den Konferenzen und Sitzungen der interparlamentarischen Organisationen, einschließlich Wahlbeobachtungen (IP)
(Oktober bis Dezember 2005: 13; 2006: 57; Januar bis Dezember 2007: 44)

Unterteilt nach Erdteilen sind in den Anlagen 1, 2 und 3 die Anzahl und die Ziele der Reisen von Ausschussdelegationen (AD), offiziellen Delegationen (OD), Parlamentariergruppen (PG), Einzeldienstreisen (ED) sowie der Reisen zu den Konferenzen und Sitzungen der interparlamentarischen Organisationen, einschließlich Wahlbeobachtungen (IP) für den Zeitraum vom 18. Oktober 2005 bis zum 31. Dezember 2007 aufgeschlüsselt.

Die Anlage 4 weist die Gesamtkosten der im Berichtszeitraum zulasten der Haushaltsjahre 2005, 2006 und 2007 durchgeführten Reisen aus.

Berlin, den 23. Januar 2008

Dr. Norbert Lammert

11 Statistische Übersicht**Anlage 1****Angaben über Anzahl und Ziele der vom 18. Oktober 2005 bis 31. Dezember 2005 durchgeführten Reisen**

- Ausschussdelegationen (AD)
- Einzeldienstreisen (ED)
- Einzeldienstreisen von Präsidiumsmitgliedern (PM)
- Reisen offizieller Delegationen (OD)
- Parlamentariergruppen (PG) – Delegationsreisen
- Interparlamentarische Organisationen (IP) – Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen

Europa

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Aserbaidshan		1				2
Armenien						1
Belarus		2				
Belgien		34				
Dänemark						1
Frankreich						2
Georgien		1				
Griechenland		1				
Großbritannien		1				
Italien		2				1
Niederlande		1				
Österreich		1				
Rumänien		1	1			
Schweiz		1				
Spanien		3				
Türkei						1
Ungarn		1				
Zypern		1				

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Albanien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina		1				
Kroatien, Slowenien, Serbien-Montenegro		1				
Lettland, Litauen, Polen		1				
Rumänien, Bulgarien, Ukraine		1				
Russische Föderation, Estland		1				
Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn		1				

Afrika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Kenia		2				
Nigeria		1				

Amerika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Kanada		2				1
USA		2				3

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
USA, Nicaragua		1				

Asien und Naher Osten

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
China	1	1				
Kasachstan		1				
Katar						1

**Australien/Neuseeland
Mehrländerreisen**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Australien, China		1				

Anlage 2**Angaben über Anzahl und Ziele der vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2006 durchgeführten Reisen**

- Ausschussdelegationen (AD)
- Einzeldienstreisen (ED)
- Einzeldienstreisen von Präsidiumsmitgliedern (PM)
- Reisen offizieller Delegationen (OD)
- Parlamentariergruppen (PG) – Delegationsreisen
- Interparlamentarische Organisationen (IP) – Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen

Europa

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Albanien						1
Aserbaidschan		3				2
Belarus	1					2
Belgien	6	257	2			9
Bosnien-Herzegowina		2				1
Bulgarien		2				
Dänemark			1			2
Estland						1
Finnland	3	8	2			2
Frankreich	1	11	2		1	9
Georgien	1	2				
Griechenland	1	2				
Großbritannien		4				
Island						2
Italien	3	12	2			2
Kroatien	1				1	
Liechtenstein		1				
Litauen		1				
Moldau		3				1
Montenegro						1
Niederlande	4	1				
Norwegen		2	1			
Polen		5			1	1
Portugal		1			1	2
Österreich	4	10	3			1
Rumänien	1		5			
Russische Föderation		6	1			2
Serbien/Kosovo	2	3				
Schweden		5	1			

noch Europa

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Schweiz	2	9	2			2
Slowakische Republik		1				
Spanien	1	4				1
Tschechische Republik	1	2	1			1
Türkei	1	7	1			1
Ukraine		2	3			3
Ungarn		2	3			1

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Bulgarien, Rumänien	3	4				
Bosnien-Herzegowina, Tschechische Republik		1				
Dänemark, Schweden	1					
Estland, Lettland, Litauen	3					
Estland, Norwegen		1				
Finnland, Schweden	1					
Georgien, Aserbajdschan		1				
Großbritannien, Irland	2					
Lettland, Estland		1				
Lettland, Ukraine		1				
Litauen, Estland		1				
Luxemburg, Belgien		2				
Moldau, Georgien			1			
Moldau, Rumänien		2				
Moldau, Rumänien, Bulgarien		1				
Niederlande, Großbritannien	1					
Österreich, Schweiz	1					
Österreich, Serbien, Montenegro						1
Russische Föderation, Estland	1					
Russische Föderation, Ukraine		1				
Serbien/Kosovo, Montenegro		1			1	
Serbien, Montenegro, Mazedonien		1				
Slowakei, Polen		1				
Slowenien, Kroatien		1				
Ukraine, Belarus	1	1				
Ungarn, Albanien		1				
Ungarn, Bosnien-Herzegowina		2				

Afrika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Ägypten		1				
Äthiopien		1				
Burkina Faso		1				
Djibouti		1				
Kenia	1					1
Kongo		2				
Marokko		7				
Nigeria		1				
Südafrika	1	2				
Sudan		4				
Tansania	1	1				
Tunesien		1				
Uganda	1					

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Angola, Namibia	1					
Djibouti, Gabun, Kongo	1					
Kenia, Ruanda, Burundi		3				
Kongo, Gabun		2				
Marokko, Libyen, Tunesien, Algerien, Mauretanien		2				
Mosambik, Madagaskar		1				
Südafrika, Botsuana		1				
Südafrika, Malawi	1					
Sudan, Uganda	1					
Tansania, Südafrika		1	1			
Uganda, Ruanda					1	

Amerika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Argentinien		1				
Brasilien	1	1				
Bolivien		2				
Kanada		6	1			2
Kuba		3				
Uruguay		1				
USA	7	22			1	2

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Argentinien, Chile	1	3				
Argentinien, Uruguay	1					
Argentinien, Uruguay, Paraguay, Kolumbien		1				
Bolivien, USA		1				
Chile, Argentinien, Brasilien		2				
Venezuela, Kolumbien	1					

Asien und Naher Osten

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Afghanistan	1	2				
China	2	22				
Indien	1	5				
Indonesien		3				
Israel	1	5				
Iran		5				
Japan	3	5				
Kasachstan		1				
Katar		1				
Kuwait		1				
Laos		1				
Mongolei				1		
Oman						1
Pakistan		1				
Saudi-Arabien		3				
Singapur	1					
Sri Lanka		1				
Südkorea		1				
Vereinigte Arabische Emirate		2	1	1		
Vietnam		1				
Usbekistan	1	1	1			

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Afghanistan, Usbekistan		1				
China, Vietnam		1				
Iran, Österreich	1					
Iran, Pakistan		4				
Israel, Jordanien, Ägypten		4				
Israel, Palästinensische Gebiete	1					
Japan, Südkorea		1				
Kambodscha, Vietnam	1					
Kasachstan, Tadschikistan, Kirgisistan, Usbekistan, Turkmenistan		6				
Kuwait, Oman, Vereinigte Arabische Emirate, Saudi-Arabien, Bahrain, Katar		1				
Kuwait, Vereinigte Arabische Emirate		2				
Libanon, Israel	1					
Libanon, Syrien		1				
Libyen, Algerien			1			
Libyen, Tunesien, Algerien, Marokko, Mauretanien		2				
Malaysia, Indien		4				
Malediven, Sri Lanka, Thailand	1					
Pakistan, Afghanistan		1				
Saudi-Arabien, Jemen					1	
Singapur, Japan	1					
Tadschikistan, Kirgisistan, Kasachstan						
Vereinigte Arabische Emirate, Indien	1					

Australien/Neuseeland

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Neuseeland	1					

Anlage 3**Angaben über Anzahl und Ziele der vom 1. Januar 2007 bis 31. Dezember 2007 durchgeführten Reisen**

- Ausschussdelegationen (AD)
- Einzeldienstreisen (ED)
- Einzeldienstreisen von Präsidiumsmitgliedern (PM)
- Reisen offizieller Delegationen (OD)
- Parlamentariergruppen (PG) – Delegationsreisen
- Interparlamentarische Organisationen (IP) – Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen

Europa

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Albanien		1				
Belarus		5				
Belgien	9	206	1			4
Bosnien-Herzegowina		3				
Bulgarien			2			
Dänemark		1				
Estland		1	1			
Finnland	1	1				
Frankreich	2	17	2	1	1	7
Georgien		1				1
Griechenland		1	1			
Großbritannien	3	6				
Island						1
Italien		16	1	1		3
Kroatien		3	1			1
Lettland		2	1			
Liechtenstein		1				
Litauen		1				
Luxemburg		1			1	
Malta		1				
Moldau		1				
Niederlande		5			1	
Norwegen		1				1
Österreich		9			1	1
Polen		12	2	1		1
Portugal	3	11				3
Rumänien		6	2			

noch Europa

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Russische Föderation	3	13			1	2
Schweden		6				1
Schweiz	2	2				1
Serbien		2				1
Slowakei		1				1
Slowenien	1		1		1	2
Spanien	4	4				
Tschechische Republik	1		1			
Türkei	1	13			1	1
Ukraine		3				2
Ungarn		5	1		1	1
Vatikanstaat			1			
Zypern	1					

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Albanien, Mazedonien					1	
Aserbaidschan, Armenien					1	
Belgien, USA		1				
Belgien, Luxemburg, Frankreich		1				
Bosnien-Herzegowina, Serbien, Mazedonien, Albanien	1					
Bosnien-Herzegowina, Tschechische Republik		1				
Finnland, Dänemark	1					
Georgien, Aserbaidschan		1				
Griechenland, Zypern		1				
Großbritannien, Belgien		1				
Irland, Großbritannien	1					
Kroatien, Slowenien, Italien	1					
Lettland, Armenien		1				
Litauen, Estland		1				
Litauen, Lettland	1					
Litauen, Lettland, Estland	1					

noch Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Litauen, Polen			1			
Niederlande, Frankreich	1					
Norwegen, Schweden	1				1	
Österreich, Belarus		1				
Österreich, Italien		2				
Polen, Slowakei		1				
Polen, Ukraine		1				
Portugal, Spanien	1					
Rumänien, Bulgarien	3		1			
Rumänien, Bulgarien, Bosnien-Herzegowina		2				
Rumänien, Polen		1				
Rumänien, Moldau		2				
Serbien/Kosovo, Bosnien-Herzegowina	1	1				
Serbien/Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Albanien	1					
Serbien, Mazedonien		1				
Slowenien, Kroatien		1				
Spanien, Andorra, Portugal		1				
Spanien, Marokko	1					
Tschechische Republik, Slowakei		1				
Ukraine, Belarus		1				
Ukraine, Moldau		1				
Ukraine, Russische Föderation	1	2				
Ungarn, Albanien		1				
Ungarn, Bulgarien, Rumänien		1				

Afrika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Ägypten		1				
Äthiopien		2				
Benin		1				
Burkina Faso		1				
Ghana		4				

noch Afrika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Kamerun		1				
Kenia		2				
Kongo		2				
Namibia		1				
Marokko		1				
Mosambik		1				
Ruanda		1				
Senegal		1				
Simbabwe		1				
Südafrika	1	4				
Sudan		1				
Tansania		1				
Tschad		1				
Tunesien		2				1

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Ägypten, Saudi Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Kuwait		4				
Algerien, Mauretanien, Malta		2				
Algerien, Tunesien					1	
Angola, Gabun		2				
Burkina Faso, Senegal	1					
Ghana, Nigeria		3				
Kap Verde, Senegal, Benin					1	
Kongo, Äthiopien		3				
Libyen, Algerien	1			1		
Mali, Ghana	1					
Malawi, Mosambik	1					
Südafrika, Äthiopien, Liberia		4				
Sudan, Djibouti		1				
Tschad, Kamerun		2				

Amerika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Argentinien		1				
Brasilien		1			1	
El Salvador		1				
Kolumbien	1	1				
Kuba		2				
Mexiko		2			1	
Paraguay		1				
Peru		1				
USA	7	28		1		3
Venezuela		1				

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Argentinien, Uruguay, Brasilien	1					
Argentinien, Brasilien, Chile, Paraguay		2				
Brasilien, Argentinien	1					
Brasilien, Argentinien, Chile		4				
Bolivien, Paraguay, Uruguay					1	
Bolivien, Peru	1					
Chile, Argentinien	1	1				
Costa Rica, Mexiko	1					
Haiti, Nicaragua	1					
Jamaika, Panama					1	
Kanada, USA	3					
Kolumbien, Peru	1					
Paraguay, Brasilien, Kolumbien		1				
Venezuela, Kuba, Panama		1				

Asien und Naher Osten

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Afghanistan	2	11	1			
Bahrain						1
China	3	5			1	
Indien	5	7		1		
Indonesien		3				1
Irak		1				
Iran		1				
Israel	1					
Japan		5			1	
Kasachstan		1				2
Kirgisistan						1
Libanon		1				
Nepal					1	
Palästinensische Gebiete		1				
Singapur		1				
Südkorea		6				
Syrien		2				
Thailand		2				
Turkmenistan	1	1				
Usbekistan		2				
Vereinigte Arabische Emirate		3				

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Afghanistan, Iran		1				
Afghanistan, Großbritannien		1				
China, Japan	1	2				
China, Mongolei		4				
China, Vietnam		2				
Israel, Libanon, Vereinigte Arabische Emirate		3				
Israel, Palästinensische Gebiete	1	2				
Katar, Oman		1				
Katar, Vereinigte Arabische Emirate	1					

noch Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Kirgisistan, Tadschikistan					1	
Indonesien, Australien		2				
Iran, Saudi-Arabien		1				
Libanon, Iran		1				
Libanon, Israel		1	1			
Libanon, Syrien, Jordanien, Palästinensische Gebiete					1	
Pakistan, Afghanistan		1				
Singapur, Brunei, Indonesien					1	
Singapur, Indonesien	1					
Südkorea, Japan		1				
Südkorea, Nordkorea					1	
Thailand, Indonesien		2				
Thailand, Kambodscha, Vietnam		1				
Vietnam, Laos, Kambodscha		2				
Zypern, Israel			1			

**Australien/Neuseeland
Mehrländerreisen**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Australien, Neuseeland					1	

Anlage 4**1. Gesamtkosten der vom 18. Oktober 2005 bis 31. Dezember 2005 durchgeführten Reisen**

–	1	Ausschussdelegationsreisen (AD)	20.664,72 Euro
–	0	Offizielle Delegationsreisen (OD)	0,00 Euro
–	0	Parlamentariergruppen (PG) Delegationsreisen	0,00 Euro
–	69	Einzeldienstreisen einschließlich Präsidium (ED/PM)	92.094,18 Euro
–	13	Interparlamentarische Organisationen (IP) Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen	167.547,77 Euro
		Gesamtkosten	280.306,67 Euro

2. Gesamtkosten der im Haushaltsjahr 2006 durchgeführten Reisen

–	84	Ausschussdelegationsreisen (AD)	1.240.215,30 Euro
–	2	Offizielle Delegationsreisen (OD)	17.302,14 Euro
–	8	Parlamentariergruppen (PG) Delegationsreisen	111.964,36 Euro
–	592	Einzeldienstreisen einschließlich Präsidium (ED/PM)	503.758,05 Euro
–	57	Interparlamentarische Organisationen (IP) Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen	507.856,95 Euro
		Gesamtkosten	2.381.096,80 Euro

3. Gesamtkosten der im Haushaltsjahr 2007 durchgeführten Reisen

–	86	Ausschussdelegationsreisen (AD)	1.392.962,18 Euro
–	6	Offizielle Delegationsreisen (OD)	23.864,50 Euro
–	25	Parlamentariergruppen (PG) Delegationsreisen	518.917,12 Euro
–	593	Einzeldienstreisen einschließlich Präsidium (ED/PM)	779.192,24 Euro
–	44	Interparlamentarische Organisationen (IP) Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen	395.263,69 Euro
		Gesamtkosten	3.110.199,73 Euro

